



Chronik des Forum für Zukunftsenergien e.V.
aus Anlass seines 25-jährigen Jubiläums im Jahr 2014



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Aktivitäten im zeitlichen Umfeld der Gründung in den Jahren 1989 und 1990	4
Aktivitäten 1991	6
Aktivitäten 1992	7
Aktivitäten 1993	8
Aktivitäten 1994	9
Aktivitäten 1995	10
Aktivitäten 1996	11
Aktivitäten 1997	12
Aktivitäten 1998	14
Aktivitäten 1999	16
Aktivitäten 2000	17
Aktivitäten 2001	19
Aktivitäten 2002	20
Aktivitäten 2003	22
Aktivitäten 2004	24
Aktivitäten 2005	26
Aktivitäten 2006	27
Aktivitäten 2007	31
Aktivitäten 2008	35
Aktivitäten 2009	40
Aktivitäten 2010	46
Aktivitäten 2011	57
Aktivitäten 2012	65
Aktivitäten 2013	73
Aktivitäten 2014	83
Anhang	95

Vorwort

Als mit entsprechendem zeitlichen Vorlauf die Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien die Vorbereitungen für das im Jahr 2014 anstehende 25-jährige Jubiläum startete, stand fest, dass man im Rahmen der Mitgliederversammlung eine Festveranstaltung organisieren würde, um im Beisein der Mitglieder, aber auch möglichst vieler Gäste, insbesondere Gründungsmitgliedern, ehemaligen Vorständen und Kuratoren, diesen Anlass gebührend zu feiern. Ebenso war es die Absicht, diesem Jubiläum eine Festschrift zu widmen, um darin die wichtigsten energiewirtschaftlichen und –politischen Ereignisse der vergangenen 25 Jahre aufscheinen zu lassen und gleichzeitig die dazu geleisteten Beiträge des Forum für Zukunftsenergien in seiner festgelegten Funktion als unabhängige Diskussionsplattform herauszustellen. Die Grundlage hierfür sollte mit einer Chronik, also einem nach der Zeitachse gegliedertem „Nachschlagewerk“, geschaffen werden.

Die Zusammenstellung einer solchen Chronik bedeutete, gerade wenn es sich um Ereignisse handelt, die schon länger zurückliegen, das Durchstöbern alter, angestaubter Unterlagen, deren Vollständigkeit zusätzlich auch noch sehr eingeschränkt ist. Dabei konnte in erster Linie auf den einen oder anderen verfügbaren Jahresbericht zurückgegriffen werden, aber auch auf Niederschriften von Sitzungen des Vorstandes und des Kuratoriums. Eine veränderte Situation ergab sich erst dann, als es um die Durchsicht immer aktuellerer „Quellen“ ging, deren Umfang und Vielfalt stetig zunahm. Gleichzeitig veränderte sich die Anzahl der unterschiedlichen Themen und der Veranstaltungen, so dass schnell die Notwendigkeit erkennbar wurde, bei der Abfassung der Chronik bestimmten Kriterien zu folgen, um vor allem dem Ziel gerecht zu werden, dem interessierten Leser möglichst viele Details zu vermitteln, um die Verständlichkeit der Zusammenhänge zu erhöhen. Gleichzeitig sollte aber auch die Übersichtlichkeit gewährleistet bleiben. Daraus leitete sich eine Reihe von Grundsätzen ab:

- Im Gegensatz zu den Jahresberichten des Forum für Zukunftsenergien, die jeweils den Zeitraum vom Sommer des Berichtszeitraumes bis zum Sommer des folgenden Jahres abdecken, orientiert sich die Darstellung der Aktivitäten des Forum jeweils am einzelnen Kalenderjahr.
- Bei der thematischen Reihenfolge wird weitgehend, insbesondere bei der Darstellung der Ereignisse nach dem Umzug der Geschäftsstelle nach Berlin im Jahr 2002, die Systematik der Jahresberichte übernommen.
- Angesichts der Vertraulichkeit der Beratungen des Vorstandes und auch des Kuratoriums in seinen nichtöffentlichen Sitzungen finden diese Gremien nur insoweit Erwähnung, als anlässlich dieser Zusammenkünfte Grundsatzentscheidungen zu den Aufgabenstellungen des Forum für Zukunftsenergien getroffen worden sind oder Wahlen, Berufungen etc. auf der Tagesordnung standen.
- Bewußt nicht einzeln aufgeführt werden die jeweiligen Bände der Schriftenreihe des Kuratoriums, die seit 2008 erschienen sind. Eine Übersicht ist stattdessen im Anhang zur Chronik wiedergegeben.
- Die inhaltliche Darstellung der Beratungen der Arbeitskreise „Zukunftsenergien“ und „Energie & Verkehr“ beschränkt sich weitgehend auf die von den

Sitzungsteilnehmern, zusätzlich mit den jeweiligen Sprechern der Bundestagsfraktionen diskutierten Themen, ohne die Rede- bzw. Diskussionsbeiträge einzeln zu erwähnen. Eine Herabstufung deren Bedeutung ist mit dieser Einschränkung ausdrücklich nicht gewollt.

- Die im Jahr 2006 in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem World Energy Council und dem Bundesverband der Deutschen Industrie begonnene jährliche Präsentation des World Energy Outlook durch einen Vertreter der Internationalen Energieagentur ist trotz fehlender besonderer Erwähnung auch in den Folgejahren – mit Ausnahme des Jahres 2014 – fortgesetzt worden.
- Dem aufmerksamen Leser der Chronik wird sicher nicht entgehen, dass bei der inhaltlichen Wiedergabe der Vorträge und Diskussionsbeiträge im Rahmen der einzelnen Arbeitsformate und Veranstaltungen textliche Kürzungen vorgenommen worden sind. Auch dies ist der Notwendigkeit geschuldet, trotz der Bedeutung eines jeden Einzelbeitrages die gesamte Wiedergabe auf wesentliche Kernaussagen zu komprimieren, um damit die Lesbarkeit und Verständlichkeit sicherzustellen.

Und nun eine erkenntnisreiche Lektüre, selbst wenn gelegentlich der Eindruck entstehen mag, dass für manche der vor 25 Jahren aktuellen Probleme befriedigende Lösungen auch heute noch nicht gefunden worden sind.

Berlin, im Januar 2015

Aktivitäten im zeitlichen Umfeld der Gründung in den Jahren 1989 und 1990

„Trotz der gegenwärtigen komfortabel erscheinenden Versorgungsanlage sind im Energiebereich zumindest langfristig ernste Warnzeichen zu sehen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Nutzung der Umwelt, die zu einem entscheidenden limitierenden Faktor der Energieversorgung zu werden droht... Wir nehmen diese Warnzeichen sehr ernst... Hier hilft nur das gemeinsame Gespräch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und anderen gesellschaftlichen Gruppen... Das Forum für Zukunftsenergien, von dem wir uns diese Visionen erhoffen, hat den umfassenden interdisziplinären Ansatz gewählt: Wissenschaft und Politik, Verbände und Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen werden Aufgaben, Arbeitsweise, Einfluss- und Wirkungsmöglichkeiten des Forum bestimmen. Sie werden für den Energiebereich von morgen Analysen erstellen, Probleme und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen, in die Öffentlichkeit hineinwirken und Forderungen an die Wissenschaft, die Unternehmen und die Parlamente stellen... Die Gründer des Forums haben dem Verein unter dem Zukunftsaspekt ein breites Konzept gegeben. Eine Energieversorgung zu fördern, die sicher und preisgünstig und zugleich ressourcenschonend und umweltfreundlich ist, ist das Ziel. Einmütig haben sich die Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Solarverbände, die dieses Forum tragen, deshalb darauf verständigt, nicht ein reines Solarforum zu gründen. Aber sie wollen zunächst den erneuerbaren Energien zu größerer Marktfähigkeit verhelfen. Das Forum für Zukunftsenergien wird sich daher in den ersten fünf Jahren schwerpunktmäßig mit den erneuerbaren Energien befassen. Ich begrüße das. Ich bin bereit, diese Aufgabe zu unterstützen und habe eine Anstoßfinanzierung von 5 Mio. DM im Budget des BMWi vorgesehen.“

Mit diesen auszugsweise wiedergegebenen Anmerkungen eröffnete **am 15. Juni 1989** der damalige Bundeswirtschaftsminister Dr. Helmut Hausmann in Bonn die **Gründungsveranstaltung** des „Forum für Zukunftsenergien e.V.“. Vorangegangen war am gleichen Tag die Versammlung des dreißig Einzelpersonen und Vertreter von Vereinigungen umfassenden Gründerkreises, aus dessen Mitte sowohl die einzelnen Bereiche „nukleare Energien“, „fossile Energien“, „rationelle und sparsame Energieverwendung“ sowie „erneuerbare Energien“ vertretenden Kandidaten für die Besetzung des Vorstandes vorgeschlagen als auch gewählt wurden. Mit dem Vorsitz des Vorstandes wurde Dr. Hans-Arnt Vogels, Vorsitzender der Geschäftsführung, Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, betraut, zu seinem Stellvertreter wurde Prof. Dr. Carl-Jochen Winter, Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt – DLR, gewählt. Damit fand ein in einem offenen Dialog und fairen Verhandlungen über ein dreiviertel Jahr geführter, von Kompromissfähigkeit geprägter Prozess zur Gründung des Forum für Zukunftsenergien seinen erfolgreichen Abschluss.

Als wenige Wochen später mit Dr. Wolf Rasch der Geschäftsführer und kurzfristig unter der Adresse von DLR in Köln, anschließend in Bonn-Bad Godesberg Räumlichkeiten für eine Geschäftsstelle gefunden worden waren, galt es, das verabredete Arbeitsprogramm in Angriff zu nehmen. Dies sah vor, sich absprachegemäß dem Schwerpunktthema „Energie und Umwelt“ mit besonderer Konzentration auf die CO² -Problematik und die Bereiche



„erneuerbare Energien“ und „rationelle Energieverwendung“ zu widmen. Eingeschlossen sein sollten neben den westlichen Industriestaaten angesichts ihres möglichen Beitrages zur CO²-Reduzierung auch weitere Länder. Folglich stand im Vordergrund der in den folgenden Monaten stattfindenden Beratungen des Vorstandes, zusammen mit der Geschäftsstelle die organisatorischen Vorbereitungen für die Aufnahme der Aktivitäten des Forum zu treffen. Dazu gehörte zunächst die Festlegung des thematischen Rahmens für die einzuberufenden Arbeitskreise, wobei – aus dem Kreis der Mitglieder nicht ohne Widerspruch – zur Sicherstellung einer ausgewogenen Vertretung der Interessen sämtlicher Beteiligter im Forum für Zukunftsenergien folgende Arbeitskreise institutionalisiert wurden:

Arbeitskreis I : Energie und Umwelt – Erneuerbare Energien

Arbeitskreis II : Energie und Umwelt – Rationelle Energieverwendung

Arbeitskreis III : Energie und Umwelt – Außenwirtschaft

Arbeitskreis IV : Energie und Umwelt – Nicht erneuerbare Energien

Dabei war es ausdrücklicher Auftrag des Vorstandes, diesen Gremien für die Erarbeitung zeitlich befristeter Themenstellungen aus ihren Reihen bestellte Arbeitsgruppen zuzuordnen. Darüber hinaus sollten aber auch neue, nicht in den engen Diskussionsbereich der Arbeitskreise einzuordnende Themen aufgegriffen und diesen in öffentlichen Veranstaltungen mit ausgewiesenen Experten eine Diskussionsbasis geboten werden. Stichworte dafür waren etwa die „Elektromobilität“ sowie Konzepte für geschlossene Systeme und Verfahren geschlossener Kreisläufe in der Energiewirtschaft, einschließlich Verfahren zur Kohlevergasung und der Brennstoffzelle.

Entsprechend konnten im Jahr 1990 die Arbeitskreise I – IV ihre Tätigkeit aufnehmen und sich die Unterstützung durch eine Reihe von Arbeitsgruppen sichern. Auf dieser Grundlage wurde, die neue politische Situation nach dem „Fall der Mauer“ berücksichtigend, in Leipzig ein vom AK III kurzfristig organisiertes Symposium mit 180 Teilnehmern vorbereitet und erfolgreich durchgeführt. Im Oktober 1990 fand ein Symposium „Einbindung erneuerbarer Energien in die Energieversorgung“ mit über 130 Teilnehmern statt, zu dem ein Tagungsband veröffentlicht wurde. Im August 1990 wurden die mit Unterstützung durch das Bundeswirtschaftsministerium vom Forum für Zukunftsenergien zusammen mit dem Fachinformationszentrum Karlsruhe erstellte Broschüre über „Fördermöglichkeiten der erneuerbaren Energien und der rationellen Energieverwendung“ veröffentlicht und ebenfalls gemeinsam mit dem Fachinformationszentrum Karlsruhe Vorarbeiten für ein „Handbuch der Zukunftsenergien“ aufgenommen. Darüber hinaus konnten in mehreren Gesprächen des Vorstandsvorsitzenden und des Geschäftsführers mit deutschen und international tätigen Institutionen die Aufgabenstellung und Aktivitäten des Forum für Zukunftsenergien präsentiert werden.

Im Rahmen des 3. Internationalen Energie-Forum Hamburg, das vom Vorstandsvorsitzenden des Forum für Zukunftsenergien Dr. Vogels im Beisein von Bundesminister Dr. Hausmann eröffnet wurde, fand **am 22. November 1990** auch die konstituierende Sitzung des 28 Persönlichkeiten umfassenden **Kuratoriums** des Forum für Zukunftsenergien statt. Neben der Wahl von Dr. F. Wilhelm Christians, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Deutsche Bank AG, zum Vorsitzenden und von Prof. Dr.-Ing. Werner H. Bloss, Direktor, Institut für Physikalische

Elektronik der Universität Stuttgart, zum stellvertretenden Vorsitzenden verabschiedete dieses Gremium eine Verlautbarung über Rolle und Aufgabe des Forum für Zukunftsenergien. Darin wird zum Ausdruck gebracht, dass das Forum für Zukunftsenergien sich zur Aufgabe gestellt habe, den energiepolitischen Dialog zwischen den zum Teil widerstreitenden Meinungen als Mittler zu begleiten und zu versachlichen und damit zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und einem breiteren energiepolitischen Konsens beizutragen. Dabei bestehe Einigkeit darüber, dass die zukünftige Energieversorgung keinen Energieträger von vornherein ausklammern dürfe und dass alle Chancen und Möglichkeiten der rationellen Energieerzeugung und -verwendung und der erneuerbaren Energien verbessert und ausgeschöpft werden müssten. Daher habe man sich vorgenommen, ein breiteres Einvernehmen in der Beurteilung der technischen, ökologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Realisierungschancen der erneuerbaren Energien und der rationellen Energieverwendung zu erreichen. Dies solle geschehen mittels gemeinsamen Vorschlägen, z. B. für Maßnahmen zum Abbau von Hemmnissen und zur Anpassung von Gesetzen und Verordnungen, zu Fragen der Notwendigkeit und des Umfangs ihrer Förderung und Markteinführung, der Bewertung externer Kosten und ihrer Internalisierung sowie zur Frage der Energiepreisgestaltung. Das Forum für Zukunftsenergien wolle Öffentlichkeit, Fachwelt und energiepolitische Entscheidungsträger durch Stellungnahmen und Empfehlungen sowie Veröffentlichungen, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen und Tagungen informieren und Prozesse zur Konsensfindung unterstützen. Da klima- und umweltrelevante energiepolitische Maßnahmen nicht an nationalen Grenzen haltmachen können, seien internationale Abstimmungen über die ressourcenschonenden und umweltverträglichen Wege der Energiebereitstellung und -nutzung erforderlich, so dass das Forum für Zukunftsenergien den internationalen Dialog suchen und die Ergebnisse seiner Arbeit auch über die nationalen Grenzen hinaus bekanntmachen werde.

Aktivitäten 1991

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Forum im Jahr 1991 standen die Erarbeitung, Diskussion und Darstellung von Vorschlägen und Maßnahmen, die als geeignet angesehen werden, zu einer Reduktion der energiebedingten und umweltbelastenden Emissionen, insbesondere der klimabeeinflussenden Spurengase, beizutragen. Die thematischen Schwerpunkte bildeten dabei die erneuerbaren Energien und die rationelle Energieverwendung mit dem Ziel, die Hemmnisse für ihre Etablierung zu identifizieren und abzubauen sowie ihre Chancen für eine stärkere Nutzung zu fördern. Folglich umfasste das Arbeitsspektrum die Befassung mit energiepolitischen und marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumenten, Beratungen über die mögliche Förderung der Markteinführung sowie die Bewertung der gesellschaftlichen Aspekte des Energieverbrauchs in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und Verkehr.

Im Einzelnen wurde über eine Anpassung des rechtlichen Rahmens für leitungsgebundene Energien im Zusammenhang mit der Forderung nach einem verstärkten Umwelt- und Klimaschutz und kostensenkenden Wettbewerb nachgedacht. Ferner wurde über Wege zur

stärkeren Einbindung der Kraft-Wärme-Kopplung in die Bereitstellung von Strom und Wärme diskutiert und zur Förderung der Markteinführung der erneuerbaren Energien angesichts der damit erreichbaren Minderung der CO² –Emissionen Broschüren und Leitfäden erarbeitet. Hierzu zählten die Broschüre „Erneuerbare Energien – Ein Leitfaden für Städte und Gemeinden“, ein „Computergestütztes Lern- und Informations-System zur Beratung, Schulung und Information“, die Neuauflage der „Förderfibel Energie – Öffentliche Finanzhilfen für den Einsatz erneuerbarer Energiequellen und die rationelle Energieverwendung“ (1991) und die Broschüre „Zur Methodik der Schadenminimierung – Ein Wegbereiter für erneuerbare Energien“. Zusätzlich konnten zahlreiche Veranstaltungen, wie etwa das Symposium „Stadt und Energie“ in Weimar, und Lehrgänge erfolgreich organisiert und internationale Kontakte, etwa beim ISES-Kongress in Denver, intensiviert werden.

Aktivitäten 1992

Das **Kuratorium** unter der Leitung von Dr. F. Wilhelm Christians befasste sich **am 14. Januar 1992** mit dem Thema „Energie- und Umweltpolitik über das Instrument der pretialen Steuerung“. Bei der **Vorstandssitzung am 29. Oktober 1992** wurden nach der satzungsgemäß erforderlichen Wahl des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung Dr. Vogels als Vorsitzender und Prof. Dr. Winter als Stellvertreter bestätigt. Als neues Vorstandsmitglied wurde an die Stelle des ausscheidenden Dr. Herbert Gassert, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Asea Brown, Boveri AG, Dr.-Ing. Manfred Simon, Vorsitzender des Vorstandes, Asea Brown Boveri AG, gewählt.

Die Aktivitäten waren stark geprägt von den Beschlüssen der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro im Juni 1992 zu einer globalen „Nachhaltigen Entwicklung“, den daraus resultierenden Anstrengungen der Bundesregierung zur CO²-Reduzierung, Planungen der Europäischen Gemeinschaft zur Einführung einer CO²-/Energiesteuer und neuer Wettbewerbsstrukturen sowie von den Bemühungen zur Schaffung einer umweltfreundlichen Energieversorgung in den „neuen Ländern“ und in Osteuropa. Gerade diese Forderungen und Vorstellungen richteten große Erwartungen auf die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien. Folglich bildeten die entsprechenden Analysen der Chancen sowie die Förderung der erneuerbaren Energien und der rationellen Energieverwendung einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt. Möglichkeiten der dezentralen Energieversorgung – insbesondere im kommunalen Bereich – wurden in diesem Zusammenhang, beispielsweise im Oktober 1992 in Budapest im Rahmen des Internationalen Symposiums „Rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien in der kommunalen Energiewirtschaft“, vertiefend behandelt.

Ferner wurden Untersuchungen zu diesen Themen angestellt, Bewertungen vorgenommen und konkrete Vorschläge hinsichtlich der Umsetzung energiepolitischer Planungen erarbeitet. Auswirkungen beabsichtigter staatlicher Regelungen auf die nationale und internationale Energieversorgung sowie den europäischen Binnenmarkt wurden in umfangreichen Dokumentationen, zahlreichen Fachgesprächen, etwa dem Internationalen



Symposium „Neue Wege für innovative Energieprojekte“ in Hamburg, und mehreren Kongressen, etwa dem 4. Internationalen Energie-Forum Hamburg „Europa im Aufbruch - Ein Binnenmarkt für Energie und Umwelt“, dargelegt.

Eine sichere, umwelt- und ressourcenschonende Energieversorgung zu vertretbaren Preisen erfordert einen Energiemix, zu dem alle Energieträger – von den fossilen Energieträgern über die Kernenergie bis hin zu den erneuerbaren Energien – beitragen müssen. Die realistische Einschätzung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Energieträger – auch im Rahmen von Versorgungskonzepten – war daher Gegenstand von Untersuchungen und Bewertungen.

Aktivitäten 1993

Besondere Aufmerksamkeit fanden die Bemühungen, die mit den Auseinandersetzungen über die Nutzung der Kernenergie eingetretene parteipolitische Blockade bei der Verwirklichung von Projekten der Energiewirtschaft und der Nutzung der Energieträger insgesamt schrittweise zu überwinden. Angedacht wurde hierfür ein Vorstoß führender Persönlichkeiten aus Energiewirtschaft und Politik zur Schaffung eines parteiübergreifenden neuen Energiekonsenses. Anlässlich der **Kuratoriumssitzung am 28. Januar 1993** forderte Klaus Piltz, Vorsitzender des Vorstandes, VEBA AG, den Versuch zu unternehmen, die weitere Nutzung der Kernenergie durch eine Verständigung über eine gemeinsame Verantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen mit dem Ziel einer Wahrung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands abzusichern. Gleichzeitig sollte eine verstärkte Förderung regenerativer Energienutzung und dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung bei Ausschöpfung der Energiesparpotentiale in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr sowie die Klärung der Zukunftsperspektiven der heimischen Energieträger Braunkohle und Steinkohle verabredet werden. Diese Anregungen und die vorausgegangenen Beratungen mit Vertretern der Politik über einen Energiekonsens bildeten die Grundlage für die Erarbeitung einer Reihe von Fragestellungen und Vorschlägen, auch unter Einbeziehung europäischer Aspekte, wie z. B. europäische Rahmenbedingungen und Öffnung der Märkte für leitungsgebundene Energien und die CO²- Minderungs politik.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Diskussion über die Frage, welchen grundsätzlichen Anforderungen künftige Energiesysteme genügen müssen, um eine dauerhafte, umweltgerechte Energieversorgung zu gewährleisten. Mit dem Ziel, wirtschaftliche und gesellschaftliche Kriterien aufzuzeigen, mit denen die Energieträger und -systeme einer auf Dauer angelegten Energiewirtschaft bewertet werden können, wurden in einer Vortragsreihe Politikern und Vertretern der Energiewirtschaft Gelegenheit geboten, ihre Lösungsvorschläge und Konzepte vorzustellen und darüber mit einem kritischen Publikum zu diskutieren. Daneben widmete sich das Forum für Zukunftsenergien angesichts ihrer zentralen Bedeutung für eine hocheffiziente Energiewirtschaft der Weiterentwicklung von Umwandlungstechnologien mit maximaler Ausnutzung der eingesetzten Primärenergie und minimaler Umweltbelastung. Hierzu rechnete u. a. die **Veranstaltung** der 3. Internationalen



Konferenz zur Kleinwasserkraft HIDROENERGIA **im Oktober 1993** in München, ein Seminar über solarthermische Energieumwandlung und solarthermische Kraftwerke im Iran, eine Tagung in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Energiespar-Agentur in Potsdam über die Nutzungsmöglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung in Industriekraftwerken, Stadtwerken und Regionalversorgungsunternehmen in den neuen Bundesländern sowie der zusammen mit der Stadtwerke Hannover AG veranstaltete **Kongress NiedrigEnergieHaus 1993 im September 1993**.

Aktivitäten 1994

Die Sitzung des **Kuratoriums am 27. Januar 1994** war angesichts des Leitthemas „Zukunftssicherung des Industriestandortes Deutschland“ der Diskussion über Ziele und geeignete Maßnahmen aus der Sicht der Energiewirtschaft gewidmet. Dabei herrschte Einigkeit darüber, dass hoher Lebensstandard, hohe soziale Leistungen und damit verbundene hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, anspruchsvolle Umweltstandards mit entsprechenden Kosten zum Schutz der Umwelt sowie insgesamt hohe Steuerlasten zugunsten öffentlicher Aufgaben die deutsche Wettbewerbsfähigkeit insbesondere gegenüber den Niedriglohnländern in Osteuropa und Südostasien belasteten. Ein Land wie Deutschland, das seinen Wohlstand auf internationalen Märkten verdient, könne daher seine zukunftsichernden Entscheidungen nicht allein an lokalen Interessen und Vorbehalten ausrichten. Daher gelte es vor allem, in der Öffentlichkeit die Zusammenhänge zwischen den gesellschaftlichen Interessen und einer international wettbewerbsfähigen Industrie zu verdeutlichen. Eine Fortsetzung der überparteilichen Konsensgespräche werde daher für wünschenswert gehalten. Das Forum für Zukunftsenergien, dessen Aufgabe gerade die Organisation des Gesprächs zwischen unterschiedlichen Interessengruppen und Meinungen sei, könne hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Angesichts entsprechender unterstützender Signale sowohl des Bundesministeriums für Wirtschaft als auch des Bundesverbandes der Deutschen Industrie standen Dialog und Verständigung auf gemeinsam getragene Konzepte und Maßnahmen sowie die Förderung zukunftsweisender Energietechnologien im Mittelpunkt der Aktivitäten des Forum. Außerdem konnten neben den begleitenden Arbeiten in den zahlreichen Arbeitsgremien mehrere Tagungen erfolgreich durchgeführt werden, etwa über die „Energetische Nutzung von Biomasse – Im Konsens mit Osteuropa“ in Jena, die „Erfolgreiche Umsetzung von Energiekonzepten - Neue Wege zum Energiesparen trotz knapper Mittel“ in Bielefeld, das deutsch – arabische Symposium „Solarenergie – Ein Wirtschaftsfaktor für die arabischen Länder“ in Bonn, die „Energetische Abfallverwertung – Ein Weg aus der Abfallkrise?“ in Bonn, die 3. Geothermische Fachtagung zum Thema „Geothermische Energie – Nutzung, Erfahrung, Perspektive“ in Schwerin und im Rahmen der **Mitgliederversammlung 1994 am 13. Oktober 1994** der Vortrag des hessischen Umweltministers Rupert von Plottnitz zum Thema „Der Beitrag eines Bundeslandes zum Umwelt- und Klimaschutz“. Das 5. Internationale Energie-Forum in Hamburg **im November 1994** war dem Thema „Energiedienstleistung – ein Markt mit Zukunft?“ gewidmet. Es wurden Modelle, Konzepte

sowie Erfahrungen aus der Praxis vorgestellt und darüber diskutiert, wobei vor allem Finanzierungsprobleme besondere Beachtung fanden.

Aktivitäten 1995

Anlässlich der **Mitgliederversammlung 1995 am 25. Oktober 1995** fand eine Neuwahl des Vorstandes statt, bei der anschließend Prof. Dr. Dietmar Winje, Vorsitzender des Vorstandes, BEWAG, zum Vorsitzenden und Prof. Dr.-Ing. Carl-Jochen Winter erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden.

Nach den zuvor gescheiterten Bemühungen zur Erlangung eines nationalen Energiekonsenses hatte das Bundesministerium für Wirtschaft eine Reihe von Gesprächskreisen eingerichtet, um auf Expertenebene konsensfähige und belastbare Argumente sowie Stand und Entwicklungstendenzen einer zukunftsfähigen Energiewirtschaft zu identifizieren. Der vom Forum für Zukunftsenergien betreute Gesprächszirkel zur Einschätzung der Potentiale der erneuerbaren Energien konnte dazu beachtenswerte Ergebnisse vorlegen. Ebenfalls der Thematik der Wiederaufnahme der energiepolitischen Konsensgespräche widmete sich das **Kuratorium** des Forum für Zukunftsenergien in seiner Sitzung **am 26. Januar 1995**, bei der der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder zum Thema „Energiepolitik im Widerstreit der Interessen“ vortrug. Er betonte die Bedeutung und Notwendigkeit, in allen wichtigen politischen Fragen zu einem Konsens zu gelangen wie auch die erforderliche Fähigkeit, über die Inhalte eines Konsenses zu streiten. Dabei gelte, dass derjenige, der in Fragen der praktischen Energiepolitik das Block- und Blockadedenken nicht überwinde, letztlich politikunfähig und folglich unfähig sei, die Zukunft zu gestalten. Ohne einen parteiübergreifenden und gesellschaftlich akzeptierten Konsens werde es keine vernünftige, zukunftsorientierte Energiepolitik geben. In der vom Vorsitzenden des Kuratoriums Dr. F. Wilhelm Christians geleiteten Diskussion herrschte Einigkeit darüber, den Konsensfindungsprozess möglichst rasch wieder aufzunehmen, sich vor einer inhaltlichen Überfrachtung zu hüten und sich unter Berücksichtigung des Grundsatzes des dynamischen Mitgehens und der Angleichung zunächst auf bereits erkennbarer Ansatzpunkte gemeinsamer Entscheidungen zu konzentrieren.

Dem Ziel eines besseren gegenseitigen Verständnisses diene auch der im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesumweltministeriums geleistete Beitrag des Forum für Zukunftsenergien im Zusammenhang mit der 1. VN-Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention vom 27. März bis 7. April 1995 in Berlin u.a. in Form einer Betreuung von Medienvertretern und Delegierten sowie einer Dokumentation beispielhafter Projekte der deutschen Energiewirtschaft und der Industrie zum Klima- und Umweltschutz.

Weitere Projekte bildeten u. a. eine Veranstaltung unter dem Titel „Klima Energie Politik“ zur Diskussion der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages und anlässlich der **Hannover Messe 1995** die inhaltliche Konzeption und Gestaltung des Standes des Bundeswirtschaftsministeriums unter

dem Thema „Energiesparen lebt vom Mitmachen“. **Im September 1995** veranstaltete das Forum für Zukunftsenergien in Hannover die **Tagung** „Hat Kraft-Wärme-Kopplung Zukunft?“ mit einem begleitenden Workshop zur Wertigkeit von Strom und Wärme in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Künftigen Entwicklungen der Nachfrage im Wärmemarkt widmete sich ein **Kongress** des Forums **im November 1995** in Berlin unter der Überschrift „Wärmemarkt – Quo vadis?“ Dabei wurden Veränderungen im Wärmemarkt sowie ihre Auswirkungen auf die Wärme- bzw. Energieversorgung unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten erörtert.

Aktivitäten 1996

Die Umweltpolitik am Wirtschaftsstandort Deutschland stand im Mittelpunkt der Sitzung des **Kuratoriums am 22. Januar 1996** in Düsseldorf. Gastrednerin war die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Dr. Angela Merkel, die die enge Verzahnung der beiden Politikbereiche Umwelt und Wirtschaft unterstrich. Zur langfristigen Sicherung des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Deutschland verlangte sie die Verfolgung von drei übergreifenden strategischen Zielen: Die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung, die Harmonisierung der Umweltstandards auf hohem Niveau und die Umweltpartnerschaft im Sinne des Rio-Prozesses. Um die umweltpolitischen Ziele zu erreichen, setzte sie auf die Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft, da Umweltschutz und Umweltechnik nicht mehr allein als öffentliche Aufgaben einzustufen, sondern verstärkt privatrechtlich zu organisieren seien.

Dem Kuratorium lag ferner zur Beratung ein vom Vorstand erarbeitetes strategisches Konzept für das Forum für Zukunftsenergien vor. Unter Berücksichtigung der sich verändernden Bewertungen und Rahmenbedingungen der im Energiesektor zu erreichenden Ziele, aber auch aufgrund der wegfallenden finanziellen Unterstützung des Forums durch das Bundeswirtschaftsministerium wurde darin eine Neuformulierung der als geeignet angesehenen Maßnahmen zur Wahrnehmung der Aufgaben des Forum für Zukunftsenergien vorgeschlagen. Hierzu zählten eine stärkere Koordinierung der Aktivitäten und der Informationen sowie eine verbesserte Kommunikation von Fragen der Energiewirtschaft durch die Organisation von Gesprächskreisen mit den Akteuren, die Analyse und Begutachtung zur Standort- und Trendbestimmung, zusätzlich die Entwicklung von Konzepten, Modellen und Aktionen sowie schließlich die Kommunikation von Initiativen und Lösungsansätzen durch Seminare, Ausstellungen und über die Medien. In der Diskussion wurde deutlich, dass das Forum für Zukunftsenergien sich auch weiterhin als eine unabhängige Plattform verstehen sollte, die die unterschiedlichen Interessengruppen zusammenführe, ohne, wie dies bei Interessenverbänden geschehe, in eine Auseinandersetzung um kurzfristige, politische Tagesfragen einzutreten. Vielmehr werde man sich auch weiterhin der Lösung längerfristiger Problemstellungen zuwenden und eine disziplin- und branchenübergreifende Sicht und Gestaltung von Lösungsansätzen über eine Mischfinanzierung aus verschiedenen Quellen anstreben. Gleichzeitig wurde der Vorstand gebeten, sein Konzept weiter zu konkretisieren.



Da bei den Bemühungen, die zukünftige Energiewirtschaft möglichst nachhaltig zu gestalten, die Energieträger Strom und Wasserstoff unter Verwendung der erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle spielen werden, zeigten sowohl die deutsche Industrie als auch die entsprechenden Forschungsinstitutionen ein breites Engagement zugunsten des Einsatzes von Wasserstoff. Im Vorfeld der im Juni 1996 erstmalig in Deutschland stattfindenden 11. Welt-Wasserstoffenergie-Konferenz organisierte das Forum für Zukunftsenergien **im Januar 1996** in Bonn das **Symposium** „Verkehr der Zukunft – mit Wasserstoff“. Ziel war dabei, Möglichkeiten und Perspektiven der Anwendung von Wasserstoff, insbesondere im Verkehr, aufzuzeigen, notwendige Rahmenbedingungen für seine breitere Nutzung zu erörtern und Initiativen zu entwickeln, um eine stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung zu erreichen.

Beim **Kongress** „Brennstoffzellen im Energiemarkt“ **im März 1996** in Köln bot sich die Gelegenheit, über Ergebnisse, vorhandene Studien, praktische Erfahrungen aus der Anwendung sowie Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für Einsatz, Finanzierung und wirtschaftlichen Betrieb von Brennstoffzellen, insbesondere in lokalen Versorgungsgebieten, eingehend zu diskutieren.

Aktivitäten 1997

Zu seiner siebten Sitzung trat das **Kuratorium** des Forum für Zukunftsenergien **am 19. Februar 1997** in Bonn zusammen. Bei dem im Mittelpunkt stehenden Vortrag des Bundesministers für Verkehr Matthias Wissmann zum Thema „Politik für ein umweltgerechtes Verkehrssystem der Zukunft“ ging es um die Forderung, dass unser Verkehrssystem auch bei der zu erwartenden weiteren wirtschaftlichen Entwicklung nicht zum Engpassfaktor werden dürfe, sondern ein positiver Standort- und Produktionsfaktor für unsere Wirtschaft bleiben und das Grundbedürfnis nach individueller Mobilität weiterhin erfüllen müsse. Sichergestellt werden müsse allerdings gleichzeitig eine weitere Verringerung der vom Verkehr insgesamt ausgehenden Umweltbelastungen. Dabei bekannte sich Wissmann zu einem wirtschaftlich und umwelttechnisch attraktiven Einsatz von Erdgas und mittelfristig zu Methanol auf der Basis von Erdgas, da damit die Einführungsschwellen am ehesten überwunden werden könnten.

Des Weiteren befasste sich das Kuratorium bei dieser Zusammenkunft erneut mit Überlegungen des Vorstandes zu einer Anpassung der Aktivitäten des Forum für Zukunftsenergien an die sich rasch verändernden Herausforderungen an die Energiewirtschaft. So ergab sich in der Diskussion einhellige Zustimmung dazu, zur Abstimmung der erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung der von der Bundestags-Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre vorgegebenen Ziele das Kuratorium stärker einzubinden und dafür regelmäßig einen „Energietag“ auszurichten. In diesem Rahmen könne man sich zusammen mit zusätzlich einzuladenden Experten abseits von Tagesfragen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit längerfristigen Fragestellungen der Energiewirtschaft und -politik auseinanderzusetzen. Ferner sollten in einem neu zu berufenen Arbeitskreis „Zukunftsenergien“ die interdisziplinären und



interessenübergreifenden Fragen der Zukunftsenergien unter Wahrung der Unabhängigkeit und des spezifischen Charakters des Forums eingehend erörtert werden. Schließlich solle das Forum für Zukunftsenergien über eigene Dienstleistungen die Suche nach Antworten auf die Herausforderungen der Energiewirtschaft unterstützen, und zwar durch übergreifenden Projekte, besonders im europäischen Rahmen, sowie durch Analysen und Gutachten zur Standort- und Trendbestimmung und durch die Herstellung von Kontakten zwischen Vertretern unterschiedlicher Interessen.

Vom **4. bis 7. März 1997** fand im zeitlichen Umfeld der Leipziger Umweltmesse „TerraTec“ die **Fachausstellung** „Erneuerbare Energien/Kraft-Wärme-Kopplung“ statt mit einer Präsentation von Ideen und Produkten für energiesparende, ökologische und effektive Energiegewinnung und -umwandlung, erstmalig unter Einbeziehung der Thematik „Kraft-Wärme-Kopplung“. Das Forum für Zukunftsenergien unterstützte die Leipziger Messe GmbH bei der Konzeption der Ausstellung und der Ausgestaltung des Programms.

Entsprechend des neuen Konzeptes, im Rahmen eines **Arbeitskreises „Zukunftsenergien“** den Mitgliedern des Forum eine erweiterte Möglichkeit anzubieten, Ideen einzubringen, sich über Meinungen und Erfahrungen auszutauschen und an der Gestaltung von Arbeitsthemen und Projekten mitzuarbeiten, fanden Sitzungen dieses Gremiums **am 5. Juni 1997** in Berlin und **am 23. Oktober 1997** in Bonn statt. Den Vorsitz übernahm Dr.-Ing. Gerald Newi. Unter Berücksichtigung des Prinzips, bei jeder dieser Veranstaltungen in der Regel die Befassung mit nur einem Thema vorzusehen und zusätzlich die Gelegenheit zu bieten, mit einer Durchführung bei Mitgliedsunternehmen eine Besichtigung deren Anlagen und Einrichtungen vor Ort zu ermöglichen, stand bei der ersten Zusammenkunft das Thema „Beschäftigungseffekte durch eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien“ auf der Tagesordnung. Grundlage bildete dabei die Auswertung einer entsprechenden, vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Studie. Die zweite Sitzung war der Thematik „Ziele, Möglichkeiten und Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungen an Anlagen erneuerbarer Energien“ gewidmet. Bei diesen und auch den zukünftigen Veranstaltungen dieses Arbeitsformates wurden jeweils zusätzlich fachlich engagierte Vertreter der Fraktionen im Deutschen Bundestag hinzugebeten, um die Möglichkeit zu schaffen, Anregungen aus den Sitzungen und gewonnene Positionen zu energiewirtschaftlichen Sachfragen den politischen Entscheidungsträgern unmittelbar zu vermitteln, aber auch deren Positionen kennenzulernen.

In Kooperation mit der Hamburgische Elektrizitätswerke AG fand **im November 1997** in Hamburg das **7. Internationale Energieforum** „Intelligente Partnerschaften für Bauen und Modernisieren“ statt, bei dem anhand von ausgewählten Beispielen über Möglichkeiten diskutiert wurde, wie bei neu zu errichtenden Gebäuden, aber auch im Zusammenhang mit Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand sich Lösungen realisieren lassen, die sowohl eine Nutzung umweltschonender, innovativer Energietechniken als auch eine attraktive Gestaltung der Gebäudehülle garantieren.



Zahlreiche Veröffentlichungen, wie etwa das Handbuch „Der Energie-Berater“ oder die „Förderfibel Energie“, aber auch mehrere Projekte des Forum für Zukunftsenergien, wie etwa das EU-Projekt „ENER-IURE - Rechtliche Rahmenbedingungen erneuerbarer Energien in Europa“, ein „Kosten-Nutzen-Ranking unterschiedlicher CO²- Minderungsmaßnahmen im Strom- und Wärmebereich“, eine „Marktuntersuchung Bioenergie“ und die Konzeption von Informationsmaterial für Lehrer und Schüler zum Thema „Erneuerbare Energien“ sowie Projekte der EFO Energie Forum GmbH rundeten die Aktivitäten ab.

Aktivitäten 1998

Die **Mitgliederversammlung am 23. September 1998** in Bonn entschied sich bei der Vorstandswahl, an Stelle des ausscheidenden Prof. Dr. Helmut Schaefer Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, Mitglied des Vorstandes, Deutsche Shell AG, als neues Mitglied des Vorstandes des Forum für Zukunftsenergien zu wählen.

Angesichts des Inkrafttretens des neugefassten Energiewirtschaftsgesetzes stand das Thema „Wettbewerb der Energiewirtschaft im Konflikt mit Umwelt- und Klimaschutz?“ **am 14. Januar 1998** in Berlin bei der Sitzung des **Kuratoriums** in Verbindung mit dem „**Energieforum 1998**“ im Mittelpunkt der Beratungen. Dr. Otto Majewski, Vorsitzender des Vorstandes, Bayernwerk AG, unterstrich, dass er die neuen Spielregeln des freien Wettbewerbs nicht als „Aus“ für klimafreundliche Zukunftsenergien bewerte. Allerdings sei ein neues, wettbewerbskonformes Förderregime notwendig, das der politischen Richtungsentscheidung zugunsten eines liberalisierten, deregulierten und wettbewerbsorientierten Marktes Rechnung trage. Ökonomisch gerade falsch wäre es nach Ansicht von Norbert Strohschen, Vorsitzender des Vorstandes, Gerling Globale Rückversicherungs- AG, der Ökonomie und der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zuliebe jetzt auf mehr Klimaschutz zu verzichten. Die Tatsache eines Klimawandels stehe für die Versicherungswirtschaft außer Zweifel, und die Folgen dieses von Menschen verursachten Treibhauseffektes würden Versicherungswirtschaft, Industrie und folglich die Volkswirtschaft zunehmend belasten. Aus ökonomischer Sicht sei daher ein globaler Klimaschutz zu fordern. Prof. Richard Schmalensee, Massachusetts Institute of Technology, Boston, USA, beschäftigte sich mit den Gründen für die insbesondere in den USA fehlende Unterstützung zugunsten eines verstärkten, globalen Klimaschutzes nach der UN-Vertragsstaatenkonferenz von Kyoto. Er machte geltend, dass die dortige Kritik nicht an den Zielen, sondern vielmehr an den vorgeschlagenen Maßnahmen anknüpfte, weil Zweifel an deren ökonomischer Effizienz beständen. Mehr gegenseitiges Vertrauen sei eine gute Grundlage für weitere Fortschritte.

Sitzungen des **Arbeitskreises „Zukunftsenergien“** fanden **am 18. März 1998** in Darmstadt, **am 7. Juli 1998** in Wiesensteig und **am 23. September 1998** in Bonn statt. In der Märzveranstaltung wurde die Gelegenheit geboten, sich über den Stand und die Perspektiven des Einsatzes der Brennstoffzelle und möglicher Brennstoffe zu informieren und zu diskutieren. Dabei wurde deutlich, in welchem hohem Maße sich die Automobilindustrie



bei Entwicklung und Markteinführung dieser Techniken engagiert und international kooperiert. Die Teilnehmer der zweiten Veranstaltung setzten sich mit der Frage auseinander, wie das Ziel eines zukünftigen 50-prozentigen Anteils von erneuerbaren Energien am Weltenergiebedarf erreicht werden könne, welche treibenden Kräfte dafür freigesetzt und welche Rahmenbedingungen verankert werden müssten. Grundlage bildete das von der EU-Kommission vorgelegte, jedoch ohne konkrete Maßnahmenpakete versehene Weißbuch „Zukunft der erneuerbaren Energien“. Bei der Herbst-Tagung zur Thematik „Die Bedeutung der Bioenergie im zukünftigen Energieträgermix“ wurde insgesamt ein sehr optimistisches Bild der künftigen Rolle der Bioenergien gezeichnet und dem Forum für Zukunftsenergien hohes Lob gezollt für sein Engagement zu deren Unterstützung. In einzelnen Fachvorträgen wurde sowohl über die Bedeutung der Biomasse als Sekundärrohstoff und seine Nutzungsmöglichkeiten referiert als auch Einblick in aktuelle Entwicklungen der Energieverwertung aus Abfällen und Reststoffen gewährt.

„Umweltgerecht und bezahlbar – Antriebskonzepte des Nahverkehrs der Zukunft“. Unter dieser Überschrift fand **am 11. und 12. März 1998** in Paderborn **das Nahverkehrsforum** statt. Die Teilnehmer informierten sich über den derzeitigen Stand und die Entwicklungsperspektiven unterschiedlicher Antriebskonzepte im Zusammenhang mit den stetig wachsenden gesetzlichen Forderungen nach weiteren Reduktionen verkehrsbedingter Emissionen. Diskutiert wurde daher u. a. über neue Techniken, Betriebserfahrungen und Kosten sowie über Möglichkeiten zur Weiterentwicklung von Dieselmotoren mit hocheffizienter Abgasreinigung, Erdgas- und Elektroantriebe sowie neue Antriebskonzepte, z. B. unter Nutzung der Brennstoffzelle.

Fragen zur Finanzierung, Kreditgewährung, Inanspruchnahme von Förderprogrammen, Erlösen aus dem Verkauf von Wärme und Strom sowie zur Versicherbarkeit von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien standen im Mittelpunkt des **Experten-Seminars** „Kommerziell und professionell - Finanzierung von Solaranlagen in Deutschland“ am **6. Mai 1998** in Gelsenkirchen. Diese Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Deutsche Ausgleichsbank und mit Unterstützung durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt und bot Gelegenheit, in der Diskussion mit Experten über alle Aspekte des Themas sich umfassend zu informieren.

Bei der energiepolitischen **Tagung** „Energiewirtschaft und Energiepolitik im Wandel – Perspektiven für das 21. Jahrhundert am Beispiel der Brennstoffzelle“ **im Mai 1998** in Bonn wurde vorrangig über den aktuellen Stand und die Perspektiven der Schlüsseltechnologie „Brennstoffzelle“ insbesondere für den Straßenverkehr und für die stationäre Energieversorgung berichtet. Dabei wurden die daraus sich ergebenden Konsequenzen für die gesamte Energiekette beleuchtet und die notwendigen Forderungen an Energie- und Umweltpolitik herausgearbeitet.

Am 24. und 25. November 1998 fand in Berlin das **8. Internationale Energieforum** „Marktkonforme Durchsetzung erneuerbarer Energien“ statt. Quer durch das Auditorium herrschte Einigkeit darüber, dass die erneuerbaren Energien auf den Märkten der



Energiewirtschaft eine zunehmend wichtigere Rolle einnehmen werden. Unstrittig war auch, dass die erneuerbaren Energien sich dem Wettbewerb stellen müssten. In welcher Form dies geschehen sollte, blieb allerdings angesichts des vielfältig strukturierten Marktes unklar. Schlussendlich bestand Einigkeit darüber, dass sich die erneuerbaren Energien mittel- bis langfristig nicht zu dauersubventionierten Technologien entwickeln dürften.

Aktivitäten 1999

Für die Tagesordnung ihrer neunten Sitzung **am 21. Januar 1999** zusammen mit dem „**Energieforum 1999**“ hatten die **Kuratoren** des Forum für Zukunftsenergien das Thema „**Mobilität und Energie im 21. Jahrhundert**“ ausgewählt. Der Beantwortung der damit zusammenhängenden Fragen, wie etwa die Strategien aussehen könnten, um begrenzte Energieressourcen und wachsendes Mobilitätsbedürfnis mit einem nachhaltigen Schutz von Klima und Umwelt in Einklang zu bringen, widmete sich zunächst Dr. Horst Teltschik, Mitglied des Vorstandes, BMW AG. Er sprach sich dafür aus, angesichts der beträchtlichen Entwicklungszeiten für neue Infrastrukturen der Energieversorgung und der damit verbundenen volkswirtschaftlichen Investitionen möglichst kurzfristig mit der Gestaltung der energetischen Zukunft zu beginnen. Dabei sei seiner Auffassung nach im Automobilbereich als Fernziel der Wasserstoff als der geeignete alternative Kraftstoff zu bewerten. Große Erwartungen richteten sich daher auf das für September 2000 in München geplante HYFORUM 2000. Rudolf Eckroth, Vorsitzender des Vorstandes, Adtrans GmbH, hob hervor, dass trotz der Dominanz des Straßenverkehrs dem Schienenverkehr unter dem Gesichtspunkt des Energiebedarfs und der Emissionen auch weiterhin eine besondere Bedeutung zukommen werde, wobei an den Einsatz der Brennstoffzelle große Erwartungen geknüpft seien. Wolfgang Mayrhuber, Vorsitzender des Vorstandes, Lufthansa Technik GmbH, mahnte zur Lösung der Verkehrsprobleme nicht revolutionäre Maßnahmen, sondern vielmehr das Beschreiten des evolutionären Weges an. Für die Luftfahrt komme als alternativer Kraftstoff neben dem Kerosin nur der flüssige Wasserstoff in Frage, der es erlaube, regenerative Energien für den Antrieb von Flugzeugen zu nutzen.

Bei dieser Sitzung ergab sich ein Wechsel im Vorsitz des Kuratoriums. An die Stelle von Dr. F. Wilhelm Christians, der bis 2003 weiter Mitglied blieb, trat Dr. Rolf-E. Breuer, Sprecher des Vorstandes, Deutsche Bank AG.

Mit einem besonderen Dank an das Forum für Zukunftsenergien und den Vorsitzenden seines Kuratoriums, Dr. Rolf-E. Breuer, für die Unterstützung bei den Vorbereitungen des Energiedialoges eröffnete Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, **am 23. Juni 1999** in Bonn die **Auftaktveranstaltung** zum „**Energiedialog 2000**“. Als dessen Ziel formulierte er ein Vorantreiben der energiepolitischen Diskussion unter Einbindung von Wirtschaft und Gesellschaft und das Aufzeigen von Leitlinien für die Energiepolitik, die mit Hilfe eines einjährigen Diskussionsprozesses entwickelt werden sollen. Darüber hinaus sollte die Einbeziehung der europäischen Integration und der Globalisierung in die nationale Energiepolitik erreicht werden.



Vom 2. bis 5. März 1999 fand in Leipzig die „**TerraTec 1999** - Internationale Fachmesse für Umwelttechnik und Energie/Zentrum Energie im liberalisierten Markt“ statt, bei der im Rahmen des Generalthemas „Energie“ der liberalisierte Energiemarkt und seine Auswirkungen auf die Wirtschaft in Form von Energiebereitstellung, Handel und Anwendung im Vordergrund standen. Das Forum für Zukunftsenergien hatte bei der Programmgestaltung die Federführung inne und betreute das „European Energy Forum“, das vom 2. bis 3. März 1999 aus Anlass der „TerraTec“ unter der Schirmherrschaft des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf organisiert wurde und interessierten Energieunternehmen Kontaktmöglichkeiten zu den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten und eine Übersicht über die dortigen Investitionsbedingungen bot. Eröffnet wurde diese Veranstaltung vom Sächsischen Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Kajo Schommer und dem Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank Wolfgang Roth.

Mit den von der Bundesregierung neu beschlossenen Förderprogrammen für erneuerbare Energien befasste sich der **Arbeitskreis „Zukunftsenergien“** in seiner Sitzung **am 27. April 1999** in Frankfurt/M. Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau betreuten Programme wurden insgesamt begrüßt, gleichzeitig wurden die Notwendigkeit langfristig angelegter Förderprogramme und deren einfache Handhabbarkeit unterstrichen.

Aktivitäten 2000

Anlässlich der **Vorstandssitzung am 21. September 2000** trat Prof. Dr. Dietmar Winje von seinem Amt als Vorsitzender des Vorstandes des Forum für Zukunftsenergien zurück. An seine Stelle wurde Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, Mitglied des Vorstandes, Deutsche Shell AG, gewählt.

Unter Vorsitz von Dr. Rolf-E. Breuer fand **am 9. Februar 2000** in Berlin das „**Energieforum 2000**“ statt. In seiner Einführung zeigte er Verständnis dafür, die erneuerbaren Energien vorübergehend zu subventionieren. Längerfristig müssten angesichts des zunehmenden Wettbewerbs auf den liberalisierten Energiemärkten aber subventionsfreie Versorgungsstrukturen angestrebt werden. Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, forderte ein Ende des Konflikts über die Nutzung der Kernenergie und sprach sich für mehr Marktwirtschaft in der Energiewirtschaft und weiterhin eine nationale Energiepolitik aus. Dauersubventionen dürfe es weder für die erneuerbaren Energien noch für die Steinkohle geben. Kritik an dem im Energiedialog der Bundesregierung angestrebten marktkonformen Wandel zu einer nachhaltigen Energiewirtschaft ohne Kernenergie äußerte Dr. Heinz Klinger, Vorsitzender des Vorstandes, Isar-Amperwerke AG, und Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke, der sich zusätzlich deutlich gegen die Regelungen des Stromeinspeisungsgesetzes aussprach.

Am 5. Juni 2000 stellte Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller die zuvor in einem einjährigen Prozess unter Beteiligung von Vertretern des Bundes, der Länder und



Kommunen, Parteien, Gewerkschaften, Wissenschaft, Verbänden und Industrie erarbeiteten „**Leitlinien zur Energiepolitik**“ als Grundlage für ein Energiekonzept der Bundesregierung vor. In seiner Zusammenfassung der Ergebnisse des „Energiedialoges 2000“ bewertete Dr. Rolf-E. Breuer, Vorsitzendes des Kuratoriums des Forum für Zukunftsenergien, diese als geeignet, die Rationalität der Energiepolitik zu erhöhen. Die Konkretisierung eines rationalen Energiekonzeptes für Deutschland, das der gestiegenen internationalen Integration und globalen Trends und Herausforderungen Rechnung trägt, bleibe gleichwohl weiterhin Aufgabe der Politik.

Die Zusammenkunft des **Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ am 7. Juni 2000** in Berlin war unter Beteiligung von Experten aus Verbänden, Ministerien und Institutionen sowie Vertretern der Bundestagsfraktionen schwerpunktmäßig dem Thema „Bioenergie im Aufbruch“ gewidmet. Stichworte waren dabei ein Leitfaden für die Errichtung von Holzenergie-Anlagen, Marktanzreizprogramme zur Nutzung der Bioenergie, Stand der Beratungen über die Ausgestaltung einer Biomasseverordnung sowie die Realisierbarkeit von Quoten im Bioenergiemarkt. Im Mittelpunkt der Beratungen **am 25. Oktober 2000** standen „Alternative Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien für den Straßenverkehr“. Dabei wurden jeweils die Vor- bzw. Nachteile der einzelnen Kraftstoffalternativen Wasserstoff, Methanol und Erdgas beleuchtet und als Erwartung die Wahrscheinlichkeit einer „Multi-Fuel-Future“ unterstrichen.

Am 15. und 16. Juni 2000 organisierte das Forum für Zukunftsenergien mit Unterstützung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen in Dortmund eine **Fachtagung** zu Fragen der weiteren Entwicklung der erneuerbaren Energien, der Stromeinsparung und der Kraft-Wärme-Kopplung im Zeichen des liberalisierten Strommarktes. Probleme wurden bei der industriellen Kraft-Wärme-Kopplung und beim zurückgehenden Investitionsvolumen in Stromeinspartechnologien identifiziert, gleichzeitig aber auch ein positiver Trend zugunsten der erneuerbaren Energien, vorrangig bei der Nutzung der Bioenergie, konstatiert.

Unter der Schirmherrschaft von EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber fand **vom 11. bis 15. September 2000** in München die Internationale Wasserstoffkonferenz **HYFORUM 2000** statt. Bei der vom Forum für Zukunftsenergien gemeinsam mit dem International Bankers Forum und der BMW Group bei Teilnahme von über 600 Experten aus 31 Ländern organisierten Veranstaltung stand das Ziel im Vordergrund, die zukünftige Rolle von Wasserstoff in der Energieversorgung sowie eine nachhaltige Mobilität mittels Wasserstoff als Kraftstoff zu erörtern, um Kohle und Öl so schnell wie möglich abzulösen. Die Erwartungen richteten sich darauf, nach dem Muster der OPEC möglichst rasch eine OHEC zu gründen, eine Organisation of Hydrogen Energy Utilising Countries, sowie international eine Energiepolitik zu betreiben, die weniger auf Energieimporte und mehr auf die Weiterentwicklung von Energietechnik setzt. Von der Politik wurde eine wirksame Unterstützung beim Aufbau einer Infrastruktur für Wasserstoff und eine Transformation der Energiepolitik zur Technologiepolitik gefordert.



Dem Thema „Dynamik im Energiemarkt – Chancen für Wirtschaft und Industrie“ widmete sich das **10. Internationale Energieforum am 8. und 9. November 2000** in Berlin. Angesichts des raschen Wandels auf dem Energiemarkt – an die Stelle der traditionellen Versorgungsunternehmen und der Endverbraucher treten zunehmend arbeitsteilig tätige und im Wettbewerb agierende Unternehmen sowie Kunden, denen unterschiedliche Anbieter gegenüberstehen – müssen die Chancen und Risiken neu abgeschätzt werden. Dies bedarf der Information und Kommunikation mit den Marktpartnern. Welche Markttrends ergeben sich aus technischen Innovationen, Kundenorientierung und neuen Geschäftsfeldern wie Energiehandel, Energiebörsen und Marketing? Welche Trends lassen die internationale Klima- und Umweltpolitik erwarten, welche Rahmenbedingungen werden den Energiemarkt in den nächsten Jahren prägen? Experten trugen dazu ihre Erfahrungen vor und unterbreiteten Lösungsvorschläge.

Aktivitäten 2001

Der Beginn des Jahres 2001 brachte für die Aktivitäten des Forum für Zukunftsenergien eine entscheidende Zäsur: Die Geschäftsstelle übersiedelte nach Berlin, der langjährige Geschäftsführer Dr. Wolf Rasch beendete seine hauptamtliche Tätigkeit, und die Leitung wurde fortgeführt in einer Bürogemeinschaft mit der Berliner Energieagentur GmbH. Die Tochtergesellschaft EFO Energie Forum GmbH reduzierte ihre Arbeitskapazitäten.

Auf Einladung des Vorstandes und des Kuratoriums des Forum für Zukunftsenergien fand **am 1. Februar 2001** zusammen mit der 11. Kuratoriumssitzung das „**Energieforum 2001**“ zum Thema „Nachhaltige Energiewirtschaft – Eine ökonomische, ökologische und soziale Herausforderung“ statt. In der Eröffnungsrede stellte der Vorsitzende des Kuratoriums Dr. Rolf-E. Breuer die Kriterien einer nachhaltigen Handlungsweise von Unternehmen anhand von Einzelbeispielen dar, die geprägt sind nicht nur von Weitsicht in der zeitlichen Dimension und dem Blick über Ländergrenzen hinweg. Hinzukommen müssten nach seiner Auffassung auch Kommunikation und Transparenz der unternehmerischen Vorgehensweise sowie der Mut, sich aktiv in Entwicklungen einzuschalten, um die unternehmerische Zukunftsfähigkeit sicherzustellen. Die EU-Kommissarin für Umwelt Margot Wallström brachte ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass eine nachhaltige Energiewirtschaft der Zukunft eine neue industrielle Revolution schaffen könne, soweit das wesentliche Hindernis einer fehlenden Einpreisung der externen Kosten aus Umweltbelastung und Klimaveränderung beseitigt werde. Für die Politik gälten zwei Orientierungen: Anhebung der Energiepreise durch eine gemeinsame Energiesteuer und die Einführung eines Emissionshandels. Dr. Ludolf von Wartenberg, Hauptgeschäftsführer und Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, warnte vor dem durch höhere Strompreise in Deutschland für die energieintensiven Industrien entstehenden Anreiz einer Verlagerung der Produktionsstandorte in das Ausland und den von der Politik angedachten Instrumenten zugunsten erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sowie der sich daraus ergebenden Marktregulierung. Ebenso bleibe die Ökosteuer ein überflüssiges, weil



kostentreibendes und investitionshemmendes Instrument. Stattdessen sprach er sich für das von der Energiewirtschaft vorgeschlagene „Aktionsprogramm Klimaschutz“ einschließlich einem Bündel von freiwilligen Maßnahmen aus.

Der **Kongress** „Zukunft der Kohle – Perspektiven moderner Kohletechnologien“ **am 5. März 2001** in Berlin bot nicht nur die Möglichkeit, sich über den Stand und die Perspektiven effizienter Kohletechnologien zu informieren, sondern sich auch im Beisein von Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement an der aktuellen Diskussion über die Kraft-Wärme-Kopplung und eine mögliche Quotenregelung zu beteiligen.

Mit dem Thema „Die Energieeinsparverordnung und ihre Auswirkungen auf den Energiesektor“ befassten sich die Sitzungsteilnehmer des **Arbeitskreises „Zukunftsenergien“** in ihrer Sitzung **am 7. März 2001**. Während vonseiten des Vertreters des federführenden Bundeswirtschaftsministeriums die mit dieser Verordnung erreichbare energetische Optimierung im Neu- und Altbau unterstrichen und von der Vereinigung der deutschen Zentralheizungswirtschaft die erwarteten Impulse für die Erneuerung von Heizanlagen und die damit erreichbare Minderung der CO²-Emissionen begrüßt wurden, kritisierte der Vertreter der Hauptberatungsstelle für Elektrizitätsanwendung die Diskriminierung der Wärmeerzeugung aus Strom und sprach von einer „Stromwärme-Verbotsverordnung“. Desweiteren traf sich der Arbeitskreis „Zukunftsenergien“ **am 27. Juni 2001**.

Das vom Forum für Zukunftsenergien mitbetreute **Ausstellerforum** „Zentrum Energie“ fand **vom 13. bis 16. März 2001** in Leipzig nicht mehr zusammen mit der „TerraTec“, sondern erstmalig im Rahmen der „enertec- Internationale Fachmesse für Energie“ statt. In zahlreichen „Aktuellen Stunden“ wurden Vorträge zu aktuellen Themenbereichen wie Informationstechnik, effiziente Kraftwerkstechnik, Bioenergie, Energie-Management, Energiehandel in der EU und Energie-Contracting angeboten. Den Höhepunkt bildete eine mit Mitgliedern der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ geführte Diskussion, bei der erste Zwischenergebnisse vorgestellt wurden.

Beteiligt war das Forum für Zukunftsenergien auch an dem am Rande der Hannover Messe **am 24. April 2001** organisierten **Internationalen Energiegipfel**, um über drängende Energiefragen der Zukunft in Anbetracht der Liberalisierung und Deregulierung der Energiemärkte zu diskutieren und sich über neue Techniken zu informieren.

Aktivitäten 2002

Für Geschäftsführung und Geschäftsstelle des Forum für Zukunftsenergien ergaben sich im Jahr 2002 erneut entscheidende Veränderungen. Mit dem Umzug der Geschäftsstelle im Februar 2002 in das Torhaus des Berliner Energieforum in der Nähe des Ostbahnhofes in



Berlin entstand eine neue Bürogemeinschaft mit der dort ansässigen Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen, deren Geschäftsführerin Dr. Ing. Annette Nietfeld die von Bonn aus tätige Geschäftsführung des Forum für Zukunftsenergien zunächst unterstützte, bevor sie im März 2003 die Geschäftsführung übernahm. Im Oktober 2002 wurde sie außerdem zur Geschäftsführerin der EFO Energie Forum GmbH bestellt.

Bei einer **außerordentlichen Mitgliederversammlung am 31. Januar 2002** wurde Dr. Hans-Joachim Reh, Mitglied des Vorstandes, HEW AG, anstelle des im Oktober 2001 zurückgetretenen Dr. Klaus Kasper als Mitglied des Vorstandes des Forum für Zukunftsenergien gewählt.

Im öffentlichen Teil der **Mitgliederversammlung 2002** des Forum für Zukunftsenergien am **18. September 2002** in Berlin nutzte der Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen Ernst Schwanhold die Gelegenheit zu einem Festvortrag über das Thema „Rationelle Energienutzung – Schwerpunkt zukünftiger Energiepolitik“. Neben der Betonung einer begrüßenswert großen Kongruenz der Aktivitäten des Forums mit den Themenstellungen in seinem Ministerium hob er die Bedeutung der Kohle nicht nur zur Erzeugung von Strom und Wärme, sondern auch als Ausgangsprodukt für zukünftige Kraftstoffe hervor. Er unterstrich den Stellenwert von Grubengas sowie unter dem Gesichtspunkt der Energieeffizienz die dringend gebotenen, verstärkten Anstrengungen zur Markteinführung der Brennstoffzelle sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene. Gleichzeitig mahnte er aber auch ein stärkeres Engagement in Bezug auf den Einsatz von Wasserstoff ein. Sein Fazit lautete, dass diejenigen, die schon heute konsequent die Weichen in Richtung auf Nachhaltigkeit, gleichbedeutend mit „mehr Klimaschutz“, „höhere Energieeffizienz“ und „regenerative Energien“ stellten, zu den Gewinnern einer besseren Umwelt, einer sicheren Energieversorgung und einer höherer Beschäftigung zählten.

Auf Einladung des Vorsitzenden des Vorstandes Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, des Vorsitzenden des Kuratoriums Dr. Rolf-E. Breuer und der E.ON Energie AG fand am **31. Januar 2002** in Berlin das „**Energieforum 2002**“ statt, dessen Beiträge sich dem Thema „Global versus lokal – Energiewirtschaft im Spannungsfeld von Globalisierung und Dezentralisierung“ widmeten. Dabei wurde insbesondere der durch Deregulierung und Wettbewerb eingeleitete tiefgreifende Wandel auf den Energiemärkten beleuchtet mit einerseits zunehmend sich zu international agierenden Konzernen zusammenschließenden Energieunternehmen, die andererseits, bedingt durch den Einsatz neuer Energietechniken, mehr lokale, kundenspezifische Energiedienstleistungen zu erbringen haben.

In seiner Sitzung am **20. Februar 2002** beschäftigte sich der **Arbeitskreis „Zukunftsenergien“** im Rahmen einer Diskussion mit dem Ersten Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung“ und den sich daraus ergebenden energiepolitischen Optionen. Auf der Tagesordnung seiner Sitzung am **5. Juni 2002** stand das Thema „Nachhaltige Energiepolitik – Erwartungen für die nächste Legislaturperiode“, bei



der Vertreter von Wissenschaft und Verbänden in Anbetracht der anstehenden Wahl zum Deutschen Bundestag ihre Erwartungen gegenüber einer nachhaltigen Energiepolitik formulierten und darüber mit Vertretern der Fraktionen des Parlaments diskutierten. Die Beratungen des Arbeitskreises **am 11. Dezember 2002** fokussierten sich auf das Thema „Energiepolitik ist Technologiepolitik“. Dabei wurden anhand von Beispielen mit Bezug auf Verbrennungsmotor und Brennstoffzelle Antriebskonzepte für zukünftige Kraftstoffe, Zukunftstechniken der Windenergiekonversion und Kriterien des höchsteffizienten Kohlekraftwerkes vorgestellt und anschließend mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages diskutiert. Bei dieser Veranstaltung übernahm in der Nachfolge von Dr.-Ing. Gerald Newi Prof. Dr.-Ing. Thomas Hartkopf den Vorsitz.

Im Zusammenhang mit dem Internationalen Energiegipfel auf der Hannover Messe 2002 organisierte das Forum für Zukunftsenergien **am 17. April 2002 die Diskussionsveranstaltung** „Dezentrale Energiewirtschaft – Revolution im Energiemarkt?“. Anhand einzelner energiewirtschaftlicher Szenarien wurden die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Energiewirtschaft und die Automobilindustrie abgeleitet. Dabei wurde erneut deutlich, dass Energiepolitik sich immer stärker hin zu Technologiepolitik entwickelt und energetische Nachhaltigkeit innovatives Wissen voraussetzt: Die vor einhundert Jahren mit Öl und Erdgas als Energieträger begonnene Entwicklung wird mit Energieeffizienz, rationeller Energieumwandlung und Energieanwendung sowie erneuerbaren Energien fortgesetzt. Das Energiesystem wird kontinuierlich kohlenstoffärmer und wasserstoffreicher.

Der Internationale **Kongress** „Zukunft der Kohle“ **am 1. Juli 2002** in Berlin stand unter dem Motto „Perspektiven moderner Energietechniken“. Rund 300 Experten und Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik informierten sich über den aktuellen Stand der Technik und die Perspektiven von Kohlekraftwerken als Referenz für eine weltweite Kohleverstromung. Zentralen Ausgangspunkt bildete das Konzept für die Entwicklung eines Steinkohlekraftwerkes der neuesten Generation, das entsprechend der Ankündigung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement mit einem Wirkungsgrad von deutlich über 45 Prozent im Jahr 2004 in Nordrhein-Westfalen gebaut werde. Außerdem zeigte der Kongress auf, dass moderne Kohleveredlungs- und Energietechnologien über den Sekundärenergieträger Wasserstoff langfristig neue Dimensionen – beispielsweise auch im Verkehrsbereich - eröffnen werden.

Mit dem **Ersten Deutschen Wasserstoffenergietag vom 12. bis 14. November 2002** fand erstmalig in Deutschland eine hochrangig besetzte Veranstaltung zu diesem Thema statt. In Kooperation mit der Landesinitiative für Zukunftsenergien NRW zeichnete das Forum für Zukunftsenergien verantwortlich für diesen Kongress unter der Schirmherrschaft von Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement. In Plenarsitzungen und parallelen Vorträgen diskutierten die Teilnehmer aus Forschung, Industrie und Politik über Technik, Infrastruktur und Märkte für die Wasserstofftechnik.

Aktivitäten 2003



Der langjährige stellvertretende Vorsitzende des Forum für Zukunftsenergien Prof. Dr. Carl-Jochen Winter legte aus gesundheitlichen Gründen im Januar 2003 sein Amt nieder. **Am 27. Februar 2003** verständigte sich **der Vorstand** darauf, Rainer Laufs als geschäftsführendes Vorstandsmitglied zu berufen. Die **Mitgliederversammlung am 10. Dezember 2003** bestätigte diese Entscheidung.

Der Beschluss des Kuratoriums, das „**Energieforum 2003**“ **am 27. Oktober 2003** in Berlin unter der Überschrift „Nachhaltige Energieversorgung und Mobilität“ zu veranstalten, war dem aktuellen Stand der Diskussion über die weltweit zunehmende Verkehrsentwicklung und die sich daraus ergebenden Herausforderungen geschuldet. Zu deren Bewältigung ist ein nachhaltiges Mobilitätskonzept notwendig, das eng mit einer nachhaltigen Energieversorgung verknüpft sein muss. Welche Rahmenbedingungen, Infrastrukturen, Techniken etc. bereits vorhanden und welche in Zukunft zu entwickeln sind, wurde bei der Veranstaltung in Anwesenheit des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Dr. Manfred Stolpe eingehend erörtert. Weitere Vortragende waren Prof. Dr. Wilfried Bockelmann, Mitglied des Markenvorstandes, Volkswagen AG, und Prof. Dr. Klaus Hasselmann, Max-Planck-Institut der Meteorologie. Zuvor hatte das **Kuratorium** seinen Vorsitzenden, Dr. Rolf-E. Breuer, mit Dank verabschiedet und Dr. Tessen von Heydebreck, Mitglied des Vorstandes der Deutsche Bank AG, zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Am 8. und 9. April 2003 fand im zeitlichen Zusammenhang mit der Hannover Messe der Internationale Energiegipfel „Multi Utility-Vielseitige Einsatzmöglichkeiten moderner Energietechnik und Dienstleistungen“ statt. Dabei übernahm das Forum für Zukunftsenergien die Organisation des **Veranstaltungsteils** zum Thema „Multi Utility“, bei dem über Möglichkeiten diskutiert wurde, durch eine stärkere Vernetzung der unterschiedlichen Energieangebote mit neuen Energiedienstleistungen die Energieproduktivität zu steigern und damit Ressourcen aller Art zu schonen.

In ihrer Sitzung **am 3. Juli 2003** berieten die Teilnehmer des **Arbeitskreises „Zukunftsenergien“** auf der Grundlage der tags zuvor vom Europäischen Parlament getroffenen Entscheidung zur Einführung eines Emissionshandelssystems und der Überlegungen zu einem nationalen Allokationsplan über Chancen und Risiken des CO₂-Emissionshandels für die deutsche Wirtschaft. Die Aufgaben als ehrenamtlicher Vorsitzender übernahm ab dieser Sitzung Dr. Frank-Michael Baumann, Geschäftsführer, Landesinitiative Zukunftsenergien NRW. **Am 24. September 2003** informierten sie sich über aktuelle Überlegungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zu einem neuen energierechtlichen Ordnungsrahmen und trugen ihre Bewertungen und Forderungen vor. Die Zusammenkunft **am 10. Dezember 2003** zum Thema“ Fossile Energieträger und Nachhaltigkeit – (k)ein Widerspruch?“ stand im Zeichen eines Berichts aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit über dessen Vorstellungen zum Beitrag der fossilen Energieträger zu einer nachhaltigen Energiepolitik.

Im Rahmen der ENTSORGA 2003 **vom 23. bis 27. September 2003** veranstaltete das Forum für Zukunftsenergien das **Symposium** „Energetische Biomassenutzung in Kommunen?“. Einschlägige Beispielprojekte von Kommunen wurden vorgestellt und einer kritischen Diskussion unterzogen. Ziel war es, die vielfältigen ökologischen und ökonomischen Möglichkeiten der Nutzung von Biomasse für Kommunen darzustellen und Fördertatbestände aufzuzeigen.

Aktivitäten 2004

Im Zusammenhang mit der **Mitgliederversammlung 2004** des Forum für Zukunftsenergien **am 17. November 2004** hielt in deren öffentlichen Teil der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Dr. Otto Wiesheu den Festvortrag zum Thema „Zukunftsfähig, modern, innovativ: Das energiepolitische Konzept des Freistaates Bayern“. Darin umriss er eine Reihe von Grundsätzen und Eckpunkten, um die Ziele der Energiepolitik zu erreichen. Dazu rechnete er u. a. den Gleichrang der Nachhaltigkeitsziele, den er angesichts der vordergründig ökologischen Ausrichtung der Bundespolitik als nicht gewahrt bewertete. Energiepolitik als untrennbarer Teil der Wirtschaftspolitik könne nach seiner Auffassung nicht im nationalen Alleingang betrieben werden und müsse auch der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet bleiben. Ferner müssten mehr Geld, Offenheit und Effizienz für die Energieforschung bereitgestellt, die Energieeinsparung und erneuerbare Energien effizienter gefördert und ein breiter Energiemix unter Einschluss der Kernenergie auf der Grundlage eines schlüssigen Energiekonzeptes angestrebt werden.

Kurz vor der Präsentation des nationalen Allokationsplanes zum CO²-Emissionshandel durch die Bundesregierung in Brüssel beschäftigte sich das „**Energieforum 2004**“ **am 11. März 2004** in Berlin mit diesem Thema. Die Position der Bundesregierung trug der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Jürgen Trittin vor bei einer Diskussion mit Dr. Gert Maichel, Mitglied des Vorstandes, RWE AG, und Dr. Rolf Linkohr, Mitglied des Europäischen Parlaments.

Die Beratungen des **Arbeitskreises „Zukunftsenergien“** in seiner Sitzung **am 3. März 2004** in Berlin konzentrierten sich auf die Themenstellung „Netze und erneuerbare Energien. Fragen nach Versorgungssicherheit, Wettbewerb und Regulierung“. Vertreter der E.ON Netz GmbH, der Stadtwerke Hannover AG, der REpower Systems AG und des Internationalen Wirtschaftsforum Regenerative Energien IWR trugen dazu ihre Positionen vor. Die Zusammenkunft **am 16. Juni 2004** stand im Zeichen der kurz zuvor in Peking durchgeführten Konferenz HYFORUM 2004. Die dortigen Referenten Dr. Peter P. Knoedel, Dr. Matthias Gebert, Forschungszentrum Jülich, und Jaco Reijerkerk, Linde AG, fassten die Konferenzergebnisse zusammen und zogen das Fazit für zukünftige Entwicklungen. **Am 22. September 2004** stand auf der Tagesordnung des Arbeitskreises der Entwurf der Bundesregierung für das 5. Energieforschungsprogramm „Innovation und neue Energietechnologien“, u. a. mit einer Präsentation durch den zuständigen Referatsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Die Sitzung **am 1. Dezember 2004** war dem

Thema „Grenzenloser Stromhandel?“ gewidmet und beleuchtete das Spannungsfeld von gewünschter, grenzüberschreitender Wettbewerbsfreiheit einerseits und den faktischen Beschränkungen des Marktes durch bestehende Engpässe an den Grenzen der nationalen Netze und der starken Wettbewerbsposition der großen Netzbetreiber andererseits. Mit dieser Sitzung endete eine über mehrere Jahre gepflegte, erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, an deren Stelle – um die eigene politische Unabhängigkeit zu unterstreichen – mit dem Jahresbeginn 2005 eine Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung trat.

Vom 25. bis 28. Mai 2004 veranstaltete das Forum für Zukunftsenergien in Peking die Internationale Wasserstoffkonferenz **HYFORUM 2004**. Bei dieser auch von deutscher Seite hochrangig besetzten Veranstaltung wurde in den 120 Referaten und in den Diskussionsrunden deutlich, dass auf dem Weg zu einer Wasserstoffwirtschaft zwar schon viele Meilensteine passiert worden seien, das Ziel dennoch weiter entfernt liege, als vor vier Jahren beim HYFORUM 2000 angenommen. Das größte Problem sah man in den momentan zu hohen Kosten. Deswegen seien nach einhelliger Auffassung bis zum wirtschaftlichen Einsatz des Wasserstoffs Brückentechnologien erforderlich. Die zu bewältigenden Probleme auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität - auch darin herrschte Einigkeit – erforderten im Übrigen eine weltweite Zusammenarbeit.

Mit Unterstützung des Forum für Zukunftsenergien fand **am 5. und 6. Februar 2004** in Berlin das **5. Deutsch-Britische Umweltforum** „From Fossil to Future Fuels/Energieträger der Zukunft“ statt. Nach den Eröffnungsreden von Bundesumweltminister Jürgen Trittin und dem britischen Minister für Landwirtschaft, Ernährung und nachhaltige Energien Lord Whitty of Camberwell berichtete ein britischer Marktforscher über die in beiden Ländern überraschenderweise gleich positive Bewertung von Umweltfragen. Ferner verwies er auf das gleichfalls parallel zunehmende Interesse an Umweltthemen in Deutschland und Großbritannien bis hin zu der Bereitschaft, zur Unterstützung des Umweltschutzes sogar ein schwächeres Wirtschaftswachstum im Kauf zu nehmen. Die Abschlussdiskussion machte allerdings auch Spannungen deutlich zwischen Betroffenheit in Bezug auf Umfang, Dringlichkeit und Unvermeidlichkeit der Umweltprobleme auf der einen Seite und dem Optimismus beider Länder auf der anderen Seite, einzeln und zunehmend gemeinsam politische und technische Führerschaft zu demonstrieren zugunsten einer langfristigen, globalen Energiepolitik.

Als weitere Aktivitäten waren zu verzeichnen die Einrichtung eines eigenen Informationsstandes auf der „**E-world energy & water 2004**“ **vom 10. bis 12. Februar 2004** in Essen für tägliche Diskussionsforen zu unterschiedlichen Fachthemen und ein **am 6. Mai 2004** in Berlin zusammen mit dem CF – Contracting Forum im ZVEI, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronik-Industrie, veranstalteter **Parlamentarischer Abend** „Dienstleistungen oder Dirigismus – Energieeffizienz durch Contracting“, bei dem die vom EU-Richtlinienvorschlag zur Endenergieeffizienz und zu Energiedienstleistungen zu erwartenden Auswirkungen auf den bereits ausgebildeten Markt für Energiedienstleistungen dargestellt und diskutiert wurden.

Aktivitäten 2005

In einer außerordentlichen **Versammlung** wählten die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien **am 13. April 2005** einen neuen Vorstand, der den Vorsitz Frau Dipl.-Vw. Marianne Haug, Universität Hohenstein, übertrug. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Thomas Hartkopf, Mitglied des Vorstandes, EnBW Energieversorgung Baden-Württemberg AG, gewählt.

Im öffentlichen Teil der **Mitgliederversammlung am 26. Oktober 2005** in Berlin befasste sich der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander mit den Schwerpunkten einer neuen Energiepolitik in Deutschland. Er forderte hierfür von der neuen Bundesregierung einen Kurswechsel angesichts der zunehmenden Verlagerung energieintensiver Prozesse durch deutsche Unternehmen ins Ausland aufgrund der zahlreichen, energiepreiserhöhenden Eingriffe der bisherigen Bundesregierung. Weiter sprach er sich für eine technologieoffene Energiepolitik unter Einschluss der Kernenergie, eine Neujustierung der Förderpolitik bei den regenerativen Energien und eine Rückkehr zu einem ausgewogenen Verhältnis der drei energiepolitischen Hauptziele aus.

Beim „**Energieforum 2005**“ **am 29. September 2005** in Berlin stand die Erörterung der Frage „Kernenergie – Im Wettbewerb um nachhaltige Energieversorgung in Europa?“ im Mittelpunkt. Nach der Einleitung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums Dr. Tessen von Heydebreck, Mitglied des Vorstandes der Deutsche Bank AG, trugen die Referenten Prof. Jukka Laaksonen, Generaldirektor der finnischen Strahlenschutzbehörde, Dr. Walter Hohlefelder, Mitglied des Vorstandes, E.ON Energie AG, und Präsident des Deutschen Atomforum, und Wolfgang Hilden, Direktion Kernenergie, EU-Kommission, ihre Positionen vor. In der anschließenden Diskussion wurden neben der Sicherheit, der Entsorgung und der erwarteten technologischen Fortschritte der Kernenergie deren Beitrag zur Erfüllung der CO²-Reduzierungsverpflichtungen und die Errichtung von Kernkraftwerken in politisch instabilen Ländern eingehend erörtert und die einzelnen Aspekte teilweise kontrovers bewertet.

Die Teilnehmer der Sitzung des **Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ am 16. März 2005** im Rahmen der „E-world energy & water 2005“ in Essen berieten über die aktuellen Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten und die sich daraus ergebenden Folgen für Politik und Wirtschaft. Gemeinsam mit dem neuen Kooperationspartner, der Konrad-Adenauer-Stiftung, vertreten durch deren stellvertretenden Generalsekretär Dr. Christoph Kannengießer, und im Beisein der Vorsitzenden des Vorstandes des Forum für Zukunftsenergien Marianne Haug fand die Sitzung des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ **am 1. Juni 2005** statt. Aus Anlass der bevorstehenden Verabschiedung der Novelle zum Energiewirtschaftsgesetz wurde über die daraus zu erwartenden Folgen im Allgemeinen und die Gasmarktregulierung im Besonderen diskutiert. **Am 19. Oktober 2005** widmete sich der Arbeitskreis in Anbetracht der zeitgleich stattfindenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene der Frage „Neue Weichenstellungen in der Energiepolitik?“. Im Mittelpunkt der



Beratungen **am 14. Dezember 2005** stand das Thema „Energie und Haus – das große Energieeinsparpotenzial“ mit der Frage der Einführung eines Energiepasses bzw. seiner inhaltlichen Ausgestaltung sowie einer Bewertung der mit neuen Heizungsanlagen und der Kraft-Wärme-Kopplung zu nutzenden Energieeinsparpotentiale.

In Anbetracht der Entwicklung, dass nationale energiepolitische Weichenstellungen zunehmend durch supranationale Organisationen, wie die Europäische Gemeinschaft, oder die Kooperationsplattform der IEA beeinflusst werden und internationale Energietechnologieentwicklungen zunehmend Bedeutung für deutsche Akteure erlangen, hatte der Vorstand des Forum für Zukunftsenergien den Beschluss gefasst, eine neue Veranstaltungsreihe „**Internationaler Energiedialog**“ einzurichten, um den Beteiligten die Möglichkeit einzuräumen, nationale energiepolitische und -wirtschaftliche Entwicklungen im globalen Kontext widerzuspiegeln. Bei der Auftaktveranstaltung **am 22. November 2005** in Berlin mahnte der Direktor der Internationalen Energieagentur Claude Mandil angesichts der neuen Daten des kurz zuvor von der IEA vorgestellten „World Energy Outlook“ eine Reduzierung der globalen Energienachfrage hin zu mehr Nachhaltigkeit ein. Entscheidende Maßnahmen zur Schaffung eines nachhaltigen Energiesystems sah er in schnelleren Technologieentwicklungen, aber auch in institutionellen Veränderungen.

Aktivitäten 2006

Am 1. Juni 2006 fasste der **Vorstand** den Beschluss, Dr. Egon Hoffmann und Dr. Hanns-Arnt Vogels in Anbetracht ihres Einsatzes zugunsten der Belange des Forum für Zukunftsenergien zu dessen Ehrenmitgliedern zu ernennen.

Die nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerin Christa Thoben skizzierte in ihrer Festrede zum Thema „Nachhaltige Energiepolitik – wie viel Steuerung braucht der Markt?“ im öffentlichen Teil der **Mitgliederversammlung** des Forum für Zukunftsenergien **am 27. Oktober 2006** einige die Nachhaltigkeit der Energiepolitik konkretisierende Elemente. Dazu zählte sie einen durch staatliche Rahmenbedingungen garantierten Wettbewerb in der Energiewirtschaft, staatlich definierte Mindestanforderungen an Klimaschutz, Energieeffizienz und Versorgungssicherheit und unter Beteiligung der Unternehmen schließlich die Entwicklung und Verbreitung von Technologien mit marktnahen Instrumenten.

Das „**Energieforum 2006**“ **am 4. April 2006** stand angesichts der aktuell geführten Energiegipfel-Gespräche der Bundesregierung unter der Überschrift „Neue Weichenstellungen für die nationale Energiepolitik im internationalen Kontext“. Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, berichtete als Teilnehmer des Energiegipfels über die dort vorgetragenen Positionen und Strategien, um den Herausforderungen der zukünftigen Energieversorgung gerecht zu werden. Im Einzelnen betonte er als wichtige Ziele eine stärkere Konzentration auf Energieeffizienz und Energieeinsparung, vermehrte Investitionen zur Erneuerung des Kraftwerkparcs, einen stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energien, eine internationale



Weiterentwicklung des Klimaschutzes, die Entwicklung eines europäischen Wettbewerbsmarktes für Energie sowie den Verzicht auf die Kernenergie. Weitere Vorträge hielten Prof. Dr. Hartkopf, Mitglied des Vorstandes, EnBW Energieversorgung Baden-Württemberg AG und stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes des Forum für Zukunftsenergien, Michael Krane, Mitglied des Vorstandes, Conergy AG, und Michael Schöneich, geschäftsführendes Präsidialmitglied, Verband kommunaler Unternehmen.

In seiner Sitzung **am 8. März 2006** nahm sich der **Arbeitskreis „Zukunftsenergien“** der aktuellen Diskussion über den Einfluss der staatlichen Instrumente auf die Strompreise an und kam auf der Grundlage der Redebeiträge zu unterschiedlichen Bewertungen in Bezug auf die Relevanz des Emissionszertifikatehandels, des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Netznutzungsentgelte. **Am 31. Mai 2006** beschäftigten sich die Sitzungsteilnehmer mit der Thematik „Der Nationale Allokationsplan II als wirksames Instrument des Klimaschutzes“. Angesichts deutlicher Unterschiede in der Bewertung der Notwendigkeit und Ausgestaltung eines nationalen Allokationsplanes konnte man sich auf eindeutige Antworten nicht verständigen. **Am 29. November 2006** wurde im Arbeitskreis „Zukunftsenergien“ das kurz zuvor vom Bundeswirtschaftsministerium erarbeitete Eckpunktepapier zu einer Anreizregulierung öffentlich vorgestellt und kontrovers diskutiert, insbesondere hinsichtlich der Ausgestaltung des Effizienzmaßstabes.

Die Veranstaltungsreihe „**Internationaler Energiedialog**“ fand ihre Fortsetzung **am 16. Januar 2006** mit einem Vortrag von Dr. Rainer Seele, Mitglied des Vorstandes, Wintershall AG, und Sprecher der Geschäftsführung, WINGAS GmbH, über „Die zukünftige Versorgung Europas mit Erdgas – Herausforderung für die Energiewirtschaft“. Dabei stellte er im Einzelnen die national und europaweit verfolgten Strategien und Projekte seiner Unternehmen einschließlich der gemeinsam mit Partnern in Russland betriebenen Förderung von Erdgas sowie den Ausbau der notwendigen Transport- und Speicherkapazitäten vor.

Am 27. März 2006 beschrieb im Rahmen des „**Internationalen Energiedialoges**“ Hellmuth Weisser, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Marquard & Bahls AG, die nationale und internationale Bedeutung der unabhängigen Mineralölhändler für Angebotsvielfalt und Versorgungssicherheit und forderte sowohl Bundesregierung als auch die Europäische Union auf, bei der Energiesteuergesetzgebung besonderes Augenmerk auf die Angemessenheit der Besteuerung der Biotreibstoffe und die vorgeschriebenen Qualitätsstandards zu legen und eine zusätzliche Belastung der unabhängigen Mineralölhändler zu vermeiden.

Der Vorstandsvorsitzende des niederländischen Energieversorgers N.V. NUON Ludo van Halderen präsentierte beim „**Internationalen Energiedialog**“ **am 16. Mai 2006** die Bewertung des liberalisierten Energiemarktes aus der Sicht eines niederländischen Unternehmens. Dabei stellte er sowohl die gesamteuropäischen Trends als auch die nationalen Unterschiede heraus. Während nach seinen Worten auf dem Strommarkt nicht nur die Liberalisierung in den einzelnen Ländern unterschiedlich schnell voranschreite, sondern auch die Ausgestaltung der nationalen Allokationspläne recht unterschiedlich

ausfalle, gestalteten sich die Gasmärkte angesichts der unterschiedlichen Lieferquellen und der guten Vernetzung einheitlicher. Eine Verknüpfung zwischen einer fortschreitenden Liberalisierung und einer Reduzierung der Energiepreise sah er nicht als gegeben an.

In seinem Vortrag beim „**Internationalen Energiedialog**“ am **26. September 2006** widmete sich Klaus Voges, Vorstandsvorsitzender, Siemens AG Power Generation, dem Beitrag moderner Kraftwerkstechnologien zum Klimaschutz. Demzufolge werde aufgrund ihrer geografisch gleichmäßigen Verteilung und ihrer zeitlichen Reichweite die Kohle weiterhin wichtiger Brennstoff für die Stromerzeugung bleiben, soweit zum klaren Anforderungsprofil eines jeden Kraftwerks auch dessen Beitrag zum Klimaschutz gehöre. Die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der Anlagenhersteller konzentrierten sich deshalb auf eine Effizienzsteigerung der Anlagen, um Ressourcen zu sparen und den spezifischen CO₂-Ausstoss zu reduzieren, aber auch auf Technologien zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung.

Unter der Überschrift „Klimawandel – die globale Herausforderung“ beschrieb Prof. Lars G. Josefsson, Präsident und CEO, Vattenfall AB, und Klimaschutzbeauftragter der Bundesregierung, beim „**Internationalen Energiedialog**“ am **8. November 2006** Lösungsansätze für eine emissionsarme Weltgesellschaft, mit denen der Herausforderung durch den Klimawandel begegnet werden soll. Grundlage dafür sei ein langfristig angelegtes, globales System zur preislichen Bewertung der Emissionen und darauf aufbauend eine globale Lastenverteilung unter Beteiligung aller Länder entsprechend ihrem Anteil am Bruttoweltprodukt sowie der Berücksichtigung eines globalen „Caps“ von 550 ppm CO₂-Äquivalenten.

Über „Die e8-Initiative der Stromwirtschaft für Nachhaltigkeit und Klimaschutz“ informierte Prof. Dr. Wolfgang Straßburg, Leiter Sonderprojekte, RWE AG, die Teilnehmer des „**Internationalen Energiedialogs**“ am **12. Dezember 2006**. Seinen Ausführungen zufolge wurde diese Initiative 1992 von den führenden Energieversorgungsunternehmen der damaligen G7-Mitgliedstaaten gegründet mit dem Ziel, gemeinsam politische Rahmenbedingungen zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern, Vorschläge für eine nachhaltige Stromversorgung zu erarbeiten sowie entsprechende Projekte – vorzugsweise in Entwicklungsländern – zu unterstützen. Die Finanzierung erfolgt über einen eigens eingerichteten Fonds, der bislang bereits für 30 Beratungs- und 10 Investitionsprojekte in Anspruch genommen wurde.

Mit dem Thema „Hocheffizienter Einsatz von Biomasse in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen“ befasste sich eine vom Forum für Zukunftsenergien zusammen mit dem Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung anlässlich der Hannover Messe 2006 am **25. April 2006** organisierte **Veranstaltung**. Ausgangspunkt für die anschließende Diskussion bildete ein Überblick über den Einsatz von Biomasse in KWK-Anlagen sowie Erfahrungsberichte zu verschiedenen Projekten, in denen KWK-Anlagen mit Holzhackschnitzeln, Schweinemist, Pflanzenöl oder auf der Basis von Wirbelschicht-Holzvergasung befeuert werden. Weitgehend Konsens



herrschte darüber, dass augenblicklich eine energetische Biomassenutzung weitgehend noch nicht wirtschaftlich sei.

Die nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerin Christa Thoben nutzte **am 9. Mai 2006** in Berlin die **Plattform** des Forum für Zukunftsenergien, um Kompetenzen und Impulse ihres Bundeslandes für ein nationales Energiekonzept vorzustellen und mit hochrangigen Vertretern der Energiewirtschaft zu diskutieren. Dabei unterstrich sie die Notwendigkeit, ein neues energiepolitisches Gesamtkonzept zu entwickeln, das die Anforderungen der Versorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit und des Klimaschutzes gleichgewichtig berücksichtige. Dazu gehöre aber auch, die Kernenergie zu positionieren, die Kohlepolitik neu auszurichten und zusätzliche Beiträge in Forschung und Entwicklung der erneuerbaren Energien zu investieren, um sie rascher zur Marktreife zu führen.

Bei einer **Veranstaltung** des Forum für Zukunftsenergien **am 21. Juni 2006** trugen Vertreter der Volkswagen AG, der Deutsche Shell Holding GmbH und der Lurgi AG ihre Vorstellungen zu den Potentialen, Chancen und notwendigen Rahmenbedingungen für die Biokraftstoffe der zweiten Generation vor. Dabei sprachen sie sich dafür aus, die Förderung von Biokraftstoffen am Grad der CO²-Vermeidung auszurichten und folglich Biokraftstoffe der zweiten Generation und die entsprechenden Technologien angesichts ihrer im Vergleich zu konventionellen Biokraftstoffen höheren CO²-Einsparung auch stärker zu unterstützen.

In Anbetracht des bevorstehenden Abschlusses des Konsultationsprozesses über das von der EU-Kommission vorgelegte Grünbuch „Energie“ präsentierten und diskutierten eine Reihe namhafter Vertreter aus Energiepolitik und -wirtschaft bei einer **Konferenz** des Forum für Zukunftsenergien **am 6. September 2006** über die Erwartungen an die Europäische Energiepolitik. Unter der Moderation von Dr. Rolf Linkohr, Berater des EU-Kommissars für Energie, lehnte PStS Hartmut Schauerte als Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie die vorgesehene Verlagerung der nationalen Zuständigkeit für diesen Politikbereich ebenso ab wie gelenkte Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz und sprach sich für einen wirtschaftlich effizienten Ausbau der erneuerbaren Energien und eine abgestimmte Forschungspolitik aus. Dr. Derek M. Taylor, Berater der Generaldirektion Energie und Verkehr der EU-Kommission, verteidigte hingegen die inhaltlichen Vorschläge des Grünbuches. Dabei wurde er unterstützt vom Vertreter der finnischen Ratspräsidentschaft, dem Leiter der Abteilung Energie im finnischen Ministerium für Handel und Industrie Taisto Turunen. Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender der EWE AG, unterstrich die Notwendigkeit einer langfristigen Planungssicherheit sowie die Verankerung der Sicherung eines vielfältigen Energiemix. Dr. Wolfgang Gerhardt, Leiter Verbands- und Regierungsbeziehungen, BASF AG, befürwortete europäische und nationale Rahmenbedingungen für die Energieversorgung und Unterstützung bei der Entwicklung und der industriellen Umsetzung innovativer Technologien. Harald Noske, Technischer Vorstand, Stadtwerke Hannover AG, empfahl u.a. den Verzicht auf weitere Regulierung, zusätzliche Behörden und Regelwerke.



Ein gemeinsam vom Deutschen Wasserstoff- und Brennstoffzellenverband und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Forum für Zukunftsenergien **im November 2006** veranstalteter **Parlamentarischer Abend** war dem Thema „Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie im Zeichen des Innovationsprogramms der Bundesrepublik Deutschland“ gewidmet. Dabei entstand Gewissheit, dass durch die beachtliche staatliche Förderung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie und die komplementären Aufwendungen der deutschen Industrie ein Langfristprogramm entstehen werde mit der Chance, diese für den Technologie- und Wirtschaftsstandort Deutschland wichtige Marktentwicklung zu beschleunigen. Als gemeinsames Projekt wurde von den beteiligten Partnern Deutsche Shell Holding AG, Hamburger Hochbahn AG und Vattenfall Europe Hamburg AG eine geplante Wasserstofftankstelle in der Hamburger HafenCity vorgestellt.

Im November 2006 wurde unter der Moderation der Vorsitzenden des Vorstandes des Forum für Zukunftsenergien Marianne Haug in Kooperation mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem World Energy Council und dem Bundesverband der Deutschen Industrie von Dr. Fatih Birol, Internationale Energieagentur, der **World Energy Outlook 2006** vorgestellt.

Aktivitäten 2007

Die Tagesordnung der **Mitgliederversammlung** des Forum für Zukunftsenergien **am 10. September 2007** sah als wichtigen Tagesordnungspunkt die Wahl des Vorstandes vor. Dabei wurde Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG, zum Vorsitzenden gewählt und Prof. Dr. Thomas Hartkopf, Mitglied des Vorstandes, EnBW Energieversorgung Baden-Württemberg AG, in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender bestätigt.

Den anschließenden Festvortrag hielt Jürgen Reinholz, Thüringer Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, zum Thema „Sicherheit der Energieversorgung im Kontext nationaler und internationaler Herausforderungen“. Darin mahnte er eine Stärkung des Verbundsystems in Europa an über die begrüßenswerte Netzplattform von Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten hinaus und unterstützte sowohl die Idee einer europäischen Energieagentur als auch den vom Europäischen Rat verabschiedeten Energieaktionsplan zur Verringerung der Importabhängigkeit. Als notwendig bewertete er ferner eine Diversifizierung der Bezugsquellen und -wege sowie eine Verbesserung der innereuropäischen Solidarität. Risiken bei der Energieversorgung angesichts der Rohstoffsituation sah er insbesondere aufgrund eines globalen Investitionsrückstandes bei den Förder-, Transport- und Raffineriekapazitäten sowie der Gefahr, dass mittels Erdgaslieferungen politische Ziele verfolgt würden. Er plädierte daher für eine aktive Energieaußenpolitik, eine Modernisierung des Kraftwerksparks, einen ausgewogenen Energiemix unter Anerkennung der Bedeutung der Kernenergie und einen angemessenen Ausbau der erneuerbaren Energien mit Prioritäten bei Offshore-Windanlagen.

Mit Impulsen für das neue deutsche Energiekonzept beschäftigte sich das „**Energieforum 2007**“ **am 15. März 2007**. Eine Reihe namhafter Vertreter des Energiepolitik und -wirtschaft ,

unter ihnen Laurenz Meyer, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Klaus-Dieter Maubach, Mitglied des Vorstandes, E.ON Energie AG, Kurt Döhmel, Vorsitzender der Geschäftsführung, Deutsche Shell GmbH, Prof. Dr. Jürgen Mlynek, Präsident, Helmholtz-Gesellschaft, Dr. Joachim Schneider, Mitglied des Vorstandes, ABB AG, und Dr. Thomas Schott, geschäftsführender Vorstand, Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg, diskutierten unter der Moderation des Vorsitzenden des Kuratoriums des Forum für Zukunftsenergien Dr. Tessen von Heydebreck, Mitglied des Vorstandes, Deutsche Bank AG, über verschiedene Aspekte eines möglichen Energiekonzeptes. Ausgangspunkt dafür bildete die beim EU-Gipfel getroffene Entscheidung, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf zwanzig Prozent auszubauen. Während alle Beteiligten diese Festlegung unterstützten und das dafür vorhandene Potential der Bio- und Windenergie in Deutschland betonten, wurde gleichzeitig mit Nachdruck betont, für den „verbleibenden“ Anteil einen Energiemix der verschiedenen Energieträger unter Einbeziehung der Kernenergie im Auge zu behalten und die vom Nationalen Allokationsplan II ausgehenden Hemmnisse zu beseitigen.

Am 28. Februar 2007 erörterten die Teilnehmer des **Arbeitskreises „Zukunftsenergien“** die zulasten der deutschen Wirtschaft zu erwartenden Auswirkungen des vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit revidierten „Nationalen Allokationsplanes für die zweite Emissionshandelsperiode von 2008 – 2012“. Auf der Grundlage der von einem Vertreter des Bundesumweltministeriums vorgetragenen Vorstellungen seines Hauses zur Verankerung der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt beschrieben die Sitzungsteilnehmer **am 13. Juni 2007** ihre Positionen zu den einzelnen Instrumenten. Auch **am 19. September 2007** standen Überlegungen des Bundesumweltministeriums zu gesetzgeberischen Maßnahmen im Mittelpunkt der Beratungen. Dabei ging es um die Umsetzung der Ankündigung, im Rahmen des Integrierten Energie- und Klimaprogramms (IEKP) das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz zu novellieren mit dem Ziel, den Anteil der Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 zu verdoppeln. Die Zusammenkunft **am 28. November 2007** war gewidmet einer inhaltlichen Bewertung des wenige Tage zuvor vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurfs zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

In der Veranstaltungsreihe „**Internationaler Energiedialog**“ trug **am 22. Januar 2007** der Vorsitzende der World Nuclear Association Dr. Ralf Güldner eine Bestandaufnahme und einen Ausblick zur globalen Nutzung der Kernenergie vor. Dabei vertrat er die Auffassung, dass das der Energieversorgung zugrundeliegende Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Umweltschutz aufgrund wachsender Energienachfrage und neuer Anforderungen, wie z.B. der Liberalisierung, aus dem Gleichgewicht zu geraten drohe und in die Lücke sämtliche Energieträger eingefügt werden müssten, auch die Kernenergie. Dies habe gerade jüngst die EU-Kommission erneut unterstrichen und die wichtige Rolle der Kernenergie angesichts ihrer günstigen Kosten und der zu erzielenden CO²-Reduzierung bestätigt. Diese Sichtweise werde auch durch die weltweite Entwicklung unterstützt. Hinsichtlich der gerade in Deutschland vorhandenen Vorbehalte gegenüber der Kernenergie



sprach er sich für eine stärkere Betonung deren ökonomischer und ökologischer Aspekte in der Öffentlichkeit aus, um die vorhandenen Anlagen weiter zu betreiben, solange dies technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar sei.

Zeitgleich mit dem dritten Energiegipfel der Bundesregierung zog der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministeriums Dr. Joachim Wuermeling beim „**Internationalen Energiedialog**“ am **3. Juli 2007** ein energiepolitisches Resümee der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Gipfels. Die beim jüngsten Treffen des Europäischen Rates gefassten Beschlüsse bewertete er als einen Durchbruch zu einer zukunftsweisenden europäischen Klimapolitik und einer ehrgeizigen Energiepolitik. Er gestand zu, dass es sich bei den drei 20-Prozentzielen um ambitionierte Ziele handele, die aber über Innovationen im Energietechnologiebereich und zwar sowohl in der Entwicklung nachhaltiger Kraftwerkstechnologien als auch in der Endenergienutzung erreichbar seien. Ferner begrüßte er die Fortschritte bei der Schaffung eines dynamischeren Binnenmarktes für Energie über Anreize zu einer stärkeren regionalen Anbietervielfalt. Kommentiert wurden seine Ausführungen unter der Moderation von Marianne Haug von Dr. Carsten Kreklau, Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Deutschen Industrie, und Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland.

Deutschland sei als Standort für die Primäraluminiumproduktion nicht mehr attraktiv mit der Folge einer Schließung von ökologisch nachhaltigen und energieeffizienten Standorten, des Verlustes von Arbeitsplätzen, Technologiekompetenz und Synergien und einer Verlagerung der Produktion in Nicht-Kyoto-Länder. Diese Bewertung nahm beim „**Internationalen Energiedialog**“ am **11. Dezember 2007** die Sprecherin der Geschäftsführung, Hydro Aluminium Deutschland GmbH, Irmtraud Pawlik, vor. Die Ursache sah sie in den hohen Stromkosten, die auf dem Emissionshandel, den Belastungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und einem nicht funktionierenden Strommarkt beruhten. Zumindest müsse bei einer Novellierung der gesetzlichen Grundlagen angesichts der auch in Italien, Frankreich und Spanien gewährten Vergünstigungen ein Erhalt der Härtefallklausel für stromintensive Industrien gesichert werden. Teilweise Zustimmung und Unterstützung der Argumente kam in der Diskussion von Dr. Michael Meister, stellvertretender Vorsitzender, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Dr. Eberhard Meller, Hauptgeschäftsführer, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft.

Am 10. Oktober 2007 befasste sich bei einer **Veranstaltung** des Forum für Zukunftsenergien Dr. Gernot K. Kalkoffen, Vorstandsvorsitzender, ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, mit dem Thema „Energieforschung und Technologieentwicklung der internationalen Öl- und Gasindustrie“. Ausgehend von der Einschätzung, dass die fossilen Energieträger die Basis der heutigen Zivilisation bildeten und auch regenerative Energiesysteme auf die noch für lange Zeiträume verfügbaren fossilen Energien angewiesen seien, müssten die Bemühungen zur Begrenzung der CO₂-Emissionen breit, offen und langfristig angelegt sein. Sein Unternehmen unterstütze dazu weltweit zahlreiche Forschungsprojekte, beispielsweise zur biotechnischen Erzeugung von Wasserstoff sowie nanostrukturierte Photovoltaik-Zellen. Von der Politik verlangte er angemessene



Rahmenbedingungen. Prof. Dr. Georg Erdmann, Leiter des Fachbereichs Energiesysteme, Technische Universität Berlin, und Prof. Dr. Eberhard Umbach, Vizepräsident, Forschungsbereich Energie, Helmholtz-Gemeinschaft und Vorstandsvorsitzender des Forschungszentrum Karlsruhe, waren an der Podiumsdiskussion beteiligt.

Zusammen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen organisierte das Forum für Zukunftsenergien **am 25. April 2007** in Berlin die **Konferenz** „Das Energiepaket der Europäischen Kommission – Beiträge und Erwartungen Nordrhein-Westfalens“. Ministerin Christa Thoben kritisierte eine weitere Regulierung des Strom- und Gasmarktes als übereilt, da mit den bisherigen Maßnahmen noch nicht ausreichend Erfahrungen hätten gewonnen werden können. Beim Zertifikatehandel sah die Ministerin Bedarf zur Weiterentwicklung mit dem Ziel, Bürokratiekosten zu senken und für die Zuteilungsmengen bessere Planungssicherheit zugunsten der Investitionen zu schaffen. Vertreter aus Industrie und Verbänden sowie Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages tauschten ergänzend Argumente und Ansichten aus.

„20 Prozent erneuerbare Energien - moderne Speichertechnologien als Voraussetzung?“. Mit diesem Thema befasste sich unter der Moderation von Prof. Dr. Jürgen Garcke, Mitglied des Vorstandes, Forum für Zukunftsenergien, eine vom Forum für Zukunftsenergien organisierte **Konferenz im Juli 2007**. Während von den Vertretern der Automobilindustrie die je nach Unternehmen unterschiedlichen Schwerpunkte bei der Entwicklung von Wasserstoffspeichern, aber auch die Entwicklung biogener Kraftstoffe und elektrischer Energiespeicher beschrieben wurde, stellten die Vertreter der Stromwirtschaft und der Industrie Überlegungen vor, neben dem Netz und einem Ausbau des Hochspannungsnetzes zusätzliche Energiespeichersysteme vorzusehen, wie z. B. adiabatische Druckluftspeicherkraftwerke sowie Brennstoffzellen im portablen Bereich, Erdgasspeicherung und farbstoffbasierte Solarzellensysteme. Einhellig war die Forderung nach verstärkten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf allen Ebenen mit dem Ziel der Schaffung marktreifer Produkte zu hören.

Gemeinsam mit dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft lud das Forum für Zukunftsenergien **am 14. November 2007** zu einer **Konferenz** unter der Überschrift „Wettbewerb im deutschen Erdgasmarkt – Eine Branche im Wandel“ ein. Weitgehende Übereinstimmung ergab sich bei der Bewertung, dass auf dem deutschen Gasmarkt Wettbewerb in Ansätzen vorhanden sei und sich langsam weiterentwickle. Dabei sei das aktuelle Gasnetzzugangsmodell für neue Anbieter hilfreich. Die weitergehenden europäischen Vorschläge sah man als verfehlt an, da sie die Besonderheiten des Gasmarktes außer Acht ließen. Zu hören waren ferner Stimmen, die sich für eine Verschärfung des Kartellrechts aussprachen, um den Wettbewerb zu fördern, der im Übrigen ebenso durch Effizienzmaßnahmen und die damit einhergehende Nachfragereduzierung gestärkt werde.

Zu erwähnen sind schließlich das **im November 2007** mit der Australischen Botschaft veranstaltete **Seminar** „Energie für die Zukunft – Saubere Kohle in Deutschland und Australien“ und der gemeinsam mit dem Deutschen Wasserstoff- und Brennstoffzellenverband veranstaltete **Parlamentarische Abend** zum Thema „Die Zukunft ist heute“.

Aktivitäten 2008

Als Gastgeber des öffentlichen Teils der **Mitgliederversammlung 2008** des Forum für Zukunftsenergien referierte der schleswig-holsteinische Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Dr. Werner Marnette **am 15. September 2008** über den Beitrag Schleswig-Holsteins zu einer nationalen Klima- und Energiepolitik. Dabei bekannte er sich dazu, in Anbetracht der ehrgeizigen internationalen Treibhausgas-Minderungsziele eine Fokussierung auf Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und eine Verlagerung auf die erneuerbaren Energien unterstützen zu wollen. Allerdings müsse die Energieversorgung auch bezahlbar bleiben, und dies könne bei einem gleichzeitigen Verzicht auf Kohle und Kernenergie nicht erreicht werden. Er warnte daher unabhängig vom Ausgang der Diskussion über die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und der Lösung der Endlagerproblematik vor einer Stromlücke und bot die Unterstützung seines Landes beim Ausbau von Netzkapazitäten zugunsten der Windenergie und bei der Suche nach Standorten für die CCS (Carbon Capture and Storage)-Technologie an.

In ihrer Sitzung **am 12. März 2008** verständigten sich die Mitglieder des **Kuratoriums** darauf, eine eigene Schriftenreihe aufzulegen, in der in jährlicher Abfolge die Kuratoren zu einem jeweils im Voraus festzulegenden aktuellen energiewirtschaftlichen Thema Beiträge veröffentlichen. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, die auf eigenen Erfahrungen beruhenden Bewertungen dezidierter in den politischen Meinungsbildungsprozess einzubringen. Der erste Band dieser Reihe befasste sich mit dem Thema „Carbon Capture and Storage – Positionen und Berichte“.

Aufgrund der anhaltenden Kritik von Politik und Öffentlichkeit an der Höhe der Strompreise bot das Forum für Zukunftsenergien **am 12. März 2008** mit dem „**Energieforum 2008**“ eine Plattform zur Darstellung der Preisbildungsmechanismen und deren Bewertung unter unterschiedlichen Aspekten. Prof. Dr. Axel Ockenfels, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln, stellte klar, dass angesichts der Besonderheiten des Strommarktes der im Wettbewerb entstehende Preis stets dem Preis der zusätzlichen Kosten der am teuersten produzierenden Einheit entspreche, zuweilen aber auch höher liegen müsse, um die Investitionskosten zu decken. Hohe Gewinne der Versorger seien keineswegs ein geeigneter Indikator für die Wettbewerbsintensität des Strommarktes, da Brennstoff-, Zertifikats- und Strompreise kurzfristig volatil, die Kraftwerkskapazitäten jedoch sehr träge seien. Er sprach sich dafür aus, zur Beeinflussung der Marktmacht einzelner Unternehmen die Märkte zu verknüpfen, die Übertragungskapazitäten zu erhöhen und Investitionsanreize zu verbessern. Dr. Florian C. Haus, Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, kritisierte die Beweislastregelung des Gesetzes

gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Zusammenhang mit einer beanstandeten Preisgestaltung, die nicht ausreichende Definition des Kostenbegriffs sowie politische Vorstöße zugunsten von Zwangsverkäufen von Kraftwerks- und Unternehmens-Beteiligungen. Auch die übrigen Vortragenden sprachen sich insbesondere zugunsten verbesserter Investitionsbedingungen aus.

Am 7. Mai 2008 beschäftigte sich der **Arbeitskreis „Zukunftsenergien“** mit möglichen Ansätzen und Methoden, von denen ein Beitrag zu wettbewerbsfähigen Preisen beim Einsatz erneuerbarer Energien erwartet werden könne. Kurz nach der Verabschiedung des zweiten Maßnahmenpaketes des Integrierten Energie- und Klimaprogramms (IEKP) durch das Bundeskabinett analysierten die Teilnehmer der Arbeitskreissitzung **am 25. Juni 2008** die einzelnen Sachpunkte auf ihre Auswirkungen auf die Praxis. Auf der Tagesordnung der Zusammenkunft **am 17. September 2008** standen die Befassung mit Fragen zur geologischen Speicherung von Kohlendioxyd, europäische, nationale und regionale Pläne hierzu und eine Bewertung der unterschiedlichen Interessen. Dabei herrschte Einigkeit in Bezug auf die Notwendigkeit, die entsprechende EU-Richtlinie zügig in nationales Recht umzusetzen, wobei auch Stimmen zu hören waren, die CCS (Carbon Capture and Storage)-Technologie unbedingt als Übergangstechnologie einzustufen und dem Ausbau erneuerbarer Energien weiterhin Priorität einzuräumen. Bei den Beratungen über den Gesetzentwurf für ein Energieleitungsausbaugesetz in der Sitzung **am 17. Dezember 2008** wurde einhellig die Wichtigkeit dieser vorgesehenen Regelungen unterstrichen, die Rahmenbedingungen für den Ausbau des Höchstspannungs-Übertragungsnetzes durch eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verbessern. Strittig blieb die Frage des Umfangs einer Erdverkabelung.

Ressourcenknappheit, Urbanisierung, Klimaschutz und der Güterverkehr sind aktuelle Problemfelder der Verkehrspolitik. Trotz ihrer engen inhaltlichen Verbindung zum Thema „Energie“ wird dieser Aspekt in der politischen Debatte nicht immer ausreichend berücksichtigt. Um dieses Defizit auszugleichen, richtete das Forum für Zukunftsenergien den **Arbeitskreis „Energie & Verkehr“** ein, um mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages und Vertretern der Automobil(zuliefer)industrie, Mineralölindustrie, Anlagenhersteller, Logistikunternehmen sowie den Branchenverbänden aktuelle relevante Themen zu erörtern. Die erste Sitzung unter dem ehrenamtlichen Vorsitz von MDir Wolfgang Hahn, Leiter der Grundsatzabteilung, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, fand **am 18. Juni 2008** statt und war gewidmet dem Thema „Strategien zur CO₂-Reduzierung für Pkw“. **Am 12. November 2008** informierten sich die Sitzungsteilnehmer über den aktuellen Stand der Elektromobilität sowie die absehbaren weiteren Entwicklungen und berieten über die Erwartungen an die Politik.

Im Rahmen des „**Internationalen Energiedialoges**“ **am 21. Januar 2008** trug Ulrich M. Harnacke, Industry Leader Energy & Resources, Deloitte, unter Berücksichtigung von Erfahrungen mit Versteigerungen im Strombereich seine Bewertung einer Auktionierung von CO₂-Emissionszertifikaten vor und skizzierte Überlegungen zu deren Ausgestaltung. In der

anschließenden Diskussion mit Maik Neubauer, Mitglied des Vorstandes, EEX, und Ingo Ramming, Executive Director, Carbon Trade & Finance Sicar S.A., wurde über die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises sowie über die von den Auktionen abzuleitenden Auswirkungen auf Industrieunternehmen und die Gefahr deren Abwanderung in Länder außerhalb des Emissionshandelssystems debattiert.

Beim „**Internationalen Energiedialog**“ am **29. Mai 2008** war der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Siberian Coal Energy Company, Dr. Alexander Landia, zu Gast. Er stellte sein Unternehmen SUEK als das größte russische Kohleförderunternehmen vor, das sich auch mit Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen bei der Stromerzeugung befasst und referierte über die Neuordnung des russischen Strommarktes, die nunmehr auch eine Beteiligung ausländischer Investoren an russischen Kraftwerken ermögliche. Vertieft wurden die Ausführungen in der anschließenden Diskussion mit Dr. Gert Maichel und Dr. Alfred Tacke, Vorsitzender der Geschäftsführung, Evonik Steag GmbH.

Über die energiepolitischen Ziele der französischen EU-Ratspräsidentschaft referierte beim „**Internationalen Energiedialog**“ am **23. Oktober 2008** Anne-Laure de Coigny, Secrétaire Générale Adjointe des Affaires Européennes. Dabei widmete sie sich im Wesentlichen zwei energiepolitischen Themen mit besonderer Priorität: Der Weiterentwicklung des Klima- und Energiepaktes und der Energieversorgungssicherheit. Beim ersten Themenbündel sah sie nur wenige offene Fragen, z. B. die Finanzierung der CCS-Demonstrationsanlage und die Ausgestaltung des CO²-Emissionshandels, wo es insbesondere um Maßnahmen zur Vermeidung der Verlagerung von bestimmten Branchen gehe. Bei der Energieversorgungssicherheit gehe es ihrer Einschätzung nach um eine Beschleunigung des europäischen Aktionsplanes für Energieeffizienz, eine Fortsetzung der Diversifizierung der Energiegewinnung, besser funktionierende Märkte durch größere Transparenz bei den Energieflüssen und -vorräten sowie um eine Verstärkung und Fertigstellung kritischer Infrastrukturen, insbesondere transeuropäischer Netze. Diskutiert wurden die Ausführungen mit Jochen Homann, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, und Dr. Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer, Verband der Chemischen Industrie.

Beim „**Internationalen Energiedialog**“ am **24. November 2008** war der australische Botschafter in Deutschland, S. E. Ian Kemish, zu Gast, der zum Thema „Speicherung von CO²: Erfahrungen in Australien – beispielhaft für Deutschland?“ vortrug. Seinen Ausführungen zufolge stammen in Australien 32 Prozent der CO²-Emissionen aus der Stromerzeugung, die Speicherkapazitäten für das unter diesen Umständen wichtige CCS-Verfahren reichten nach dem heutigen Stand für die nächsten 1600 Jahre. Allerdings steckten die einzelnen Aktivitäten noch in der Entwicklungsphase, und es gebe augenblicklich noch keine landesweit einheitlichen Rahmenbedingungen. Obgleich er die Akzeptanz der Kohleverstromung in Australien als größer einschätze als in Deutschland, sehe er auch dort Kommunikationsoffensiven in der Öffentlichkeit als Schlüssel zur Verbesserung der Akzeptanz an. Australien plane im Übrigen eine Initiative zur weltweiten Beschleunigung der CCS-Entwicklung und werde dafür die Einrichtung eines global tätigen Instituts vorschlagen. Ergänzende Beiträge zum Vortrag stammten von Rainer Baake,



Deutsche Umwelthilfe, und Reinhardt Hassa, Vorsitzender des Vorstandes, Vattenfall Europe Generation AG.

Die Premiere des neuen Arbeitsformates „**Regionales Forum für Zukunftsenergien**“ fand am **27. November 2008** in Mainz statt. Dabei formulierten die Umweltministerin des Landes Rheinland-Pfalz Margit Conrad und der Wirtschafts-Staatssekretär Carsten Kühl in Gegenwart von Vertretern der heimischen Energieversorger, der Netzbetreiber, der Politik und der Umweltverbände die Erwartungen der Landesregierung an Energieversorger und Netzbetreiber. Ministerin Conrad forderte in Anbetracht der zunehmenden Dezentralisierung des Energieangebotes eine angepasste Netzinfrastruktur mit einem entsprechenden Energiemanagement. Verbessert werden müsse ihrer Meinung nach auch das Nah- und Fernwärmenetz, und sie verlangte hierfür vom Bund ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Staatssekretär Kühl beschrieb als Ziel beim Ausbau der Erzeugungskapazitäten eine stärkere Unterstützung von kleinen und mittleren kommunalen Unternehmen zur Erweiterung des Stromangebotes. Auch dafür sei ein bundesweites Förderprogramm geboten.

Hanns-Detlev Höhne, kaufmännischer Vorstand, Stadtwerke Mainz AG, beklagte die in der Öffentlichkeit zunehmend ablehnende Einstellung gegenüber dem Betrieb neuer Kraftwerke und Netze. Um diesem Trend entgegenzuwirken, leiste sein Unternehmen vor Ort aufwendige Überzeugungsarbeit. Als Reaktion auf die aus den unterschiedlichsten Gründen mit dem Bau und Betrieb von Übertragungs- und Verteilnetzen verknüpften Herausforderungen verwies Dr. Joachim Schneider, Mitglied des Vorstandes, RWE Energy AG, auf den verstärkten Einsatz von Informationstechnik zur weiteren Optimierung sowie zusätzliche Maßnahmen zur effizienten verbrauchsnahe Bereitstellung der Energie, die aber den weiterhin notwendigen Netzausbau nicht ersetzen könnten. Unter der Moderation von Ernst Schwanhold, Vorstandsmitglied, Forum für Zukunftsenergien, wurde die Diskussion mit Dr. Bernhard Braun, Vorsitzender, BUND-Landesverband Rheinland-Pfalz, und Margit Mohr MdL, energiepolitische Sprecherin, SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, fortgesetzt.

Am 13. Februar 2008 bot das Forum für Zukunftsenergien die **Plattform** für eine Debatte zum Thema „Industriegesellschaften und Klimawandel – zwischen Mitigation und Adaption“. Nach einer Beschreibung der Klimadynamik aus geowissenschaftlicher Sicht durch Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl, Vorsitzender des Vorstandes, GeoForschungsZentrum, und der daraus abgeleiteten Notwendigkeit einer regionalspezifischen Adaption beschäftigte sich Dr. Henning Riecke, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, aus politikwissenschaftlicher Sicht mit dem Klimawandel und seinen ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Risiken und beleuchtete insbesondere die notwendige Lastenteilung zwischen den einzelnen Akteuren mit daraus folgenden Konfliktlinien zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Über diese Bewertungen diskutierten unter der Moderation von Daniel Goffart, Ressortleiter Wirtschaft und Politik, Handelsblatt, Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG und Forum für Zukunftsenergien, und Prof. Dr. Hermann Requardt, Mitglied des Zentralvorstandes, Siemens AG. Beide waren sich in der Einschätzung einig, dass eine CO²-Reduzierung in Deutschland das globale Klimaproblem



nicht lösen, aber über die weltweite Anwendung hier entwickelter Technologien eine Katalysatorfunktion entfalten werde.

„Nord Stream – Sicherheit für Europas Gasversorgung?“ war die Überschrift für eine **Veranstaltung** des Forum für Zukunftsenergien **am 9. April 2008**. Unter der Moderation von Ernst Schwanhold, Vorstandsmitglied, Forum für Zukunftsenergien, beschrieb Matthias Warnig, Geschäftsführer, Nord Stream AG, die ergänzende Funktion dieser Pipeline, deren Verlauf als das Ergebnis der Machbarkeitsstudie eines finnisch-russischen Konsortiums alle technischen, ökologischen und ökonomischen Bedingungen erfülle und insbesondere einer europäischen Versorgungsaufgabe gerecht werde. Diese Bedeutung der Pipeline als Bestandteil des transeuropäischen Netzes und somit ihre europäische Versorgungsrolle unterstrich auch Heinz Hilbrecht, Generaldirektion Energie, EU-Kommission. Dr. Rainer Seele, Sprecher der Geschäftsführung, WINGAS GmbH, hob die Bedeutung der Nord Stream Pipeline für die Versorgungssicherheit in Deutschland und den damit entstehenden Beitrag zur Drehscheibe für die europäische Gasversorgung hervor. Die gefundene Einigung mit der EU-Kommission auf das „Ownership Unbundling“ begrüßte er ausdrücklich. Dieser Bewertung schloss sich auch Matthias Kurth, Präsident, Bundesnetzagentur, an.

Wie steht es um eine Akzeptanz der CCS (Carbon Capture and Storage)-Technologie in der Öffentlichkeit bzw. wie kann diese erreicht werden? Dies waren Ausgangsfragen bei einer **Konferenz** des Forum für Zukunftsenergien „Der Weg zum klimafreundlichen Kohlekraftwerk – Herausforderung Akzeptanz“ unter der Moderation von Prof. Dr. Dietmar Winje, Kurator, Forum für Zukunftsenergien, **am 24. April 2008**. Nach der Präsentation aktueller Umfrageergebnisse zum Umgang mit CO² durch Prof. Dr. Manfred Güllner, Geschäftsführer, forsa, beschrieb der Geschäftsführer des Informationszentrum klimafreundliches Kohlekraftwerk Michael Donnermeyer als Ziel der von ihm vertretenen Institution die Verbreitung von Informationen über die CCS-Technologie, um einen sachgerechten und konstruktiven Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen zu erreichen. Dabei sei es wichtig herauszustellen, dass die CCS-Technologie nicht eine Kohlekraftwerkstechnologie, sondern eine Klimaschutztechnologie sei. Regine Günther, Leiterin des Bereichs Klimaschutz und Energie, WWF Deutschland, signalisierte in ihren Ausführungen eine positive Bewertung der CCS-Technologie durch ihre Organisation. Dr. Gernot K. Kalkoffen, Vorstandsvorsitzender, ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, umriss unter Hinweis auf bisher international gewonnene Erfahrungen mit der Speicherung von Öl und Gas das Ausmaß der Erprobung der einzelnen Komponenten und die daraus ableitbare Beherrschbarkeit der Prozesse. Hans-Ludolf Germ, Referatsleiter Planung und Koordinierung, Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein, unterstrich angesichts der Vielzahl potentieller Speicherstandorte die Bereitschaft seines Landes zur Unterstützung der Technologie, soweit sich daraus auch finanzielle Vorteile ableiten ließen. Lokale Akzeptanzprobleme an den Speicherstandorten wollte er nicht ausschließen.

Angesichts der rasch steigenden Energiepreise in Deutschland und der immer häufiger auftauchenden Befürchtung, dass damit der Industriestandort Deutschland in Gefahr gerate, widmete das Forum für Zukunftsenergien dieser Thematik **am 28. Mai 2008** eine

Veranstaltung. Nach einer eingehenden Beschreibung der aktuellen Situation der Energieversorgung in Deutschland durch den Vorsitzenden des Vorstandes des Forum für Zukunftsenergien Dr. Werner Brinker und einer Bewertung der Rolle der Industrie als entscheidender Garant des Wohlstandes in unserem Land durch Herrn Dr. Rolf Kroker, Geschäftsführer, Institut der deutschen Wirtschaft, stellte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie Dr. Utz Tillmann am Beispiel des von ihm vertretenen Wirtschaftszweiges die wirtschaftlichen Auswirkungen hoher Energiepreise für die energieintensive Industrie dar. In Anbetracht solcher negativer Folgen auch für nachgeordnete Wertschöpfungsketten warnte er vor notwendig werdenden Produktionsverlagerungen ins Ausland. Argumentative Unterstützung kam von Dr. Harald Schwager, Mitglied des Vorstandes, BASF SE, der die Gefahr sah, dass Deutschland von einer Exportnation von Gütern zu einer Exportnation von Arbeitsplätzen werden könne. MinDirig Franzjosef Schafhausen, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, machte für die Steigerungen der Energiepreise in erster Linie Verknappungstendenzen auf den Energie- und Rohstoffmärkten verantwortlich. Laurenz Meyer, wirtschaftspolitischer Sprecher, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sah die Ursache für die gegenwärtige Preisentwicklung in einer mangelnden Abstimmung von Maßnahmen zum Klimaschutz und den Entwicklungen bei Erzeugungskapazitäten und Netzen. Hans-Jürgen Cramer, Mitglied des Vorstandes, Vattenfall Europe AG, verlangte langfristige Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Investitionszyklen der Energiewirtschaft.

Über die Kosten des CO²-Emissionshandels unter Berücksichtigung des Handelssystems für den Zeitraum 2013 bis 2020 und die möglichen Folgen für die deutsche Wirtschaft diskutierten die Teilnehmer einer **Konferenz** des Forum für Zukunftsenergien **am 12. November 2008**. Matthias Machnig, Staatssekretär, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, sprach sich für eine hundertprozentige Auktionierung der Zertifikate für die Stromerzeugung und zugunsten von Ausnahmen für solche energieintensive Unternehmen aus, die im internationalen Wettbewerb stehen. Solche Ausnahmen forderte auch Prof. D. Michael Hüther, Direktor, Institut der deutschen Wirtschaft, ferner stärkere Bemühungen der Europäischen Union zugunsten von CO²-Minderungsmaßnahmen im außereuropäischen Raum. Die Auswirkungen der geplanten EU - Emissionshandels-Richtlinie auf die deutsche Stromwirtschaft beschrieb Dr. Dietmar Lindenberger, Geschäftsführer, Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln, und zeigte die Vor- bzw. Nachteile im Falle einer kostenlosen Zuteilung bzw. einer Vollauktionierung auf. In der von hochrangigen Vertretern von Politik und Wirtschaft anschließend geführten Diskussion stand die Forderung nach einer kostenfreien Zuteilung der notwendigen Zertifikate und technisch realistischen Anforderungen an die CO²-Einsparziele im Vordergrund.

Aktivitäten 2009

Anlässlich der **Mitgliederversammlung 2009** des Forum für Zukunftsenergien 2009 **am 9. September 2009** hielt in deren öffentlichen Teil der Hamburger Senator für Wirtschaft und



Arbeit Axel Gedaschko den traditionellen Festvortrag und widmete sich dem Thema „Klimaschutz als Ziel der Energie- und Industriepolitik“. Mit Blick auf die UN-Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen unterstützte er die Forderung, von hochindustrialisierten Ländern angesichts deren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einen höheren Beitrag zum globalen Klimaschutz einzufordern, der aber für die deutsche Wirtschaft keineswegs zu weiteren Wettbewerbsnachteilen führen dürfe. Die Bundesregierung sah er in der Pflicht, zugunsten der Industrie die erforderliche Planungssicherheit und Klarheit bei den entscheidenden Fragen der Energie- und Klimapolitik zu schaffen, einschließlich einer adäquaten Ausgestaltung des Emissionshandels und der Absicherung ausreichender Grundlastkapazitäten unter Einschluss der Kernenergie. Kohlekraftwerke hielt er nur dann für hinnehmbar, wenn die CCS-Technologie ökonomisch und ökologisch verfügbar sei.

Anknüpfend an die aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt geführte Debatte über die Kosten des Klimaschutzes debattierten die Teilnehmer des „**Energieforum 2009**“ am 11. März 2009 diese Thematik. In seiner Einleitung warnte der Vorsitzende des Kuratoriums des Forum für Zukunftsenergien Dr. Tessen von Heydebreck vor Versuchen der Politik, die augenblicklich durch die Rezession geprägte Wirtschaft und die Klimabelange gegeneinander auszuspielen. Wie auch der Stern-Report bestätige, bleibe es trotz des beim Klimawandel sichtbar werdenden Versagens des Marktes geboten, Klimaschutzmaßnahmen stets unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten auf Effektivität und Effizienz hin zu überprüfen. Daher seien die finanziellen Mittel stets dorthin zu lenken, wo sie den größten ökologischen Nutzen erzielen. In seinem anschließenden Vortrag sprach sich Prof. Dr. Marc O. Bettzüge, Geschäftsführender Direktor und Vorsitzender der Geschäftsführung, Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln, gegen die Fokussierung auf nationale Minderungsziele aus, da damit keine globale CO₂-Reduzierung bewirkt werde. Er wandte sich auch gegen die Berücksichtigung des Effizienzprinzips, das zwar beim Emissionshandel zu einer CO₂-Reduzierung führe, angesichts seiner nur partiellen Anwendung - begrenzte Sektoren, begrenzte Anzahl von Ländern - aber ohne Wirkung bleibe. Schließlich kritisierte er die Politik dafür, dass sie suggeriere, ein globales Klimaabkommen sei ohne Transfer eigener finanzieller Mittel der Industrieländer in die Entwicklungsländer umsetzbar. Vielmehr sei eine Rettung des Klimas ohne deutliche Preiserhöhungen und Einkommensverluste nicht erreichbar. Folglich müsse für die Zukunft ein neues Wohlstandsmodell entwickelt werden. Diskutiert wurden die Ausführungen unter der Leitung von Dr. Werner Brinker, Vorsitzender des Vorstandes, EWE AG und Forum für Zukunftsenergien, mit Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, MinDirig Werner Rensing, Abteilungsleiter Industriepolitik, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Dr. Klaus Schäfer, Vorsitzender der Geschäftsführung, Currenta GmbH & Co. OHG, sowie Dietmar Schütz, Präsident, Bundesverband Erneuerbare Energien.

Am 4. März 2009 widmete sich der **Arbeitskreis „Zukunftsenergien“** dem Referentenentwurf des Energieeffizienzgesetzes und **am 13. Mai 2009** den Überlegungen, inwieweit nach einer Verabschiedung des als Entwurf vorliegenden Gesetzes zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid von diesem ein



Anreiz für Investitionen zu erwarten sei. Die Diskussion **am 25. November 2009** erfolgte unter der Überschrift: „Neue Weichenstellungen in der Energiepolitik? Erwartungen an die 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages“.

Der **Arbeitskreis „Energie & Verkehr“** trat **am 19. März 2009** zusammen, um über die Folgen des von der Europäischen Union beschlossenen CO²-Emissionshandels im Luftverkehr zu beraten. Für den **6. Mai 2009** sah die Tagesordnung des Arbeitskreises eine Erörterung der Perspektiven einer neuen Biokraftstoffstrategie vor. Unter der Leitung des neuen ehrenamtlichen Vorsitzenden Dirk Inger, Unterabteilungsleiter Klima- und Umweltschutzpolitik, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, gingen die Sitzungsteilnehmer **am 11. November 2009** der Frage nach: „Elektromobilität - Wie geht es weiter?“.

Im Rahmen des „**Internationalen Energiedialoges**“ **am 19. Januar 2009** stellte der Präsident der Deutschen Gesellschaft des CLUB OF ROME Max Schön „Das DESERTEC-Konzept: Energieversorgung aus der Wüste – Ein nachhaltiges Konzept für Europa?“ vor. Nach seinen Worten soll mit diesem Konzept über eine Kooperation zwischen Europa, dem Nahen Osten und Nordafrika beim Bau von solarthermischen Kraftwerken und Windparks in Wüstenregionen der wachsende Energiebedarf dieser Regionen, aber auch Europas gedeckt werden. Dies setze voraus, dass solarthermische Erzeugungsanlagen in Großserie gebaut würden und Strom damit zu günstigeren Kosten als bei dem heutigen Energiemix erzeugt werden könne. Widerstände ergäben sich, weil es häufig an konkreten Vorstellungen über eine Umsetzung einer solchen Zusammenarbeit mangle und Nutznießer der bisherigen Strukturen dem neuen Konzept kritisch gegenüberstünden. An der Diskussion der Ausführungen beteiligten sich Dr. Martin Heming, Geschäftsführer, Schott Solar AG, und Wolfgang Neldner, Geschäftsführer, Vattenfall Europe Transmission GmbH.

Am 4. Mai 2009 berichtete Dr. Jochen Harnisch, Klimabeauftragter, KfW Entwicklungsbank, aus Anlass des „**Internationalen Energiedialoges**“ des Forum für Zukunftsenergien über die finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern bei Klimaprojekten, deren Finanzierungsbedarf, die sich daraus entwickelnden Märkte und über die Herausforderungen bei der Ausgestaltung der UN- Klimafinanzarchitektur. Dabei seien mit Blick auf die UN-Klimaschutzverhandlungen Eile geboten und neue bilaterale, regionale und multilaterale Umsetzungschanäle zu nutzen und nicht, wie von den Entwicklungsländern gefordert, die Schaffung neuer komplexer Institutionen. Unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, nahm Michael Kausch, umweltpolitischer Sprecher, FDP-Bundestagsfraktion, zu den Darlegungen Stellung.

Mit den energiepolitischen Herausforderungen des Europäischen Parlaments in der 7. Legislaturperiode beschäftigte sich beim „**Internationalen Energiedialog**“ **am 28. Oktober 2009** der Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments Herbert Reul MdEP. Er fand kritische Worte für den von der EU-Kommission vorgelegten vorläufigen Aktionsplan Energieeffizienz, der außer Acht lasse, dass Effizienzziele nicht politisch verordnet werden könnten, sondern von technologischen

Entwicklungen abhängig seien. Auch gegenüber der Ausgestaltung der Ökodesign-Richtlinie äußerte er Unzufriedenheit, da eine Kontrolle der Einhaltung der einzelnen Vorschriften nicht gewährleistet sei. Zu den grundsätzlichen Aufgabenfeldern in der neuen Legislaturperiode rechnete er die Forschungsförderung, bei der er heftige Auseinandersetzungen bei der Verteilung der Mittel auf erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung und den nuklearen Bereich vorhersagte. Als wichtige Projekte erwähnte er die Energiebesteuerung, ein Abkommen, um die Lasten des Klimaschutzes zukünftig global gerecht zu verteilen sowie weitere Entscheidungen der EU-Kommission zum Wettbewerb innerhalb der Energiewirtschaft. Dabei sprach er den Rat aus, zunächst die praktische Bewährung der Entscheidungen abzuwarten vor einer erneuten Novellierung. Insgesamt müssten politische Entscheidungen verstärkt respektieren, dass es das entscheidende Ziel von Unternehmen sei, Gewinne zu erwirtschaften.

„Chancen und Herausforderungen einer zukünftigen Energiepolitik für das Energieland Niedersachsen“ lautete das Motto des **„Regionalen Forum für Zukunftsenergien“ am 26. Mai 2009** in Hannover. Dabei waren sich der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander und der niedersächsische Wirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler darin einig, dass die zukünftigen Herausforderungen für die Energieversorgung auch Chancen beinhalteten und Niedersachsen als das Energieland der Zukunft diese Chancen nutzen werde. Zentralen Ansatzpunkt zur Bewältigung dieser Herausforderungen bilde ein ideologiefreier Mix aller verfügbarer Energieträger unter Einschluss der Kernenergie. Bei der Nutzung erneuerbarer Energien sei Niedersachsen bereits jetzt das führende Bundesland mit Pionierstatus bei der Errichtung erster großer Offshore-Windparks. Dennoch seien auch weiterhin moderne Kohle- und Kernkraftwerke erforderlich. Priorität komme ferner dem Netzausbau zu. Die Landesregierung setze auf den Wettbewerb um die besten Technologien und effizientesten Verfahren, die dem Verbraucher bezahlbare Energieangebote garantierten. Fairen Wettbewerb in einem funktionierenden Markt müsse auch eine zukunftsfähige Energiepolitik gewährleisten, um Versorgungssicherheit und Preisgünstigkeit sicherzustellen. An der anschließenden Podiumsdiskussion waren unter der Leitung von Dr. Hans-Dieter Harig Dr. Stephan Birkner, Staatssekretär, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, MinDirig Helmut Heyne, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dr. Ingo Luge, Vorsitzender der Geschäftsführung, E.ON Kraftwerke GmbH, sowie Dr. Frank Schneider, Vorsitzender der Geschäftsführung, Solvay GmbH, beteiligt.

Wie kann eine verlässliche, bezahlbare und möglichst umweltverträgliche Energieversorgung auch zukünftig gewährleistet werden? Sind die derzeitigen Forschungsanstrengungen dafür ausreichend? Mit diesen Fragen befasste sich eine **Konferenz** des Forum Für Zukunftsenergien **am 18. Februar 2009**. Als entscheidende Herausforderungen für die Energieforschung stellte Prof. Dr. Thomas Hartkopf, Leiter des Fachgebietes Regenerative Energien, Technische Universität Darmstadt, die Reduktion der CO²-Emissionen und den Ersatz der vom Netz gehenden Kohle- und Kernkraftwerke in den Mittelpunkt. Die Energieforschungspolitik der Bundesregierung präsentierte MinR Dr. Knut Kübler, Leiter des Referates Energieforschung, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, mit der das



Ziel verfolgt werde, einen Beitrag zur Erfüllung der energiepolitischen Vorgaben zu leisten, die technologischen Optionen zu sichern und zu erweitern und darüber hinaus die Wachstums- und Beschäftigungspolitik zu unterstützen.

Die als zukünftiger Lösungsansatz für den Zielkonflikt „Wirtschaftlichkeit - Versorgungssicherheit – Klima- und Umweltschutz“ von EWE AG entwickelte „Strategie E³“ erläuterte der Vorstandsvorsitzende Dr. Werner Brinker. Als Beispiel beschrieb er das in der Modellregion Emsland unterbreitete Angebot eines Emissionshandels für Haushalte und skizzierte ferner ein dezentrales Energiemanagementsystem, mit dem die aufgrund des verstärkten Einsatzes der erneuerbaren Energien eintretenden Veränderungen in der Erzeugungs- und Verbraucherstruktur bewältigt werden sollen. Dr. Michael Weinhold, Technischer Leiter, Siemens Energy, erwähnte als wichtigste Projekte der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten seines Unternehmens Maßnahmen zur Verbesserung der Effizienz und Flexibilität der Kraftwerke, die CCS-Technologie, die Energiespeicherung und das intelligente Netz mit elektronischen Zählern. Entsprechend der Darstellung von Dr. Wolfram Münch, Bereichsleiter Forschung und Innovation, EnBW Energieversorgung Baden-Württemberg AG, sieht auch sein Unternehmen die Energieforschung als wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung an. Entscheidend sei, die Forschung nicht in eine Richtung zu lenken, sondern gleichzeitig Energieeffizienz, neue Technologien und neue Energien im Auge zu behalten. Die Frage, ob die Forschungsaktivitäten ausreichen, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, diskutierten unter der Leitung von Prof. Dr. Alfred Voß, Leiter, Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Universität Stuttgart, Prof. Dr. Thomas Hartkopf und Prof. Dr. Reinhard Hüttl, Vorstandsvorsitzender, GeoForschungszentrum Potsdam, und Präsident, Acatech.

Den politischen Auseinandersetzungen um die Nutzung der Kernenergie bot das Forum für Zukunftsenergien **am 28. Mai 2009** mit einer **Konferenz** eine neutrale Plattform. Der Geschäftsführer der AREVA NP GmbH Ulrich Gräber erinnerte daran, dass die Kernenergie einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Wohlstand leiste, Versorgungssicherheit schaffe, mit hohen Sicherheitsstandards Menschen, Tiere und Pflanzen vor radioaktiven Stoffen aus dem Kernbrennstoffkreislauf geschützt würden und sie daher Bestandteil des Energiemix bleiben müsse. Eine Konkurrenz zwischen Kernenergie und erneuerbaren Energien gebe es nicht. Vielmehr ergänzten sie sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Beiträge zu den einzelnen Lastbereichen. In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Ernst Schwanhold, Vorstandsmitglied, Forum für Zukunftsenergien, mit Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Hans-Heinrich Sander, Niedersächsischer Minister für Umwelt und Klimaschutz, Dr. Rudolf Staudigl, Vorsitzender des Vorstandes, Wacker Chemie AG, und Tobias Münchmeyer, stellvertretender Leiter der politischen Vertretung Berlin, Greenpeace, widersprach Münchmeyer der These, Kernenergie und erneuerbare Energien ergänzten sich, mit dem Hinweis, dass Kohle- und Kernkraftwerke in ein stark fluktuierendes Stromerzeugungssystem mit erneuerbaren Energien nicht passten und daher in den kommenden Jahren ersetzt werden müssten. Sylvia Kotting-Uhl schloss sich dieser Bewertung an und stellte die These auf, dass gerade ein schneller Wechsel zu den erneuerbaren Energien Deutschland als Wirtschaftsstandort sichern werde. Hans-Heinrich

Sander sprach sich aus ökonomischen und ökologischen Gründen für eine weitere Nutzung der Kernenergie aus, während Dr. Rudolf Staudigl prophezeite, dass durch eine zu schnelle Vorgehensweise die Wirtschaft ihre Kraft für weitere Investitionen verlieren werde.

In der Endphase des Bundestagswahlkampfes hatte das Forum für Zukunftsenergien **am 7. September 2009** Abgeordnete der einzelnen Bundestagsfraktionen zu einer **Podiumsdiskussion** eingeladen, bei der die Aussagen in den Wahlprogrammen der Parteien zur Energie- und Umweltpolitik präsentiert und unter Heranziehung aktueller Beispiele auf ihren Auswirkungen hin überprüft werden sollten. Dieser Diskussion stellten sich unter der Moderation von Ernst Schwanhold, Vorstandsmitglied, Forum für Zukunftsenergien, die Bundestagsabgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Becker, SPD-Bundestagsfraktion, Gudrun Kopp, FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Kurt Hill, Bundestagsfraktion Die Linke, und Hans-Josef Fell, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dabei wurde deutlich, dass alle Parteien in ihren Bundestagswahl-Programmen der Energie- und Umweltpolitik einen hohen Stellenwert eingeräumt haben. Dementsprechend betrafen die Aussagen u.a. den Energiemix, die Energieeffizienz, die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Kurz vor den UN-Klimakonferenz in Kopenhagen informierten sich die Teilnehmer einer vom Forum für Zukunftsenergien **am 16. November 2009** organisierten **Veranstaltung** über die Ergebnisse der vorbereitenden Verhandlungen sowie die Ziele eines weltweiten Klimaschutzabkommens und diskutierten über zu erwartende Ergebnisse. In seiner Einleitung bemängelte Dr. Werner Brinker, Vorsitzender des Vorstandes, Forum für Zukunftsenergien, die bislang fehlende Abstimmung zwischen Europäischer Union, den Mitgliedstaaten und anderen Partnerländern und zog die Legitimation von Nichtregierungsorganisationen für ihre Beteiligung an der Konferenz in Zweifel. Während Dr. Alexandra Lindenthal, Universität Bremen, die einzelnen UN-Klimakonferenzen und die Vorbereitungen der Europäischen Union für die jüngste Konferenz in Kopenhagen nachzeichnete, präsentierte MinDirig Franzjosef Schafhausen, Unterabteilungsleiter, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, die deutsche Verhandlungsposition und den Stand der Vorbereitungen seines Hauses. Maßstab sei dabei der Kernsatz, dass zwar alle Staaten in eine Vereinbarung einzubeziehen seien, allerdings unter Berücksichtigung ihres jeweiligen Leistungsvermögens.

Die Podiumsdiskussion unter der Leitung von Henning Krumrey, Wirtschaftswoche, mit Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer, Germanwatch, Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Dr. Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer, Verband der Chemischen Industrie, und Franzjosef Schafhausen konzentrierte sich auf die Möglichkeiten für die unterschiedlichen Stakeholder, ihre Interessen in die Verhandlungen einzubringen. Dabei wurde erkennbar, dass Germanwatch an den Verhandlungen direkt beteiligt ist, während Branchenverbände wie BDEW und VCI über Innenkontakte ihre Meinungsbildung vorantreiben und über Außenkontakte ihre Forderungen der Politik zu Gehör bringen. Alle Diskussionsteilnehmer betonten übereinstimmend die Notwendigkeit, in Kopenhagen zu einem verbindlichen

Klimaschutzabkommen zu gelangen, stuften die Wahrscheinlichkeit dafür aber allgemein als gering ein.

Aktivitäten 2010

In der **Mitgliederversammlung 2010** des Forum für Zukunftsenergien am **6. September 2010** stand satzungsgemäß die Wahl des Vorstandes auf der Tagesordnung. Dabei wurden Dr. Werner Brinker, Vorsitzendes des Vorstandes, EWE AG, wiedergewählt und Prof. Dr. Eberhard Umbach, Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie und Vizepräsident der Helmholtz-Gemeinschaft für den Bereich Energie, Dr. Ulrich von Deessen, Leiter Kompetenzzentrum Umwelt, Gesundheit & Sicherheit, BASF SE, Dr. Hans-Jürgen Witschke, Vorsitzender der Geschäftsführung, DB Energie GmbH, und Andreas Wittke, Country President und Sprecher des Vorstandes, Alstom Deutschland AG, in das Gremium neu gewählt. In der anschließenden **Vorstandssitzung** wurden Dr. Werner Brinker erneut zum Vorsitzenden und Prof. Dr. Eberhard Umbach zu seinem Stellvertreter gewählt.

Den Festvortrag im öffentlichen Teil der Mitgliederversammlung hielt die rheinland-pfälzische Umweltministerin und Kuratorin des Forum für Zukunftsenergien Margit Conrad zum Thema: „Energieversorgung der Zukunft – Politik am Scheideweg“. Darin plädierte sie für eine weiterhin engagierte Entwicklung, ein höheres Tempo und mehr Dynamik in den Bereichen Klimaschutz und Versorgungssicherheit. Außerdem forderte sie mehr Engagement bei der Energieeffizienz, der Integration der erneuerbaren Energien und hocheffizienten Kraftwerkstechnologie angesichts der damit verbundenen Innovations- und Arbeitsplatzimpulse. Heftig kritisierte sie die tags zuvor von der Bundesregierung getroffene Entscheidung zugunsten einer Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke.

In Anbetracht der zunehmenden öffentlichen Diskussion über das von der Bundesregierung angekündigte Energiekonzept stellten die Teilnehmer des „**Energieforum 2010**“ als dem öffentlichen Teil der jährlichen Kuratoriumssitzung am **3. März 2010** Überlegungen darüber an, ob ein radikaler Systemwandel in der Energieversorgung notwendig und technisch realisierbar sei, wann dafür ein angemessener Zeitraum gegeben und wie er mit internationalen und europäischen Aspekten in Einklang zu bringen wäre. Der Vorsitzende des Kuratoriums des Forum für Zukunftsenergien und Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank Stiftung Dr. Tessen von Heydebreck betonte die allgemeine Übereinstimmung darin, dass die Energieversorgung dem Gebot der Nachhaltigkeit verpflichtet sei, sah aber bei der notwendigen Konkretisierung des Zieldreiecks ernste Konflikte. Vor dem Hintergrund der Entwicklung in den vergangenen beiden Jahrzehnten bewertete er ein Konzept für radikale und fundamentale Systemwechsel persönlich skeptisch, insbesondere im Zusammenhang mit der Energiewirtschaft, die Kontinuität benötige, auch über mehrere Legislaturperioden hinweg. Prof. Dr. Thomas Hartkopf, stellvertretender Vorsitzender, Forum für Zukunftsenergien, und Leiter des Fachbereichs Regenerative Energien, Technische Universität Darmstadt, unterstrich, dass angesichts der Kapitalintensität technischer Infrastrukturen Entwicklungen in der Energieversorgung in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit kurzfristig nicht zu erreichen seien. Darüber hinaus mahnte er für die zukünftige Diskussion

mehr Aufmerksamkeit zugunsten der Versorgungssicherheit ein angesichts des geringen gesicherten Leistungsbeitrages der erneuerbaren Energien und forderte neben zusätzlichem Netzausbau und der Entwicklung von wirtschaftlichen Speicherkapazitäten ein verstärktes Erzeugungs- und Lastmanagement.

Thomas Bareiß, Koordinator für Energiepolitik, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sprach sich ebenfalls für eine stete Entwicklung in der Energiewirtschaft aus und bezeichnete das Ziel der Bundesregierung, bis 2050 die Stromerzeugung in Deutschland weitestgehend auf die Nutzung erneuerbare Energien umzustellen, als sehr ambitioniert. Ferner unterstützte er die These, dass auch in Zukunft in der Stromerzeugung auf Kohle und Kernenergie nicht verzichtet werden könne, verlangte aber in diesem Zusammenhang eine dringend gebotene Versachlichung der Diskussion über die CCS-Technologie. Eine Steigerung der Energieeffizienz sah er eher über Anreize als erreichbar an als über Zwangsmaßnahmen. Die anschließende Diskussion leitete Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG und Forum für Zukunftsenergien, unter Beteiligung von Dr. Christian Friege, Vorstandsvorsitzender, LichtBlick AG, Dr. Wolfgang Cieslik, Mitglied der Geschäftsführung, EVONIK Steag GmbH, Albert Filbert, Vorstandsvorsitzender, HEAG Südthessische Energie AG, Heiko Roß, Geschäftsführer, BARD Holding GmbH, und Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker, Vorstandsmitglied, Forum für Zukunftsenergien, und Senior Research Fellow, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern. Dabei wurde überwiegend die Auffassung vertreten, dass wegen langer Planungs- und Bauzeiten in der Energiewirtschaft Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln Verlässlichkeit bieten müssten und von sich ändernden Regierungen nicht kurzfristig modifiziert werden dürften. Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker sah in einer derartigen Bewertung einen Widerspruch gegenüber dem Primat der Politik. Unterschiedliche Auffassungen ergaben sich auch bei der Beantwortung der Frage, ob eine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke mit dem angestrebten Vorrang der erneuerbaren Energien vereinbar sei.

Nach dem parlamentarischen Scheitern des Entwurfes eines „Gesetzes zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid“ am Ende der 16. Legislaturperiode und vor dem Hintergrund einer jedoch weiterhin bestehenden Verpflichtung zur Umsetzung einer entsprechenden EU-Richtlinie befasste sich der **Arbeitskreis „Zukunftsenergien“ am 17. März 2010** mit der Frage, wie die Zukunft der CCS-Technik in Deutschland aussehen könnte. In seiner Sitzung **am 21. April 2010** bot der Arbeitskreis eine Plattform zur Erörterung des Themas „Kohle, Kernenergie, erneuerbare Energien – gemeinsam für das Ziel der nachhaltigen Energieversorgung?“. **Am 7. Juli 2010** ließen sich die Sitzungsteilnehmer über den aktuellen Stand der Ressortberatungen über das von der Bundesregierung angekündigte Energiekonzept unterrichten und nahmen eine Bewertung vor, inwieweit darin den Forderungen der Stakeholder Rechnung getragen werde. Im Mittelpunkt der Zusammenkunft **am 24. November 2010** beriet man darüber, wie realistisch das von der Bundesregierung in ihrem Energiekonzept vorgegebene Ausbauziel für die Übertragungsnetze sei in Anbetracht der Ergebnisse der dena- Netzstudie II, wonach die bislang realisierten Ausbaumaßnahmen den Bedürfnissen nicht gerecht werden.

Wenige Tage nach dem Elektro-Mobilitätsgipfel der Bundesregierung und der dort beschlossenen Einrichtung einer "Nationalen Plattform Elektromobilität" beschäftigte sich **der Arbeitskreis „Energie & Verkehr“ am 19. Mai 2010** mit der Zukunft der Elektromobilität in Deutschland, wobei in der anschließenden Diskussion mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages Punkte wie eine Subventionierung von Elektrofahrzeugen, das Ausmaß einer Forschungsförderung sowie die notwendige Festlegung politischer Ziele im Vordergrund standen. In seiner Sitzung **am 27. Oktober** 2010 widmete sich der Arbeitskreis dem Regelungsinhalt des EU-Gesetzesvorschlags zur CO²-Regulierung leichter Nutzfahrzeuge.

Die Veranstaltungsreihe „**Internationaler Energiedialog**“ im Jahr 2010 eröffnete der Botschafter von Kanada in Deutschland, S.E. Peter M. Boehm, **am 18. Januar 2010** mit einem Referat über den Beitrag Kanadas zur Energiesicherheit und Nachhaltigkeit. Er verwies dabei auf die riesigen Erdgas- und -ölreserven sowie das beachtliche Potential zur Nutzung von Wasserkraft. Bei den gesamten Ölreserven könne Kanada insbesondere auf Ölsande zurückgreifen, deren Veredelung ohne Zweifel umwelt- und klimawirksame Folgen habe. Dem versuche seine Regierung mit strengen Kontrollen und der Festlegung ambitionierter CO²-Reduzierungsmassnahmen entgegenzuwirken. Trotz dieser fossilen Reserven, die weitestgehend für den Export in die USA und nach Europa bestimmt seien, plane die kanadische Regierung, den Anteil der CO²-freien Stromerzeugung bis 2020 auf 90 Prozent zu steigern. Daneben engagiere man sich auf nationaler und internationaler Ebene intensiv bei der CCS-Technologie und deren weiteren Entwicklung.

Beim „**Internationalen Energiedialog**“ **am 17. Mai 2010** stellte Dr. Christian Schneller, Leiter Recht und Politik, TenneT TSO GmbH, unter der Überschrift „Energy without Borders – Towards one European Electricity Market“ die Ziele und Strategien seines Unternehmens zur Erreichung eines europäischen Strombinnenmarktes vor. Seinen Ausführungen zufolge wurde TenneT 1998 in den Niederlanden gegründet und ist dort mittlerweile Betreiber sämtlicher Übertragungsnetze. Seit der 2010 erfolgten Übernahme des Übertragungsnetzes der E.ON AG in Deutschland sei man bestrebt, beide Netzsysteme zu integrieren und damit sowohl größere Systemstabilität als auch eine effizientere Netzentwicklung zu erreichen. Als erster grenzüberschreitend tätiger Übertragungsnetzbetreiber weltweit sehe man sich in der Verpflichtung, die europäische Marktintegration voranzutreiben und hoffe, dass durch das Dritte Energiepaket der Europäischen Union die Harmonisierung und Integration der Strom- und Gasmärkte entsprechend vorangetrieben werde. Hinsichtlich der häufig erhobenen Forderung nach einer verstärkten Nutzung von Erdkabel merkte er an, dass der Stand der Technik augenblicklich noch nicht ausreichend und daher die Entscheidung des Gesetzgebers zu begrüßen sei, Erdkabel zunächst verstärkt zu Versuchszwecken einzusetzen. Die Ausführungen von Dr. Schneller wurden in einem anschließenden Gespräch mit Johannes Kindler, Vizepräsident, Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, weiter vertieft.

Ola Altera, Staatssekretär im schwedischen Ministerium für Unternehmen, Energie und Kommunikation, gab **am 15. Juni 2010** beim „**Internationalen Energiedialog**“ einen Überblick über die Energiepolitik seines Landes: „Swedish Energy Policy – Towards an Eco-

Efficient Future“. Unter Verweis auf die schwedische EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2009 und die dabei mit Nachdruck unterstützte Klimapolitik in Verbindung mit einer öko-effizienten Wirtschaft beschrieb er die aktuelle schwedische Energiepolitik als geprägt von den Zielen der Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Entsprechend strebe man an, bis 2020 die Hälfte des Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu decken, die Energieeffizienz um 20 Prozent zu steigern und die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu verringern. Im Wärmesektor sollten nach 2020 keine fossilen Energieträger eingesetzt und der Fernwärmeversorgung und der Kraft-Wärme-Kopplung eine wichtigere Rolle übertragen werden. Bis 2050 wolle man insgesamt ein nachhaltiges, ressourcenschonendes Energieversorgungssystem etablieren. Im Transportsektor sei angedacht, bis 2030 einen von fossilen Energieträgern unabhängigen Fahrzeugbestand zu erreichen. Angesichts des jetzigen Stromerzeugungsmix von Wasserkraft und Kernenergie und in Verfolgung der Klimaschutzziele werde die Kernenergie in Schweden auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Daneben würden zukünftig aber auch Windenergie und andere erneuerbare Energien zunehmend bei der Stromerzeugung eingesetzt werden. Diese Darlegungen wurden anschließend zusammen mit Jürgen Hogrefe weiter ergänzt.

In seinem Vortrag „Dutch Energy Policy: Meeting current and future Challenges“ beim **„Internationalen Energiedialog“ am 12. November 2010** stellte Prof. Dr. Vijlbrief, Abteilungsleiter für Energie, Telekommunikation und Märkte, Wirtschaftsministerium der Niederlande, die Kernpunkte der niederländischen Energiepolitik und deren Verbindung zur deutschen und europäischen Energiepolitik in den Vordergrund. Seinen Ausführungen zufolge müsse eine erfolgreiche Energiepolitik sowohl wirtschaftliche als auch internationale Aspekte berücksichtigen, um Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit zu garantieren. Dabei komme den internationalen Allianzen, insbesondere den EU-Mitgliedstaaten, die Aufgabe zu, unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips überall dort ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen, wo gemeinsame Ziele effektiver erreicht werden können. Trotz gewisser Unterschiede zwischen den niederländischen und den deutschen energiepolitischen Grundsätzen gebe es zahlreiche Felder mit übereinstimmenden Interessen, wie z. B. bei Nord Stream. Darüber hinaus gestalte sich die Zusammenarbeit niederländischer und deutscher Energieunternehmen immer enger, wie die Beispiele Tennet, GasUnie und RWE zeigten. In dem folgenden Gespräch mit Christian Cleutinx, Generaldirektor, Euratom-Versorgungsagentur, wurden die Ausführungen weiter vertieft.

Kurz vor Beginn der Klimaschutzverhandlungen der Vereinten Nationen in Cancún präsentierte der Botschafter von Japan in Deutschland, S. E. Dr. Takahiro Shinyo, im Rahmen des **„Internationalen Energiedialoges“ am 17. November 2010** die Erwartungen seines Landes gegenüber dieser Konferenz. Dabei verdeutlichte er seine Zweifel, angesichts der augenblicklichen Positionen der Vereinigten Staaten von Amerika und China mit einem globalen Anteil an den CO²-Emissionen in der Größe von 40 Prozent zu einer Übereinkunft zu kommen. Dennoch sollten das Gastgeberland Mexico, die Europäische Union und auch Japan alle Anstrengungen unternehmen, um ein Abkommen zu erreichen. Japan und die Europäische Union verfolgten schließlich gemeinsame Ziele. Bedenken seines Landes gebe

es insofern, als der Europäische Rat sich unter bestimmten Voraussetzungen für eine weitere Erfüllung des Kyoto-Protokolls in der zweiten Periode ab 2013 ausgesprochen habe. Dieses Signal könne von den Hauptemittenten Vereinigte Staaten und China als Entbindung von ihrer Verantwortung gewertet werden. Daher fordere Japan eine Lösung des Problems des Klimawandels auf der Grundlage der Übereinkunft von Kopenhagen von 2009 mit einem neuen, rechtsverbindlichen Dokument unter Einbeziehung aller Hauptemittenten. Beim Anstreben dieses Ziels lägen Japan und die Europäische Union auf einer Linie. In einem anschließenden Gespräch mit Jürgen Hogrefe wurde die Thematik weiter diskutiert. Mit dieser Vortragsveranstaltung wurde gleichzeitig der Auftakt gegeben für die Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und Deutschland.

Am 1. September 2010 fand in Brüssel die Premiere einer neuen Veranstaltungsreihe des Forum für Zukunftsenergien statt. Unter der Bezeichnung „**European Energy Colloquium**“ (EEC) sollen in vier jährlichen Zusammenkünften aktuelle Themen der europäischen Energiepolitik im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen aufgegriffen und mit dem Ziel diskutiert werden, in diesem Prozess die Interessen der Akteure der deutschen Energiepolitik den EU-Repräsentanten, insbesondere deutschen Europaabgeordneten und Kommissionsvertretern, nahe zu bringen. Unter der Moderation des ehrenamtlichen Vorsitzenden Prof. Dr. Michael Köhler, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, diskutierten Experten und Abgeordnete des Europäischen Parlaments über den Ausbau der Energieinfrastrukturen in Europa vor dem Hintergrund des von der EU-Kommission angekündigten Energieinfrastrukturpaketes. Bei der Präsentation des Zehn-Jahres-Netzentwicklungsplanes des Verbandes der Europäischen Übertragungsnetzbetreiber ENTSO-E unterstrich dessen Geschäftsführer Dr. Konstantin Staschus den darin verborgenen, immensen Investitionsbedarf und Aufwand gemeinsamer Planungen mit komplexen Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig stellte er die Wichtigkeit des Zugangs zum Kapitalmarkt für die Netzbetreiber angesichts der großen Investitionsvolumina heraus. Aus der Sicht des Verbandes Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber für Gas – ENTSO-G – nahm Ullrich Ronnacker, Leiter Recht und Regulierung, E.ON Gastransport GmbH, zu den Herausforderungen für die Gas-Infrastruktur Stellung. Er verwies im Einzelnen auf die aus dem Energieinfrastrukturpaket resultierenden Probleme, wie etwa die Berücksichtigung divergierender nationaler Ziele, die Verlagerung der Erdgas-Bezugsquellen, die höhere Flexibilität auf dem Binnenmarkt und die erforderlichen, verbesserten Rahmenbedingungen für die Investitionen, einschließlich einer Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren durch eine engere Zusammenarbeit der Behörden. Auf der Grundlage der Impulsreferate diskutierten unter der Leitung von Prof. Dr. Köhler die Europaabgeordneten Herbert Reul, EVP, Norbert Glante, S&D, Jorgo Chatzimarkakis, ALDE, Reinhard Bütikofer, Grüne/EFA, und Sabine Wils, GUE-NGL, wobei im Vordergrund Anmerkungen zur Finanzierung und der Akzeptanz des Ausbaues der Energieinfrastruktur standen.

In engem zeitlichem Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Europäischen Energiestrategie 2011 – 2020 durch die EU-Kommission diskutierte das „**European Energy**

Colloquium“ am 9. November 2010 in Brüssel Anforderungen und Erwartungen an diese Strategie. Nach einer Einleitung in den Inhalt des Strategiepapiers durch den ehrenamtlichen Vorsitzenden Prof. Dr. Michael Köhler, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, mit den Schwerpunkten Energiebinnenmarkt, Energieeffizienz, Verbraucherschutz, Forschung und Entwicklung signalisierte Dr. Michael Wunnerlich, Geschäftsführer, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, die grundsätzliche Zustimmung des Verbandes zu den von der EU-Kommission aufgezeigten Zielen und Prioritäten, machte aber auch gleichzeitig auf Bedenken gegenüber einzelnen Punkten aufmerksam. So bedürften nach Verbandsmeinung die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen und in deren Folge die unterschiedlichen Strompreisbildungsmechanismen mit ihren Auswirkungen auf die Endverbraucher einer stärkeren Beachtung, ebenso erweiterte Finanzierungsmöglichkeiten sowie eine Verbesserung der öffentlichen Akzeptanz für den Ausbau der Energieinfrastrukturen. Susanne Szech-Koundouros, Leiterin der Wirtschaftsabteilung, Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU-Kommission, begrüßte namens der Bundesregierung die von der EU-Kommission gesetzten Prioritäten, vermisste jedoch eine Evaluierung des derzeitigen Energieeffizienzplanes. Hinsichtlich des Ausbaus der Energieinfrastrukturen merkte sie an, dass Planung und Finanzierung entsprechender Investitionen in der Verantwortung der Unternehmen lägen, der Staat aber über Regulierung und Ausgestaltung der Genehmigungsverfahren die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen habe. In der anschließenden Podiumsdiskussion begrüßten die Europaabgeordneten Jo Leinen, S&D, Holger Kraemer, ALDE, und Reinhard Büdikofer, Grüne/EFA, die Initiative der EU-Kommission im Allgemeinen, kamen jedoch bei der Bewertung einzelner Punkte zu unterschiedlichen Ergebnissen.

Bei der Veranstaltung **am 13. April 2010**, die dem Arbeitsformat „**Regionales Forum für Zukunftsenergien**“ zuzuordnen ist, stand im Mittelpunkt die in Nordrhein-Westfalen geführte Diskussion über die Ausgestaltung des Aktionsradius der kommunalen Energieversorger durch das kommunale Wirtschaftsrecht, ausgelöst durch ein vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium beim Bochumer Verwaltungsrechtler Prof. Dr. Martin Burgi in Auftrag gegebenes Gutachten. Dabei legte Ministerin Christa Thoben dar, dass es bei den Überlegungen zur Änderung des bisherigen Gemeindefirtschaftsrechtes in Nordrhein-Westfalen nur um eine räumliche Ausweitung des Tätigkeitsfeldes der Stadtwerke gehe, um die Anzahl der Anbieter auf den Energiemärkten und damit den Wettbewerb zu erhöhen. Sie wurde von Prof. Dr. Burgi unterstützt, der ebenfalls dafür plädierte, die bestehenden Gebietsbeschränkungen zu lockern, wobei Art und Umfang der energiewirtschaftlichen Betätigung der Kommunen in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit bleiben müssten. Im Gegenzug sollten bislang geltende Vorrechte, wie z. B. Kommunalkreditkonditionen, entfallen. Der Vizepräsident des Verbandes kommunaler Unternehmen und Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Duisburg AG Dr. Hermann Janning wiederholte die schon in der Vergangenheit vom Verband kommunaler Unternehmen geäußerte Kritik an den bisherigen Bestimmungen, durch die die Stadtwerke gegenüber ihren Wettbewerbern benachteiligt würden. Eine solche Diskriminierung verstoße seiner Auffassung nach aber gegen EU-Recht. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion mit



Sven Becker, Sprecher der Geschäftsführung, Trianel GmbH, dem Landtagsabgeordneten Dietmar Brockes, wirtschaftspolitischer Sprecher, FDP-Landtagsfraktion, Rainer Kübler, Geschäftsführer, Stadtwerke Bietigheim-Bissingen, Guntram Pehlke, Vorstandsvorsitzender, DSW 21 Dortmunder Stadtwerke AG, und Josef Zipfel, stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Handwerkskammer Düsseldorf, unter der Moderation von Christian Held, Becker Büttner Held Rechtsanwälte, standen mit kontroversen Bewertungen Fragen zur privilegierten Stellung kommunaler Unternehmen im Vordergrund.

Im Jahr 2010 organisierte das Forum für Zukunftsenergien erstmals eine „**Sommerakademie**“ für Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten. Mit diesem Veranstaltungsformat wird das Ziel verfolgt, neuen wissenschaftlichen Mitarbeitern im Deutschen Bundestag, die mit energiepolitischen Fragestellungen umzugehen haben, ohne zuvor in ihrer Ausbildung mit solchen Sachverhalten in Berührung gekommen zu sein, den fachlichen Einstieg in die häufig sehr komplexen energiewirtschaftlichen Zusammenhänge zu erleichtern durch die Vermittlung von entsprechendem Fachwissen. Bei der Veranstaltung **am 2. und 3. September 2010** vermittelten die hierfür gewonnenen Referenten, die aus dem Mitgliederkreis des Forum für Zukunftsenergien stammten, Kenntnisse u. a. zu den Grundlagen der Energiewirtschaft, Erzeugungsstrukturen und –kapazitäten in Deutschland und Europa, Grundlagen der netzgebundenen Energien, Bedeutung der erneuerbaren Energien und der Kernenergie, Marketing und Vertrieb von Strom- und Gasprodukten, rechtliche Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft, Energiepreise sowie Klimaschutz und Emissionshandel.

Im zweiten Teil einer **Veranstaltungsreihe** des Forum für Zukunftsenergien zu der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen suchten die Teilnehmer **am 1. Februar 2010** eine Antwort auf die Frage zu finden, wie die Verhandlungsergebnisse vom Dezember 2009 zu bewerten und welche Schlussfolgerungen aus ihnen zu ziehen seien. Hennig Wuester, Special Adviser, UN-Klimasekretariat, trug zunächst eine Zusammenfassung vor und kam zu dem Ergebnis, dass die hohen Erwartungen zwar nicht erfüllt, dennoch Fortschritte auf dem Weg zu einem globalen Klimaschutzabkommen erreicht worden seien. So sei das Thema „Klimawandel“ nunmehr auf höchster politischer Ebene angekommen und stehe im Fokus der Wirtschafts- und Finanzwelt. Die langfristigen Ziele des Klimaschutzes, die institutionelle Architektur für eine weltweite Emissionsminderung mit klaren Rollen für Industrie- und Entwicklungsländer sowie die kurz- und langfristige Finanzierung für Anpassungs- und Emissionsminderungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern seien präzise definiert worden. Weiterer politischer Handlungsbedarf müsse in den kommenden Verhandlungen abgearbeitet werden.

Staatsekretär Jochen Homann, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, bezeichnete das Verhandlungsergebnis als insgesamt enttäuschend. Dafür verantwortlich sei, dass die Emissionsminderungsziele der Europäischen Union und Deutschlands ambitionierter gewesen seien als die anderer Staaten, diese frühzeitig ergriffenen Maßnahmen zur Energieeinsparung, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz sich aber langfristig auszahlen würden. Solche Schritte könnten jedoch nur gemeinsam getan werden. MinDirig Franzjosef Schafhausen,

Unterabteilungsleiter Umwelt und Energie, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, befasste sich insbesondere mit den Verhandlungsbedingungen vor Ort. Demnach habe sich neben erheblichen organisatorischen Mängeln eine deutliche Verschiebung der weltpolitischen Machtzentren gezeigt, und es sei deutlich geworden, dass es etlichen Ländern gelungen sei, die Verhandlungen für eigene politische Anliegen zu instrumentalisieren. Daher müssten die bisherigen Verhandlungskonzepte dringend überprüft werden. Prof. Dr. Michael Hüter, Direktor, Institut der deutschen Wirtschaft, prognostizierte aufgrund des Fehlens global gerechter Wettbewerbsbedingungen weitere Belastungen für die deutsche Wirtschaft, etwa aufgrund des unkonditionierten Ziels der Bundesregierung, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Gesamteuropäisch bleibe dies klimaspezifisch wirkungslos, wirtschaftlich aber werde der für Deutschland und seine Wohlstandsbasis wichtige Industriesektor geschwächt. In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Ernst Schwanhold, Mitglied des Vorstandes, Forum für Zukunftsenergien, loteten Reinhardt Hassa, Vorstandsvorsitzender, Vattenfall Europe Generation AG & Co. KG, Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender, Germanwatch, Dr. Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer, Verband der Chemischen Industrie, und Dr. Martin Wandsleben, Hauptgeschäftsführer, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Möglichkeiten aus, wie Deutschland bei zukünftigen Verhandlungen seine Position mit mehr Erfolgchancen einbringen und den Prozess beschleunigen könne.

Zur Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz haben sich in jüngster Zeit zahlreiche Kommunen und urbane Ballungsräume ehrgeizige Ziele gesetzt. Bei der **Konferenz** „Smart Cities – Urbanisierung und Energieinfrastruktur“ des Forum für Zukunftsenergien **am 10. Februar 2010** wurden vorhandene Lösungsansätze vorgestellt und notwendige politische Rahmenbedingungen definiert. MR Rainer Ornth, Referatsleiter Energie und Klimaschutz, Bauen und Verkehr, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, beschrieb unter Hinweis auf die Strategie zur Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudesektor über den Dreiklang von Ordnungsrecht, Förderung und Information die wesentlichen Inhalte der Energieeffizienzpolitik der Bundesregierung. Dr. Axel Nawrath, Mitglied des Vorstandes, KfW Bankengruppe, sah die entscheidende Herausforderung für die Kommunen in Bezug auf die Energieeffizienz in deren Verbesserung bei kommunalen Gebäuden, in der Stärkung der Nutzung der erneuerbaren Energien bei kommunalen Erzeugern und in der Schaffung einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur. Angesichts der angespannten Finanzsituation vieler Kommunen stehe die KfW Bankengruppe bereit, jeweils individuell zugeschnittene Förderangebote für Investitionen in eine kommunale Infrastruktur sowie Förderinstrumente zur Steigerung der Energieeffizienz im Wohngebäudebereich zu unterbreiten, auch über Public-Private- Partnership-Vorhaben im kommunalen Bereich. Den von Siemens AG zusammen mit Economist Intelligence Unit entwickelten European Green City Index, mit dessen Hilfe Leistungen verschiedener Städte im Bereich des Klima- und Umweltschutzes analysiert werden können, stellte Dr. Hans-Peter Böhm, Vice President Government Affairs, Siemens AG, vor. Seinen Darlegungen zufolge könnten mit dieser Methodik eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse in den einzelnen Kommunen erreicht, Potentiale aufgezeigt und damit den Entscheidungsträgern Hilfestellung bei der Prioritätensetzung angeboten werden. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion wurden



Beispiele aus der Praxis präsentiert. So befasste sich Ralf Christian, CEO, Power Distribution Division, Energy Sector, Siemens AG, mit der angesichts des demographischen Wandels, der Ressourcenverknappung und des Klimawandels zu erwartenden Entstehung eines „neuen Elektrizitätszeitalters“ und der besonderen Rolle für das „intelligente Stromnetz“. Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG und Forum für Zukunftsenergien, stellte das von seinem Unternehmen entwickelte, zukunftsorientierte Versorgungskonzepte mit der Bezeichnung „Bullenseethesen“ vor.

Vor dem Hintergrund der Debatte über das Energiekonzept der Bundesregierung bot das Forum für Zukunftsenergien **am 7. September 2010** Vertretern von Wirtschaft und Politik eine neutrale **Plattform**, um die Frage nach dem Stellenwert von Öl und Gas im Energiemix der Zukunft zu diskutieren. Nach Eröffnung der Konferenz durch Carl Graf von Hohenthal, Partner, Brunswick Group GmbH, und Begrüßung durch den Botschafter von Großbritannien in Deutschland, S.E. Sir Michael Arthur, umriss Dr. Uwe Franke, Vorsitzender des Vorstandes, BP Europe SE, unter Hinweis auf drei Schwerpunkte die Bedeutung des Öls für die zukünftige Energieversorgung: Strukturveränderungen auf den internationalen Märkten, die sich daraus ergebenden Reaktionen und schließlich der Umfang einer Substitution in der nationalen Energieversorgung auf lange Sicht. Seiner Einschätzung nach sei, wenn auch in geringerem Umfang als heute, Deutschland noch lange Zeit auf Öl angewiesen. Die Politik müsse sich darauf einstellen und Vorsorge dafür treffen, dass die langfristige heimische Ölversorgung in einem integrierten Weltmarkt einen zentralen Bestandteil der Wirtschafts- und Außenpolitik bildet. Schließlich sei es dringend geboten, in Deutschland eigene Raffinerien zu erhalten anstatt Mineralölprodukte einzuführen.

In der zweiten Keynote befasste sich Klaus Schäfer, Vorsitzender des Vorstandes, E.ON Ruhrgas AG, mit der Bedeutung von Gas für die zukünftige Energieversorgung. Dabei betonte er, dass angesichts der vorhandenen Erdgasreserven dieser Energieträger auch in Zukunft einen substanziellen Beitrag zur Deckung des Energiebedarfs werde leisten können. Zugunsten seines Einsatzes zur Stromerzeugung sprächen niedrige Investitionskosten für die Erzeugungsanlagen, kurze Bauzeiten, hohe Wirkungsgrade und geringe CO₂-Emissionen. Mit Blick auf den Wärmemarkt plädierte er für eine Modernisierungsoffensive bei Heizungsanlagen unter Nutzung moderner Gastechnik. Beim Mobilitätssektor sprach er sich für ein umfassendes und langfristiges Konzept zur raschen und bezahlbaren CO₂-Minderung aus, insbesondere durch Beimischung von Bioerdgas. Grundbedingung für eine langfristige Absicherung der Gasversorgung bilde eine ausreichende Diversifizierung der Lieferquellen und Lieferanten. In der sich anschließenden Podiumsdiskussion bezogen die Bundestagsabgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Breil, FDP-Bundestagsfraktion, sowie Prof. Dr. Michael Bräuninger, Leiter, Kompetenzbereich Wirtschaftliche Trends, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut, und Prof. Dr. Manfred Güllner, Geschäftsführer, forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen, Position zur anstehenden Thematik.

Im Zusammenhang mit dem kurz zuvor von der Bundesregierung veröffentlichten, aber noch nicht verabschiedeten Energiekonzept erörterten die Teilnehmer einer **Veranstaltung** des Forum für Zukunftsenergien **am 15. September 2010** Vorschläge der Industrie zur

Erreichung der im Konzept formulierten ehrgeizigen CO²-Emissionsreduktionsziele und den dafür notwendigen Rahmenbedingungen. Dabei lag der Fokus auf den erforderlichen Einsparungen im Gebäude- und Verkehrssektor. Katharina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, erläuterte den wesentlichen Inhalt des Energiekonzeptes mit der darin enthaltenen langfristigen Gesamtstrategie, unter Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft Deutschland zu einer der effizientesten und klimafreundlichsten Volkswirtschaften umzugestalten.

Lutz Freitag, Präsident, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmer, zeigte sich skeptisch in Bezug auf die Erreichbarkeit der für die Gebäudesanierung genannten Ziele ohne Schaffung entsprechender Anreize, da für eine Umstellung sämtlicher Gebäude auf einen CO²-freien Betrieb bis 2050 Investitionen in Milliardenhöhe notwendig seien. Dr. Tony Van Osselaer, Mitglied des Vorstandes, Bayer MaterialScience AG, verwies auf die von seinem Unternehmen unterbreiteten Lösungsvorschläge zur Emissionsminderung und Effizienzsteigerung im Gebäude- und Verkehrssektor. Ferner sprach er dafür aus, keine weiteren Belastungen für emissionshandelspflichtige Industrieanlagen vorzusehen und stattdessen geeignete Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente einzuführen, beispielsweise einen Gebäudeeffizienzfonds zur zentralen Anschubfinanzierung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung. Rainer Haueis, Leiter, Business Unit Building Automation, Siemens Building Technologies, mahnte eine vermehrte Nutzung des seit langem bekannten Finanzierungsinstrumentes "Energiespar-Contracting" an und forderte die Politik auf, vorhandene Hemmnisse in Ausschreibungsverfahren zu beseitigen, Energieeffizienz als wichtigstes Beschaffungskriterium zu verankern und den vorrangigen Einsatz des Energiespar-Contracting vor der Einzellersatzbeschaffung festzuschreiben. Im Anschluss an die Vorträge diskutierten die Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß, Koordinator für Energiepolitik, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Michael Kauch, FDP-Bundestagsfraktion, unter der Moderation von Dr. Joachim Müller-Soares, Chefredakteur, energlobe.de, mit den Vortragenden über die Thematik.

Nach der Verabschiedung des Energiekonzeptes 2010 durch die Bundesregierung am 28. September 2010 beschäftigten sich die Mitglieder und Gäste des Forum für Zukunftsenergien im Zusammenhang mit dem beginnenden Umsetzungsprozess der vereinbarten Maßnahmen in einer **Podiumsdiskussion am 6. Oktober 2010** mit deren Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Der Kuratoriumsvorsitzende des Forum für Zukunftsenergien Dr. Tessen von Heydebreck, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank Stiftung, hob in seiner Einleitung hervor, dass angesichts der im Energiekonzept unbeantwortet gebliebenen Fragen, etwa seiner Finanzierung, mit dieser Veranstaltung die Debatte durch belastbare Argumente versachlicht und das Für und Wider bestimmter Positionen abgewogen werden sollte. Dr. Dietmar Lindenberger, Geschäftsführer, Energiewirtschaftliches Institut an der Universität Köln, präsentierte im Einzelnen die von seinem Institut im Auftrag der Bundesregierung als Grundlage des Energiekonzeptes berechneten Energieszenarien, die inhaltlich sich auf die Koalitionsvereinbarung abstützten,

beispielsweise die Minderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent.

In der von Klaus-Peter Johanssen, Geschäftsführer, Johanssen+Kretschmar Strategische Kommunikation, geleiteten Podiumsdiskussion mit Dr. Joachim Pfeiffer, wirtschaftspolitischer Sprecher, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher, SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Grillo, Vorsitzender des Vorstandes, Grillo-Werke AG, und Präsident, Wirtschaftsvereinigung Metalle, sowie Dietmar Schütz, Präsident, Bundesverband Erneuerbare Energien, und Kurator, Forum für Zukunftsenergien, herrschte Unsicherheit bei der Beantwortung der Frage, was geschehen werde, falls die von der Bundesregierung zugrunde gelegten Annahmen nicht einträfen. Übereinstimmung bestand zwar bei der Zuordnung der Bedeutung der energieintensiven Industrien für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Jedoch fand sich keine konkrete Antwort, durch welche Maßnahmen diese Industrien in Deutschland gehalten werden könnten bei gleichzeitiger Berücksichtigung der CO₂-Minderungs- und Effizienzsteigerungsziele. In einer weiteren Diskussionsrunde mit Prof. Dr. Georg Erdmann, Institut für Energietechnik, Technische Universität Berlin, Ursula Heinen-Esser, Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Felix Matthes, stellvertretender Geschäftsführer, Öko-Institut, MinDir Werner Ressing, Abteilungsleiter, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, und Dr. Harald Schwager, Mitglied des Vorstandes, BASF SE, wurde deutlich, dass der Nutzen einer weltweiten Vorreiterrolle Deutschlands bei den CO₂-Emissionsreduktions- und den ambitionierten Effizienzsteigerungszielen umstritten bleibt.

Angesichts des Umstandes, dass das Thema „Gas“ im Energiekonzept der Bundesregierung vom September 2010 keine Erwähnung findet, nutzten Vertreter der niedersächsischen Politik und Wirtschaft eine **Konferenz** des Forum für Zukunftsenergien **am 22. November 2010** als Plattform, um die besondere Bedeutung dieses Primärenergieträgers für ihr Bundesland zu unterstreichen. Entsprechend den Darlegungen des niedersächsischen Umweltministers und Kurators des Forum für Zukunftsenergien Hans-Heinrich Sander tritt die Landesregierung für einen breiten Energiemix und eine entsprechend diversifizierte Kraftwerkstruktur ein unter besonderer Berücksichtigung der beträchtlichen Erdöl- und Erdgasförder- und entsprechenden Speicherkapazitäten. Ebenso wie die Bundesregierung propagiere sie einen nachhaltigen Energiemix mit zunehmender Einbeziehung der regenerativen Energien. Niedersachsen, von wo 95 Prozent des in Deutschland geförderten Erdgas stammt, sei darüber hinaus für diesen Energieträger wichtiges Transitland mit einem gut ausgebauten Netz von Gashochdruckleitungen. Die Biogasproduktion wolle man zwar fördern, allerdings unter Berücksichtigung der dabei sich ergebenden Zunahme der Maisanbauflächen mit Bodenschutz- und Gewässerschutzproblemen.

Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG und Forum für Zukunftsenergien, unterstrich die Vorteile von Erdgas bei der Nutzung zur Stromerzeugung, insbesondere angesichts der zunehmenden Strommengen aus erneuerbaren Energien und brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass angesichts dieser Situation dem Erdgas im Energiekonzept nicht eine tragende Rolle zugeordnet werde. Dr. Gernot Kalkoffen, Vorstandsvorsitzender, ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, betonte sowohl die breite Verfügbarkeit und Effizienz von Erdgas als auch die damit erreichbare sinnvolle Ergänzung

zu den erneuerbaren Energien. Von der Politik verlangte er eine Anpassung der Rahmenbedingungen für neue Erdgasprojekte, um der Bedeutung von Erdgas als Brücke in die Energieversorgung der Zukunft ausreichend Rechnung zu tragen. Die beiden Wirtschaftsvertreter diskutierten anschließend über ihre Einschätzungen unter der Moderation von Ernst Schwanhold mit den niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Dr. Maria Flachsbarth, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Edelgard Bulmahn, SPD-Bundestagsfraktion, sowie dem Staatssekretär im niedersächsischen Wirtschaftsministerium Dr. Oliver Liersch.

Aktivitäten 2011

Mit seiner ordentlichen **Mitgliederversammlung 2011 am 14. Oktober 2011** war das Forum für Zukunftsenergien auf Einladung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums zu Gast in der Landesvertretung des Freistaates Bayern in Berlin. Den traditionellen Festvortrag hielt in Vertretung des bayerischen Wirtschaftsministers Martin Zeil der zuständige Abteilungsleiter MinDirig Prof. Dr. Josef Neiß. Dieser betonte die gewaltige Herausforderung, vor der der Freistaat Bayern angesichts des beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie stehe, da deren Anteil an der Stromerzeugung fast 60 Prozent betrage. Das Bayerische Energiekonzept vom Mai 2011 sehe daher vor, in zehn Jahren 50 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken und die technologische Führungsrolle Bayerns in Bezug auf Energieeffizienz und Energieeinsparung unter Beweis zu stellen. Ziel bleibe es, den Stromverbrauch auch künftig weitgehend mit eigenen Kapazitäten abzudecken. Für die dazu nötigen Investitionen der Energiewirtschaft werde der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen, etwa wirtschaftliche Anreize für Investitionen in Gaskraftwerke, schaffen. Ein weiteres entscheidendes Ziel der bayerischen Energiepolitik bleibe es, die Ansiedlung der energieintensiven Industrien in Bayern auch weiterhin sicherzustellen. Deshalb lehne man weitere finanzielle Belastungen über die EEG-Umlage hinaus entschieden ab und setze sich für zukünftige zusätzliche Kompensationszahlungen im Zusammenhang mit dem CO²-Emissionshandel ein.

Am 11. Februar 2011 fasste der **Vorstand** den Beschluss, in Anbetracht ihrer Verdienste um das Forum für Zukunftsenergien die langjährigen Mitglieder seines Vorstandes Prof. Dr. Thomas Hartkopf und Ernst Schwanhold zu Ehrenmitgliedern zu ernennen.

Zu einem Zeitpunkt heftiger öffentlicher Diskussion über den Umbau der Energieerzeugungsstrukturen und die damit notwendigen Investitionen in Infrastruktureinrichtungen in Deutschland diskutierten die Teilnehmer des „**Energieforum 2011**“ des Forum für Zukunftsenergien **am 16. März 2011** über Möglichkeiten, die Akzeptanz solcher Projekte in der Öffentlichkeit zu verbessern. Der Kuratoriumsvorsitzende des Forum für Zukunftsenergien Dr. Tessen von Heydebreck, Vorstandsvorsitzender der Deutsche Bank Stiftung, brachte die Erwartung zum Ausdruck, dass die angesichts des Unglücks in Fukushima jüngst getroffenen politischen Entscheidungen den Realisierungsdruck auf weitere Infrastrukturerweiterungsmaßnahmen und die Erreichung der erforderlichen

Akzeptanz weiter erhöhen werden, warnte aber davor, dass in diesem Zusammenhang diskutierte Formen nichtdemokratischer Entscheidungen weder dem Gemeinwohl verpflichtet seien noch für Folgen Verantwortung übernehmen. Dieser Einschätzung stimmte der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und Kurator des Forum für Zukunftsenergien Jochen Homann zu. Zur Erreichung der Akzeptanz forderte er dazu auf, die von solchen Projekten Betroffenen sehr frühzeitig und umfassend zu informieren und daraus einen fairen Dialog zu entwickeln. Diesem Anliegen trage die Bundesregierung mit der Einrichtung einer Netzplattform bzw. einer Dialogplattform Rechnung.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG und Forum für Zukunftsenergien, wurde erkennbar, dass es ein Patentrezept zur Erlangung von Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen nicht gibt, dass aber bestimmte Leitlinien, wie etwa eine frühzeitige Beteiligung und eine transparente Informations- und Entscheidungspolitik, stets Grundlage des Handelns sein sollten. Dies betätigten auch Werner Preusker, Geschäftsführer, Arbeitsgemeinschaft PVC und Umwelt, Dr. Klaus Hänsch, Präsident des Europäischen Parlaments a. D., in seiner Eigenschaft als ehemaliger Vorsitzender der Mediationsgruppe zum Ausbau des Frankfurter Flughafens, sowie Dr. Hans-Jürgen Witschke, Vorsitzender der Geschäftsführung, DB Energie AG, und Vorstandsmitglied, Forum für Zukunftsenergien, im Zusammenhang mit dem Neubauvorhaben des Bahnhofs Stuttgart. Der Bundestagsabgeordnete Oliver Krischer, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, verwies auf den Zusammenhang zwischen Glaubwürdigkeit der am Projekt Beteiligten und der Überprüfungsmöglichkeit über digitale Medien hin, die Bundestagsabgeordnete Dr. Maria Flachsbarth, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, regte einen Vorteilsausgleich für die Betroffenen an.

In Anbetracht der von der Bundesregierung mit ihrem Energiekonzept 2010 u. a. verfolgten Energieeinsparziele sowohl bei industriellen Produktionsprozessen als auch im Gebäude- und Mobilitätsbereich befasste sich in seiner Sitzung **am 23. Februar 2011 der Arbeitskreis „Zukunftsenergien“** mit der Frage, wie realistisch diese Vorgaben und welche Rahmenbedingungen zu ihrer Erreichung notwendig sind. Geleitet wurde auch diese Zusammenkunft vom ehrenamtlichen Vorsitzenden Dr. Frank-Michael Baumann, Geschäftsführer, EnergieAgentur.NRW. Im Mittelpunkt der Beratungen **am 13. April 2011** stand die Ausgestaltung der zukünftigen Förderung der erneuerbaren Energien im Rahmen der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, um deren verstärkten Einsatz bei der zukünftigen Energieversorgung sicherzustellen. **Am 8. Juni 2011** diskutierte der Arbeitskreis über die bei den parlamentarischen Beratungen des Energiekonzeptes erkennbaren Chancen für eine parteiübergreifende Verständigung auf eine Energiewende. Zwei Monate vor Beginn der UN-Klimakonferenz in Durban berieten die Sitzungsteilnehmer **am 28. September 2011** darüber, welche Rolle den Instrumenten des Kyoto-Protokolls bei den weiteren Verhandlungen zugeordnet werden könne. Die Befassung mit dem Thema, inwieweit zwischen der aktuellen deutschen und der europäischen Energiepolitik Kompatibilität besteht, stand auf der Tagesordnung der Sitzung des Arbeitskreises **am 23. November 2011**.

Unter der Überschrift „Grüne Logistik – alles im grünen Bereich? Wie umweltfreundlich sind Lieferverkehre in unseren Städten?“ tagte der **Arbeitskreis „Energie & Verkehr“ am 6. April 2011**, um sich unter der Leitung des ehrenamtlichen Vorsitzenden Dirk Inger, Unterabteilungsleiter Klima- und Umweltschutzpolitik, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, beispielsweise Überlegungen zu notwendigen Rahmenbedingungen für die Organisation umweltfreundlicher Lieferverkehre in Städten und Ballungsräumen und den Reaktionen der Logistikbranche auf Anforderungen grüner Logistik zuzuwenden. Vor dem Hintergrund der Anfang Juni 2011 von der Bundesregierung gestarteten Erarbeitung einer nationalen Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie diskutierte der Arbeitskreis **am 29. Juni 2011** über die an dieses Projekt geknüpften Erwartungen und Möglichkeiten einer Beteiligung. Ein intensiver Meinungs austausch über die Bedeutung des Wasserstoffs einerseits und der Brennstoffzelle andererseits für die Mobilität in der Zukunft fand auf der Grundlage von zwei inhaltlich konträren Impulsreferaten in der Sitzung **am 30. November 2011** statt.

Prof. Dr. Michael Köhler, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, war **am 17. Januar 2011** zu Gast beim „**Internationalen Energiedialog**“, bei dem er einen Überblick über die aktuelle Energiepolitik der Europäischen Union sowie einen Ausblick auf weitere Initiativen im Jahr 2011 präsentierte. Im Einzelnen beschrieb er die durch Art. 194 des Vertrages von Lissabon festgelegten Aufgaben einer europäischen Energiepolitik, etwa die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, Energieeffizienz und -einsparung sowie die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energien und die Energieforschung zu fördern. In den Energiemix der Mitgliedsstaaten dürfe aber nicht eingegriffen werden. Auf dieser Grundlage entwickle die EU-Kommission ihre Energiestrategie für die nächsten zehn Jahre. Diese beinhalte fünf wesentliche Ziele. Hierzu rechne neben einer Verbesserung der Energieeffizienz eine Weiterentwicklung des Energiebinnenmarktes, eine Erhöhung der Versorgungssicherheit sowie ein Ausbau der Energietechnologien und schließlich eine stärkere und intensivere Energieaußenpolitik, um das Verhandlungsgewicht Europas zu stärken. Als weitere Initiativen der EU-Kommission für das laufende Jahr nannte Prof. Dr. Köhler ein Paket zur Energieeffizienz und ein Papier zur Harmonisierung der Förderung erneuerbarer Energien. Für den Herbst 2011 kündigte er die Roadmap 2050 an, in der die energiepolitischen Auswirkungen der Umsetzung der energiepolitischen Ziele der EU-Kommission beschrieben werden sollen. Die Ausführungen von Prof. Dr. Köhler wurden im anschließenden Gespräch mit Dr. Carsten Kreklau vertieft.

Eine Woche vor der offiziellen Vorstellung des europäischen Energieeffizienzpaketes durch die EU-Kommission waren dessen Aussagen **am 2. März 2011** Gegenstand einer Debatte beim „**European Energy Colloquium**“. Wie Prof. Dr. Michael Hager, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger und ehrenamtlicher Vorsitzender des EEC, darlegte, würden für die Energieeinsparziele zunächst keine verbindlichen Vorgaben, sondern vielmehr Anreize gesetzt und für den öffentlichen Gebäudebestand die Energieeffizienz zum Vergabekriterium bei Modernisierungsmaßnahmen erklärt. Da bei der Industrie der bisherige Kostendruck für notwendige Effizienzmaßnahmen offensichtlich nicht stark genug gewesen sei, werde es zukünftig für große Unternehmen ein verpflichtendes Energieeffizienz-Audit

geben, das durch intern nachweisbare Prozesse belegt werden könne. Axel Gedaschko, Präsident, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmer, sprach sich angesichts der sehr unterschiedlichen Nutzerstrukturen im Wohngebäudesektor – Eigennutzung und Vermietung - bei der Erschließung der Effizienzpotentiale im Gebäudebestand für ein differenziertes Herangehen und eine Berücksichtigung der sozialen Komponente bei Mieterhöhungen im Zusammenhang mit Energieeinsparmaßnahmen aus. Ralf Diemer, Leiter des Brüsseler Büros, Verband der Automobilindustrie, umriss die dem Transportsektor zuzurechnenden CO²-Emissionen, die durch technische Maßnahmen der europäischen Automobilindustrie an den Fahrzeugen bei der Neufahrzeugflotte bis 2015 um weitere 20 Prozent verringert würden. Dieser Trend werde durch jährliche Investitionen von rd. 21 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung, insbesondere in alternative Antriebe, weiter vorangetrieben. Dabei verfolge die Automobilindustrie eine „Fächerstrategie“, die aus den Komponenten „Einsparen“, „Ergänzen“ und „Ersetzen“ bestehe. Diemer plädierte für politische Rahmenbedingungen, die nicht einseitige Ziele festlegten, sondern insgesamt wirtschaftliches Handeln ermöglichen, um die nötigen Investitionen tätigen zu können. Dr. Carsten Rolle, Abteilungsleiter Energie und Rohstoffe, Bundesverband der deutschen Industrie, machte deutlich, dass die deutsche und Großteile der europäischen Industrie den Hauptanteil an den bislang erreichten Effizienzverbesserungen getragen hätten, die deutschen Unternehmen insbesondere wegen der hohen Strompreise. Rolle sprach sich daher dafür aus, den funktionierenden Energieeffizienzmärkten zu vertrauen und auf staatliche Investitionslenkung zu verzichten. In der anschließenden Podiumsdiskussion debattierten die Europaabgeordneten Herbert Reul, EVP, Norbert Glante, S&D, Holger Kraemer, ALDE, und Sabine Wils, GUE/NGL, die aufgeworfenen Sachfragen.

Im Mittelpunkt des „**European Energy Colloquium**“ am **15. Juni 2011** stand die europäische Verkehrspolitik, die als Gemeinschaftsaufgabe verschiedener Generaldirektionen der EU-Kommission erstmalig mit dem Anspruch verknüpft ist, Ziele für die verkehrspolitische Entwicklung Europas bis zum Jahr 2050 zu formulieren. Unter der Leitung von Prof. Dr. Michael Köhler, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger und ehrenamtlicher Vorsitzender des EEC, beschrieben die Direktoren der beiden Generaldirektionen für Mobilität und Verkehr sowie für Steuern und Zollunion die Pläne der EU-Kommission. Den Darlegungen von Matthias Ruete, Generaldirektor für Mobilität und Verkehr, zufolge ist eine radikale Abkehr von den bisherigen verkehrspolitischen Grundsätzen hin zu einer alleinigen Ausrichtung am Effizienzgedanken das Ziel. Um dieses zu erreichen, seien im EU-Verkehrsweißbuch zehn Benchmarks für ein wettbewerbsorientiertes und ressourcenschonendes Verkehrssystem verankert. Dazu rechneten etwa neue und nachhaltige Kraftstoffe sowie Antriebssysteme, die Optimierung der Logistikketten, die Steigerung der Effizienz des Verkehrs sowie der Infrastrukturnutzung. Wichtige Voraussetzung dafür sei die Schaffung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraumes. Für die dazu nötige Infrastruktur müssten ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Dr. Walter Deffaa, Generaldirektor für Steuern und Zollunion, stellte die Pläne der EU-Kommission zur Besteuerung von Kraftstoffen vor. Entscheidendes Ziel dabei sei es, eine Besteuerung derjenigen CO²-Emissionen zu erreichen, die vom CO²-

Emissionshandelssystem nicht erfasst werden. Ferner müsse sich die Steuer am Energiegehalt der Kraftstoffe orientieren. Mit diesem Instrumentarium wolle die EU-Kommission ihre klimapolitischen Vorgaben umsetzen und gleichzeitig die derzeitigen Verzerrungen und Subventionstatbestände abbauen. Auf der Grundlage der Impulsreferate diskutierten unter der Leitung von Prof. Dr. Köhler die Mitglieder des Europäischen Parlaments Dr. Markus Pieper, EVP, und Holger Kraemer, ALDE. Dabei ging es um die Frage, inwiefern es wünschenswert sei, dass die Europäische Union den kommunalen Selbstverwaltungen in Europa Vorgaben für eine nachhaltige Stadtentwicklung mache und um die Kritik, dass die EU-Kommission zu viele parallele Besteuerungsansätze schaffe.

Am 6. September 2011, dem Vorabend der Veröffentlichung des Strategiepapiers der EU-Kommission zur zukünftigen externen Energiepolitik, beschäftigte sich das „**European Energy Colloquium**“ unter dem ehrenamtlichen Vorsitz von Prof. Dr. Michael Köhler, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, mit diesem Thema. Der Vorsitzende machte dabei deutlich, dass in Anbetracht der weltweit steigenden Nachfrage nach fossilen Rohstoffen der Wettbewerb zunehme, und wegen der Herausforderungen aufgrund des Klimawandels und zunehmender Sicherheitsprobleme die internationale Zusammenarbeit vertieft werden müsse. Mithilfe der neuen Strategie sollten die die Energieversorgung betreffenden Abkommen zwischen EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern transparenter gestaltet und eine Förderung umfassender Energiepartnerschaften angestrebt werden. Beabsichtigt sei damit nicht eine geopolitische Strategie, sondern eine Ergänzung der Binnenmarktpolitik.

Josef Janning, Director of Studies, European Policy Centre, betonte die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Energieaußenpolitik. Dafür spreche die damit erreichbare Markt- und Verhandlungsmacht der Europäischen Union, die Diversifizierung der Energieträger und Versorger sowie die mögliche Ausdehnung des Energiemarktmodells der Europäischen Union über deren Grenzen hinaus, selbst wenn einzelnen Mitgliedsstaaten ein solcher Schritt zunächst nicht vordringlich erscheine. Seiner Einschätzung nach sei auf der internationalen Ebene insgesamt, sowohl bei den Schwellenländern als auch den etablierten Ländern, ein verstärkter Einsatz der Außenwirtschaftspolitik als strategisches Element zu beobachten. Schließlich schaffe eine gemeinsame europäische Energieaußenpolitik geeignete Voraussetzungen für ein höheres Maß an Kohärenz, um die Klimaschutzziele der Europäischen Union auch international durchzusetzen. Auch Dr. Frank Mastiaux, CEO, E.ON International Energy, unterstützte einen gemeinsamen Ansatz in der europäischen Energieaußenpolitik, bei der die anerkannte europäische Kompetenz in den Bereichen Energiesysteme, Technologie und „Sustainable Energy“ in den Ausbau von Lieferbeziehungen mit Drittländern eingebracht werden könnte. Die Thesen von Janning und Dr. Mastiaux wurden in der anschließenden Podiumsdiskussion mit dem Europaabgeordneten Holger Kraemer, ALDE, sowie den Bundestagsabgeordneten Karl-Georg Wellmann, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Dorothee Menzner, Bundestagsfraktion Die Linke, bewertet.

Über das von der EU-Kommission im Oktober 2011 vorgelegte Infrastrukturpaket und insbesondere die darin enthaltenen Vorschläge zur Finanzierung der geplanten

Infrastrukturmaßnahmen berieten die Teilnehmer des „**European Energy Colloquium**“ am **8. November 2011**. Den Ausführungen des ehrenamtlichen Vorsitzenden des EEC und Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger Prof. Dr. Michael Köhler zufolge werden für den zur Erreichung der europäischen Klima- und Energieziele notwendigen Ausbau der Gasfernleitungen und Stromnetze in den nächsten zehn Jahren ca. 200 Mrd. Euro benötigt. Die EU-Kommission beabsichtige, anhand besonderer Kriterien eine Reihe von Projekten von „gemeinsamen Interesse“ auszuwählen, für die ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren gelten und EU-Mittel als Zuschüsse, projektbezogene Anleihen oder Sicherheiten in einer Gesamthöhe von 9,1 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt werden sollen. Dabei werde die Auswahl der Projekte zunächst auf regionaler Ebene erfolgen, endgültige Entscheidungen treffe dann die EU-Kommission.

Dr. Christian Schneller, Leiter Recht und Politik, Tennet TSO GmbH, bewertete die Finanzierungszusagen unter Berücksichtigung der Herausforderungen des Ausbaus des Höchstspannungsnetzes und verwies auf den allein bei seinem Unternehmen im Offshore-Bereich vorhandenen sowie zu erwartenden Investitionsbedarf in Höhe von insgesamt 14 – 16 Mrd. Euro. Entscheidend für die Finanzierung sei die den Kapitalgebern zu gewährende Eigenkapitalrendite, wobei er Schwierigkeiten angesichts der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Finanzierungsinstrumente vorhersagte. Über die Ausführungen von Prof. Dr. Köhler und Dr. Schneller wurde im Anschluss mit den Europaabgeordneten Herbert Reul, EVP, und Holger Kraemer, ALDE, unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, diskutiert.

Im Rahmen des Arbeitsformates „**Regionales Forum für Zukunftsenergien**“ diskutierten die Mitglieder und Gäste des Forum für Zukunftsenergien am **22. Juli 2011** in München über das kurz zuvor verabschiedete Bayerische Energiekonzept. Dabei war das Hauptaugenmerk auf die Überlegungen gerichtet, wie der bayerischen Wirtschaft eine nachhaltige Energieversorgung gewährleistet werden könne. Der bayerische Wirtschaftsminister und Kurator des Forum für Zukunftsenergien Martin Zeil kündigte an, dass der Umbau der Energieversorgung in Bayern nicht gegen, sondern zusammen mit der Wirtschaft betrieben werde. Die Grundlage bilde das Bayerische Energiekonzept, das u. a. vorsehe, in zehn Jahren 50 Prozent des bayerischen Stromverbrauchs über erneuerbare Energien abzudecken, am energiepolitischen Zieldreieck festzuhalten, weiterhin energieautark und Industriestandort zu bleiben. Die zu erwartenden Kostensteigerungen sollten durch Kompensationszahlungen an die stromintensiven Industrien ausgeglichen werden. Die für den Umbau notwendigen Investitionen in Erzeugungskapazitäten und Netze seien von der Energiewirtschaft, den Kommunen und dem einzelnen Bürger zu erbringen. In allen Fällen müsse die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden. Zu diesem Zweck werde die Bayerische Staatsregierung die Energieagentur „Energieinnovativ“ gründen und einen „Energieeffizienzpakt Bayern“ ins Leben rufen.

Dr. Aldo Belloni, Mitglied des Vorstandes, Linde AG, und Kurator des Forum für Zukunftsenergien, beschrieb als Vertreter der energieintensiven Industrien die durch den Umbau der Energieversorgung für die Branche entstehenden Herausforderungen, z. B. durch Störungen in der Netzstabilität und damit in der Versorgungssicherheit. Er appellierte an die Politik, sich für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie

einzusetzen, die sich durch weitere Strompreissteigerungen und zusätzliche finanzielle Belastungen zunehmend verschlechtere. Über ihre Aussagen debattierten Staatsminister Zeil und Dr. Belloni anschließend mit Dr. Diana Kolb, Leiterin Unternehmensentwicklung/Energiewirtschaft, E.ON Energie AG, und dem Abgeordneten des Bayerischen Landtages Ludwig Wörner, energiepolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, unter der Moderation von Dirk Vilsmeier, Bayerischer Rundfunk.

Am 20. Juni 2011 startete das Forum für Zukunftsenergien zusammen mit Dr. Carsten Kreklau und der TU-Campus EUREF gGmbH als neue Veranstaltungsreihe die „**Energiepolitischen Werkstattgespräche – Unternehmensvertreter und Vertreter von NGO im Gespräch**“. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass trotz des Bestehens zahlloser Gesprächskreise und öffentlicher Foren es so gut wie keine institutionalisierte Zusammenkünfte gibt für vertiefende Gespräche zwischen Vertretern der Wirtschaft und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO). Chancen zur Kommunikation gesellschaftsrelevanter Themen bleiben somit weitgehend ungenutzt. Um dieses Defizit zu beseitigen, soll mit den „Energiepolitischen Werkstattgesprächen“ eine Plattform für eine kontinuierliche Dialogmöglichkeit angeboten werden, um bei regelmäßigen Begegnungen mit dem Charakter von Hintergrundgesprächen einen Vertrauen aufbauenden und fördernden Gedankenaustausch zu führen. Die Bereitschaft, sich hierauf einzustellen, bildet eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg dieser Gesprächsrunden. Bei mehrfach im Jahr stattfindenden Treffen soll jeweils ein zuvor gemeinsam abgestimmtes energiepolitisches Thema erörtert werden, wobei der fest umrissene Teilnehmerkreis aus Wirtschaftsunternehmen, NGO und Verbänden etwa vierzig Personen mit beruflicher Anbindung an energiewirtschaftliche Themenstellungen umfassen soll. Anlässlich des ersten Gesprächs und auch bei der Folgeveranstaltung **am 11. September 2011** setzten sich die Teilnehmer in sehr offener und sachlicher Atmosphäre u. a. mit den von den NGO verfolgten Aufgaben und Zielen auseinander, mit ihrer bisherigen Rolle in der Gesellschaft und ihrem für die Zukunft zu erwartenden Einfluss. Außerdem wurde eingehend über das Verhältnis zwischen Wirtschaftsunternehmen und NGO diskutiert.

Am 25. und 26. August 2011 fand bereits zum zweiten Mal für Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten eine „**Sommerakademie**“ statt, bei der im Vordergrund die Vermittlung von Kenntnissen über technische Aspekte der Energiegewinnung und -umwandlung stand.

Die sichere Versorgung der Industrie mit Rohstoffen bildet eine grundlegende Voraussetzung für die industrielle Wertschöpfung und damit für Beschäftigung, Wachstum und Innovation. Politik und Wirtschaft sind daher gefordert, gemeinsam eine ganzheitliche Rohstoffpolitik zu gestalten. Wie dies im Detail realisiert werden kann, war Gegenstand einer **Konferenz** des Forum für Zukunftsenergien **am 28. Juni 2011**. Dr. Rainer Seele, Vorstandsvorsitzender, Wintershall Holding GmbH, betonte mit Nachdruck den hohen Stellenwert einer sicheren Versorgung Deutschlands und Europas mit Rohstoffen. Dafür müssten sowohl stabile und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen vorhanden sein als auch eine Diversifizierung der Lieferländer unter Einschluss Russlands und eine Nutzung aller Transportleitungen

erreicht werden. Eine dauerhafte politische Unterstützung von Energiepartnerschaften mit Produzentenländern sei dafür sehr hilfreich. Seele erinnerte gleichzeitig an die Bedeutung von Investitionen in die Entwicklung von Technologien zur Erkundung und Erschließung von Rohstofflagerstätten in Deutschland.

Die Aktivitäten der Bundesregierung im Rahmen einer strategischen Rohstoffsicherungspolitik präsentierte Prof. Dr. Hans Joachim Kümpel, Präsident, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Dazu rechnet auch die derzeit im Ausbau begriffene Deutsche Rohstoffagentur als zentrale Schnitt- und Informationsstelle mit ihrem Informationssystem für energetische, nichtenergetische und mineralische Rohstoffe. Darüber hinaus unterstützt diese Agentur den Aufbau rohstoffwirtschaftlicher Partnerschaften mit Rohstofflieferländern. Prof. Dr. Kümpel mahnte angesichts des immer schwieriger werdenden Zugangs zu Rohstoffen und der deutschen Importabhängigkeit eine ganzheitliche Rohstoffpolitik an. Die in den Vorträgen enthaltenen Impulse zu einer verbesserten Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft bei der Rohstoffpolitik vertieften bei der folgenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Carl Graf von Hohenthal, Partner, Brunswick Group GmbH, Dr. Seele, Botschafter Stephan Auer, Beauftragter für Globalisierung, Energie und Klimapolitik, Auswärtiges Amt, MinDirig Dr. Thomas Gäckle, Unterabteilungsleiter Rohstoffpolitik, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, und die Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Wellmann, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Edelgard Bulman, SPD-Bundestagsfraktion.

Die von der Politik beschlossene Energiewende und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Einsatz verschiedener Technologien zur Gewinnung von Strom, Wärme und Mobilität waren für das Forum für Zukunftsenergien Anlass zu Veranstaltung eines „**Ersten Fortschrittskongresses**“ am **26. Oktober 2011**, bei dem anhand aufgezeigter aktueller Beispiele aus den Bereichen Photovoltaik, Übertragungsnetze und Batterieentwicklung das Zusammenwirken von Forschung und Anwendung verdeutlicht wurde. Geleitet wurde die Tagung vom Vorsitzenden des Forum für Zukunftsenergien Dr. Werner Brinker. Sein Stellvertreter und Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie Prof. Dr. Eberhard Umbach beschrieb die Rahmenbedingungen, die die Wissenschaft für eine ergebnisoffene Forschungs- und Entwicklungstätigkeit benötigt. Diese hätten auch Bedeutung im Zusammenhang mit der Energiewende und dem weiterhin benötigten Freiraum zur Erforschung eines angemessenen Energiemix, da zukünftige Entwicklungen und Bedürfnisse heute noch nicht absehbar seien. Prof. Dr. Bernd Rech, Institutsleiter, Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH, stellte Forschungs- und Entwicklungsergebnisse aus dem Bereich der Photovoltaik vor. Seiner Auffassung nach repräsentiere die großtechnische Nutzung der Solarenergie kurz-, mittel- und langfristig eine der großen Zukunftsaufgaben, verbunden mit der berechtigten Erwartung beträchtlicher Kostensenkungen bei der Stromerzeugung in der Zukunft.

Aus der Sicht der Anwender beschrieb Ingeborg Esser, Hauptgeschäftsführerin, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und immobilienunternehmen, die Perspektiven von Photovoltaik und Energieeffizienz sowie -einsparung im Gebäudebereich. Besondere Betonung fand die durch die Mehrkosten entstehende Belastungskomponente für Mieter mit der Folge von Segregation und Verschlechterung der sozialen Balance in den

Wohngebieten. Von der Politik forderte sie daher entsprechendes Augenmaß bei der Setzung der Rahmenbedingungen. Mit den sich durch die Energiewende veränderten Anforderungen an das Stromnetz befasste sich Dr. Heinrich Gartmair, Leiter Asset Management, TenneT TSO GmbH. Angesichts neuer Erzeugungs- und Verbrauchsmuster seien für das Design der zukünftigen Netzstruktur zunehmend die Speicherproblematik von Bedeutung sowie die Ausgestaltung der Marktmechanismen. Er definierte daher zusätzlichen Forschungsbedarf in Bezug auf die unterschiedlichen Erzeugungstechniken und das Zusammenwirken von Erzeugung, Verbrauch und Netzen im europäischen Binnenmarkt. Technische Lösungsvorschläge zur Bewältigung der Anforderungen an die Netze präsentierte Dr. Wolfgang Krewel, Director Marketing & Strategy Grid, Alstom Deutschland AG. Er stellte die HV-Gleichstromübertragungstechnik (HVDV) vor, die sich für die Übertragung großer Leistungen über große Entfernungen anbietet, ferner das System der Blindleistungskompensation mittels MSCDN (Mechanically Switched Capacitor with Damping Network) und das Modell des „Smart Grid“.

Im Themenblock „Batterieentwicklung“ bewertete Dr. Thomas Weber, Geschäftsführer, BASF Future Business GmbH, die Schlüsselrolle der Energiespeicherung sowohl für die Elektromobilität als auch den stationären Bereich. Während BASF bei der Elektromobilität Verbesserungen über neue Materialien anstrebe, bemühe man sich, für den stationären Bereich eine kostengünstige und stabile Energieversorgung mittels Großspeicher anzubieten. Aus dem Anwendungsbereich „Elektromobilität“ berichtete Dr. Ulrich G. Alkemade, Project Director Lithium Akkumulator Technologie, Robert Bosch GmbH. Seinen Ausführungen zufolge bildet auf dem wachsenden Markt der Elektrofahrzeuge die Batterie mit zahlreichen Subkomponenten die Schlüsselkomponente. Nachdem die Batterien für HEV (Hybrid Electric Vehicle) und PHEV (Plug-in Hybrid Electric Vehicle) inzwischen Serienreife erlangt hätten, seien nunmehr erste Anwendungen mit begrenzter Reichweite realisierbar. In der anschließenden Diskussion, an der die avisierten Bundestagsabgeordneten wegen Präsenzpflicht im Deutschen Bundestag nicht teilnahmen, nutzten die Vortragenden die Gelegenheit zur inhaltlichen Vertiefung ihrer Darlegungen.

Aktivitäten 2012

Die **Mitgliederversammlung 2012** des Forum für Zukunftsenergien fand auf Einladung der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerin und Kuratorin des Forum für Zukunftsenergien Eveline Lemke am **30. Oktober 2012** in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz beim Bund in Berlin statt. In ihrem Festvortrag zum Thema „Die Energiewende ein Jahr vor der Bundestagswahl“ konstatierte sie berechtigten Optimismus in Anbetracht der bisher erreichten Erfolge. Sowohl das Ausland sehe Deutschland weiterhin auf einem erfolgreichen Weg, als auch die rheinland-pfälzische Bevölkerung zeige Bereitschaft, die mit dem erforderlichen Ausbau der Infrastrukturen verbundenen Nachteile zu akzeptieren. Als abzusehende Herausforderungen identifizierte sie die Ausnahmetatbestände für die energieintensiven Industrien, die Strommarktgestaltung und die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz. Dabei vertrat sie die Auffassung, dass nicht die EEG-Umlage als eigentlicher Preistreiber anzusehen sei, sondern vielmehr der Einsatz der fossilen



Energieträger und verlangte von den Unternehmen, sich durch ressourcenschonendes und innovatives Wirtschaften den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Sie betonte ferner die Bereitschaft der Bundesländer, im Sinne einer gemeinsamen Lösung zugunsten der Realisierung der Energiewende eigene Planungen zu modifizieren, ohne aber Planungskompetenzen an den Bund abzugeben. Hinsichtlich eines zukunftsfähigen Strommarktdesign sprach sie sich für Kapazitätsmärkte aus.

Fast genau ein Jahr nach der Entscheidung der Bundesregierung, mit dem Kernkraft-Moratorium die Energiewende einzuleiten, berichteten **am 28. März 2012 beim „Energieforum 2012“** Vertreter der Energieversorger, der Netzbetreiber sowie der energieintensiven Industrien über ihre in diesem Zeitraum gewonnenen Erfahrungen und diskutierten über zu erwartende Schritte zur weiteren Realisierung des Transformationsprozesses. Der Vorsitzende des Kuratoriums des Forum für Zukunftsenergien und der Deutsche Bank Stiftung Dr. Tessen von Heydebreck erinnerte an die Umstände, unter denen die Energiewende seinerzeit beschlossen worden war und an die sowohl damals als auch noch heute unbeantworteten Fragen, etwa zur finanziellen Dimension dieses gesamten Prozesses. Jochen Homann, Präsident, Bundesnetzagentur und Kurator, Forum für Zukunftsenergie, konstatierte, die Energiewende werde mittlerweile von der Bevölkerung als Generationenprojekt und nicht als ein bloßer Ausstieg aus der Kernenergie wahrgenommen. Einfache Gesetzesänderungen reichten zur Problemlösung keineswegs aus, ebenso wenig ein zentrales Projektmanagement. Angemessen allein sei vielmehr ein Monitoring der Energiewende, dem sich die Bundesnetzagentur annehmen werde. Als Nadelöhr der Energiewende identifizierte Homann den Netzausbau auf der Übertragungs- und Verteilnetzebene. Dabei setze man auf den Netzentwicklungsplan, mit dem die notwendige Akzeptanz bei den Betroffenen, aber auch eine Beschleunigung der Verfahren erreicht werden solle. Dennoch bleibe es Aufgabe der Netzbetreiber, für den raschen Bau der Netze und die dafür nötige Finanzierung Sorge zu tragen.

Der Vortrag von Homann bildete den Auftakt für eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender der EWE AG und des Forum für Zukunftsenergie, mit den Vertretern der Energieversorger Sven Becker, Sprecher der Geschäftsführung, Trianel GmbH, und Dr. Leonhard Birnbaum, Mitglied des Vorstandes, RWE AG, sowie dem Vertreter der energieintensiven Industrie Wilfried Köplin, Leiter Konzern-Energiepolitik, Bayer AG, die alle auch dem Kuratorium des Forum für Zukunftsenergien angehören. Weitere Diskussionsteilnehmer waren Dr. Christian Schneller, Leiter Recht und Politik, TenneT TSO GmbH, und Caspar Baumgart, Vorstand, WEMAG AG.

Bei der Sitzung des **Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ am 29. Februar 2012** wurde die im Rahmen der Energiewende im Zusammenhang mit der neu definierten Rolle der erneuerbaren Energien begonnene Debatte über Netzstabilität, Versorgungssicherheit und mögliche Änderungen des Strommarktdesign auf der Grundlage aktueller Studien fortgesetzt. Die Tagesordnung der Zusammenkunft **am 25. April 2012** sah eine Beschäftigung mit der Rolle der Akzeptanz und Kommunikation, der Neuordnung des Energiewirtschaftsgesetzes und der Projektsteuerung als Eckpfeiler bei der Energiewende vor. Auf der Mitteilung der EU-Kommission zur einheitlichen Förderung der erneuerbaren

Energien in Europa aufbauend berieten die Teilnehmer der Sitzung **am 12. September 2012** über die aktuell existierenden Fördersysteme und über mögliche Vor- bzw. Nachteile einer europaweiten Vereinheitlichung sowie deren Angemessenheit. Im Mittelpunkt der Diskussion des Arbeitskreises bei seiner Sitzung **am 21. November 2012** stand die Bewertung der Notwendigkeit und der möglichen Ausgestaltung eines Strommarktdesign 2050 angesichts des Wegfalls der wirtschaftlichen Grundlagen für den Betrieb konventioneller Erzeugungskapazitäten.

Um die nationalen CO²-Einsparziele zu erreichen, ist zukünftig auch beim Schienenverkehr eine Versorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien erforderlich. Wie die dafür notwendige Umstellung gestaltet werden könnte und welche Hürden dabei derzeit und künftig zu nehmen sein werden, erörterte der **Arbeitskreis „Energie & Verkehr“ am 25. Januar 2012** unter der Leitung seines ehrenamtlichen Vorsitzenden Dirk Inger, Unterabteilungsleiter Klima- und Umweltschutz, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Bei der Sitzung **am 13. Juni 2012** zogen die Teilnehmer eine Zwischenbilanz zum Thema „Elektromobilität“. Während am Beispiel von zwei regionalen Förderprojekten gewonnene Erfahrungen und Ergebnisse aufgezeigt wurden, konzentrierte sich die anschließende Diskussion darauf, welche Entwicklungsschritte bislang insgesamt vollzogen worden sind und welche Pfade in der Zukunft zu beschreiten sein werden. Mit den Zukunftsaussichten eines auf Erdgas beruhenden Mobilitätssystems befasste sich der Arbeitskreis „Energie & Verkehr“ **am 7. November 2012**. Über die notwendigen Rahmenbedingungen für einen vermehrten Einsatz dieses Energieträgers auf dem Verkehrssektor debattierten Vertreter der Energieversorger und des Verkehrsgewerbes sowie Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Anfang Dezember 2012 endete ein umfassender Fachdialog zwischen einer Vielzahl von Akteuren des Transport- und Verkehrswesens zur Erarbeitung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung, den das Bundesverkehrsministerium organisiert hatte. Dieser bot für den Arbeitskreis **am 12. Dezember 2012** Anlass, sich mit den bei dem neugestalteten Beteiligungsprozess gewonnenen Erfahrungen zu befassen.

Bei der Veranstaltungsreihe „**European Energy Colloquium**“ in Brüssel stand am **7. März 2012** im Mittelpunkt die von der EU-Kommission vorgestellte „Energy Roadmap 2050“. Den Darlegungen von Olivier Onidi, stellvertretender Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, zufolge werden darin unterschiedliche Szenarien analysiert, um das bei gleichzeitiger Gewährleistung von Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit für 2050 angestrebte Dekarbonisierungsziel von 80 – 90 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen. Dessen Realisierung werde bestätigt, gleichzeitig aber auch herausgestellt die Notwendigkeit umfangreicher Investitionen, von Energieeinsparmaßnahmen auf allen Ebenen, eines deutlichen Anstiegs der erneuerbaren Energien, des Einsatzes der CCS- Technologie und eines Beitrages der Kernenergie bei mittelfristig steigenden Kosten für Strom und Wärme. Aus der Sicht von Kim Moller Mikkelsen, Danish Energy Association, besteht die entscheidende Herausforderung bei der Entscheidung, in welche neuen Kraftwerkskapazitäten investiert werden solle angesichts des Umstandes, dass die Politik CO²-arme Technologien fordere, der Kohlepreis aber zugunsten von Investitionen in fossile

Kapazitäten spreche. Folglich müssten für CO²-arme Technologien finanzielle Anreize geschaffen werden. Er forderte daher eine europaweit einheitliche Netzregulierung und verstärkte Anstrengungen bei der Einhaltung der Effizienzziele.

Nach dem Worten von Adam Janczak, Attaché, Ständige Vertretung der Republik Polen bei der EU, begrüßt die polnische Regierung die vorgestellten Szenarien insgesamt, bemängelt aber gleichzeitig eine fehlende Technologieneutralität und Übergewichtung der erneuerbaren Energien, das Fehlen eines internationalen Klimaschutzabkommens und einer Bewertung der Kostenentwicklung sowie der zukünftigen Rolle von Erdgas. Das europäische Emissionshandelssystem stelle zwar ein die derzeitige Kostensituation korrekt abbildendes Instrument der europäischen Klimaschutzpolitik dar. Überlegungen zur Vermeidung des Carbon-Leakage-Effekts und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien müsste aber weiter nachgegangen werden. Die Statements bildeten den Impuls für die nachfolgende, unter der Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, geführte Diskussion mit den Europaabgeordneten Herbert Reul, EVP, Norbert Glante, S & D, Holger Kraemer, ALDE, und Sabine Wils, GUE/NGL, über die Erwartung, ob angesichts der steigenden Kosten auch mittelfristig mit einer politischen Zustimmung zu den derzeitigen Klimaschutzzielen gerechnet werden könne.

Dem Thema „Erneuerbare Energien – Ist ein einheitlicher Fördermechanismus notwendig und möglich?“ gewidmet waren die Beratungen des „**European Energy Colloquium**“ am **26. Juni 2012**. Den Ausgangspunkt bildete eine vom ehrenamtlichen Vorsitzenden des EEC Prof. Dr. Michael Köhler, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, in einzelnen skizzierte EU-Kommissions-Mitteilung, die Wege zur Erreichung des angestrebten Zubaus von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien aufzeigt. Angedacht seien neben Investitionsanreizen zur Kostensenkung und Vermeidung von Überkompensation eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedsländer bei der Nutzung der erneuerbaren Energien. Mit der aktuellen Festlegung der Entwicklung bis 2030 wolle die EU-Kommission einen Wachstumseinbruch bei den erneuerbaren Energien nach 2020 verhindern, etwa durch die Verankerung weiterer Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen. MinDirig Berthold Goeke, Unterabteilungsleiter Erneuerbare Energien, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, begrüßte den neuen Ansatz, zunächst den bestehenden Rechtsrahmen umzusetzen und erst später über neue Regeln zu entscheiden, denn nur durch dieses zweistufige Vorgehen werde ein verlässlicher Rahmen für die erneuerbaren Energien garantiert. Ebenso unterstützte er die Festschreibung einer verbesserten Koordinierung der Förderpolitiken der Mitgliedsstaaten mit dem daraus entspringenden Vorteil einer besseren Abstimmung geeigneter Standorte sowie die Entscheidung, einen angepassten EU-Förderrahmen erst nach weiterer gründlicher Diskussion festzulegen.

Als erfolgreich bewertete Dr. Volkmar Pflug, Vice President Strategies, Market and Competitive Intelligence, Siemens AG, das Vorgehen zahlreicher Mitgliedsländer bei der Umsetzung der europäischen 20-20-20-Ziele, verwies aber auch auf die Defizite bei der notwendigen CO²- Reduzierung im Bereich der konventionellen Stromerzeugung, beim Netzausbau und der Energiespeicherung. Gegen eine einheitliche europäische Energiepolitik sprächen sowohl unterschiedliche Regulierungsmaßstäbe als auch der unterschiedliche Energiemix, selbst wenn ein einheitlicher Rahmen für erneuerbare Energien und deren

Netzintegration dringend geboten sei. Unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, diskutierten die Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper, EVP, und Holger Kraemer, ALDE, über die Darlegungen der Referenten. Dabei wurde deutlich, dass mehrheitlich eine einheitliche Förderung der erneuerbaren Energien zwar als notwendig, aber nicht als realisierbar angesehen wird.

Angesichts des Vorschlages der EU-Kommission, Emissionsrechte temporär zu verknappen, um einem weiteren Preisverfall der Zertifikate entgegenzuwirken, nahm sich das „**European Energy Colloquium**“ am **18. September 2012** der Problematik einer zukünftigen Ausgestaltung des Emissionshandelsrechtes an. Nach einer Beschreibung der Funktionsweise des europäischen Emissionshandelssystems mit Beginn der dritten Handelsperiode ab 2013 durch Peter Zapfel, GD Klimapolitik, EU-Kommission, hob dieser hervor, dass das System aufgrund des durch makroökonomische Entwicklungen eingetretenen Preisverfalls der Zertifikate auf dem Prüfstand stehe, da nach Meinung der EU-Kommission aufgrund dieser Entwicklung nicht mehr ausreichende Investitionsanreize für emissionsarme Technologien gesetzt würden. Daher solle über ein „Back-Loading“ eine bestimmte Menge von Zertifikaten zunächst vom Markt genommen und erst zum Ende der dritten Phase wieder zur Verfügung gestellt werden. Dr. Stefan Ulreich, Bereich Energiepolitik, E.ON AG, bestätigte die Einschätzung, dass der derzeitige Zertifikatspreis nicht die notwendigen Impulse setze und plädierte deshalb für ein verbindliches CO₂-Minderungsziel auf EU-Ebene bis 2030 unter Einschluss eines dauerhaften Entzuges von Zertifikaten. Über die Darlegungen der beiden Referenten wurde anschließend zusammen mit dem Europaabgeordneten Herbert Reul, EVP, und Prof. Dr. Michael Köhler, ehrenamtlicher Vorsitzender des EEC und Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, diskutiert.

Am 5. Dezember 2012 analysierte das „**European Energy Colloquium**“ den Inhalt einer kurz zuvor von der EU-Kommission veröffentlichten Mitteilung zum aktuellen Stand der Umsetzung des Dritten Energiebinnenmarktpaketes. Nach einer Einleitung durch den ehrenamtlichen Vorsitzenden Prof. Dr. Michael Köhler, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, in der er die Bedeutung des Binnenmarktes für die Energieversorgungssicherheit und die Signalwirkung gegenüber Drittländern betonte, gab Michael Hager, Kabinettsmitglied des EU-Kommissars Günther Oettinger, einen Überblick über Inhalt und Hintergründe dieser Mitteilung. Demzufolge seien zwanzig Monate nach Ablauf der Frist mehrere Staaten mit der Umsetzung des Dritten Binnenmarktpaketes immer noch in Verzug. Daraus ergäben sich wirtschaftliche Nachteile für die Verbraucher. Deshalb fordere die EU-Kommission weiterhin mit Nachdruck einen problemlosen Versorgerwechsel und die Einführung intelligenter Messsysteme, lehne regulierte Preise aber ab. Hinsichtlich von Kapazitätsmechanismen spreche sie sich zugunsten gesamteuropäischer Lösungen aus.

Dr. Michael Wunnerlich, Geschäftsführer, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, zeigte sich angesichts unterschiedlicher Preisbildungsmechanismen und Fördersysteme in den Mitgliedsstaaten skeptisch in Bezug auf den angestrebten Zeitplan zur Vollendung des Energiebinnenmarktes und warb für ein zukünftig europäisches



Strommarktdesign in Form des Konzepts einer strategischen Reserve. Johannes Kleis, Head of Communications, Europäischer Verbraucherverband BEUC, kommentierte die Sachlage mit Blick auf die Belange der Verbraucher und stellte fest, dass der Energiebinnenmarkt die Idee vom aktiven Verbraucher nicht widerspiegeln. Allerdings seien die Erwartungen an den Verbraucher teilweise ebenfalls nicht realistisch, da dieser sich für Energie nur solange interessiert, wie die Stromversorgung mit einer Schalterdrehung funktioniert. Mit intelligenten Zählern und Preisvergleichen sei er bereits überfordert. U.a. das Verhalten eines durchschnittlichen Stromkunden stand im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion mit den Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper, EVP, Claude Turmes, Die Grünen/EFA, sowie Norbert Glante, S & D, unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien.

Wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren fand **am 27. und 28. August 2012** die **„Sommerakademie“** statt, bei der Mitarbeitern von Abgeordneten des Deutschen Bundestages Informationen über die energieintensiven Industrien in Deutschland und ihre durch energiepolitische Entscheidungen verursachten wirtschaftlichen Belastungen präsentiert wurden. Aufgrund von Anfragen aus dem Kreis der Mitarbeiter deutscher Europaabgeordneter in Brüssel wurde dort **am 30. und 31. August 2012** eine **„European Summer School“** veranstaltet und Kenntnisse zum Themenbereich „Gewinnung von Primärenergien und Wandlungstechnologien“ vermittelt.

Auf Einladung des Bundespräsidenten und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt organisierte das Forum für Zukunftsenergien im Garten des Schlosses Bellevue in Berlin als Beitrag zur „Woche der Umwelt“ **am 6. Juni 2012** ein **Fachforum** zum Thema „Der Beitrag der energieintensiven Industrie zur Energiewende“. Den Ausführungen von Dr. Henning Schliephage, Mitglied der Geschäftsführung, Georgsmarienhütte GmbH, als Vertreter des Stahlindustriewerks zufolge leistet dieser Wirtschaftszeitung mit dem Produkt Stahl als wichtigem Industriewerkstoff für die Nutzung der erneuerbaren Energien bereits entscheidende Beiträge zur Energiewende, aber auch durch Erfolge bei der Effizienzsteigerung der Produktionsprozesse über die damit erreichten Einsparungen beim Primärenergieverbrauch und der Verringerung der CO₂-Emissionen. Das wirtschaftliche Überleben hänge auch in Zukunft weitgehend von den bislang gewährten Ausnahmebestimmungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz und deren Weitergeltung ab. Auf der Grundlage dieser Anmerkungen fokussierte sich die anschließende Diskussion mit Dietmar Schütz, Präsident, Bundesverband Erneuerbare Energien, und Kurator, Forum für Zukunftsenergien, unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, auf die Frage, wie mit den durch die Energiewende verursachten Kostensteigerungen bei Strom und Wärme umzugehen sei. Schütz betonte die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, auf die energieintensiven Industrien in Deutschland als Teil der Wertschöpfungskette auch weiterhin zurückgreifen zu können. Einen Ausweg aus den Kostenlasten der Energiewende sah er in deren teilweisen Finanzierung aus Steuermitteln.

Vor der Verabschiedung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie und ihrer Umsetzung in nationales Recht bewerteten Vertreter mehrerer betroffener Branchen deren Inhalt im



Rahmen einer **Konferenz** des Forum für Zukunftsenergien **am 27. Juni 2012**. Der Schattenberichterstatter zur Energieeffizienz-Richtlinie, der EVP- Abgeordnete Dr. Markus Pieper, skizzierte den wesentlichen Inhalt des zwischen EU-Parlament und EU-Kommission erlangten Kompromisses zur inhaltlichen Ausgestaltung der Richtlinie und fand kritische Worte für den Beitrag der Bundesregierung und für die mangelhafte Beteiligung des EU-Parlaments im Trilogverfahren. Zufriedenheit mit dem gefundenen Kompromiss signalisierte Ingeborg Esser, Hauptgeschäftsführerin, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, insbesondere mit der Beschränkung der jährlichen Sanierungsquote im öffentlichen Gebäudebestand auf drei Prozent. Soweit die Mitgliedstaaten aufgefordert sind, Unterstützungsmaßnahmen zur Mobilisierung von Investitionen in den Gebäudebestand auf den Weg zubringen, sprach sie sich gegen starre Vorgaben aus und mahnte an sicherzustellen, dass die Wohnungsmieten bezahlbar blieben. Wilfried Köplin, Leiter Konzern-Energiepolitik, Bayer AG, und Kurator , Forum für Zukunftsenergien, stufte als Vertreter der energieintensiven Industrien die Festlegung eines jährlichen absoluten Effizienzziels von 1,5 Prozent als Wachstumsbremse ein und verlangte stattdessen eine Definition der Energieeffizienz als Relation zwischen Energieverbrauch und Bruttoinlandprodukt. Unabhängig davon benötigten die energieintensiven Industrien keine regulatorischen Vorgaben zur Effizienzverbesserung, da die Reduktion der Energiekosten einen kontinuierlich entscheidenden Wettbewerbsfaktor darstelle. Eine Aufstellung nationaler Fahrpläne zur Senkung des Energieverbrauchs in Gebäuden zeige hingegen in die richtige Richtung, da die spezifischen Kosten zur CO²-Reduzierung durch Effizienzmaßnahmen um ein Vielfaches geringer seien als die Stromerzeugung mittels erneuerbarer Energien. Auch Dr. Hans-Jörn Weddige, Vice President Environment & Climate, ThyssenKrupp AG, kritisierte die in der Richtlinie vorgesehenen statischen Energieeinsparvorgaben, da sie auf wirtschaftlicher Grundlage eingeleitete Kostenreduzierungsmaßnahmen nicht berücksichtigten. Höhere Produkt- und damit Prozessanforderungen oder strengere Umweltauflagen könnten im Übrigen trotz realisierter Effizienzsteigerungen zu einem rechnerisch schlechteren Effizienzgrad führen. Er verlangte daher, eine Doppelbelastung der Industrie durch sowohl die Energieeffizienz-Richtlinie als auch den EU-Emissionshandel zu verhindern.

Aus der Sicht eines Energieversorgers, der gemäß der Richtlinie verpflichtet werden soll, den Energieverbrauch der Kunden jährlich um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu reduzieren, nahm Harald Halfpaap, enercity, Stellung. Seiner Erfahrung nach zeigten die Kunden trotz der Wirtschaftlichkeit von Effizienzmaßnahmen kaum Interesse an deren Nutzung. Er plädierte daher für eine transparente Information der Bürger über die Kosten der Energiewende und befürwortete zur Verbesserung der Energieeffizienz direkte ordnungspolitische Vorgaben für Endverbraucher und Produzenten. An der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, beteiligten sich die Bundestagsabgeordneten Dr. Georg Nüßlein, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Kauch, FDP-Bundestagsfraktion, und Oliver Krischer, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Nach der gelungenen Premiere im vorangegangenen Jahr lud das Forum für Zukunftsenergien **am 28. November 2012** zum „**Zweiten Fortschrittskongress**“ ein, um

erneut eine Plattform zur Präsentation aktueller Forschungsaktivitäten und Entwicklungen in den Bereichen Energiemanagementsysteme, Verteilnetze und Biofuels zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende zu bieten. Die Veranstaltung leitete der Vorsitzende des Forum für Zukunftsenergien Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG. Sein Stellvertreter und Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie Prof. Dr. Eberhard Umbach verglich das Projekt der Energiewende in Deutschland mit dem früheren Apollo-Projekt der USA, denn damals wie heute müssten die benötigten Technologien erst noch entwickelt werden. Trotz des zeitlich zurückliegenden Startschusses seien wesentliche Beteiligte immer noch zögerlich. Dabei müssten zugunsten überzeugender Lösungen das gesamte Energiesystem und nicht nur Systemteile optimiert werden unter Einsatz von viel Geld, Engagement und Überzeugungskraft der gesamten Bevölkerung. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und Kurator des Forum für Zukunftsenergien Stephan Kapferer sah die bereits eingeleiteten Entwicklungen weniger skeptisch und den Zeitplan beim Ausbau der erneuerbaren Energien als vorzeitig erfüllt an. Dennoch müsse das System zu dessen weiterer Förderung auf den Prüfstand, da feste Vergütungen keine Innovationen anreizen. Die zukünftige Entwicklung der Energiewende werde sich im politischen Diskurs entscheiden, nicht in konzertierten Aktionen.

Projekte ihres Unternehmens zur Unterstützung der Energieeinsparung beim Kunden über Energiemanagementsysteme stellte Gabriele Riedmann de Trinidad, Leiterin Konzerngeschäftsfeld Energie, Deutsche Telekom AG, anhand von Beispielen zum „Smart Metering & Home“ und „Smart Grids“ vor. Sie betonte, dass trotz der erreichbaren Energieeinsparung durch eine Vernetzung von Verbraucher und Erzeuger nur wenige Kunden bereit seien, die hierfür anfallenden Kosten zu übernehmen. Dass die Kunden allein aus Komfortgründen sich für Smart-Home-Produkte entscheiden und nicht unter dem Gesichtspunkt der damit zu erzielenden Energieeinsparung bestätigte Dr. Jörg Hermsmeier, Leiter Forschung und Entwicklung, EWE AG. Zusätzlich präsentierte er verschiedene Initiativen seines Unternehmens zur Nutzung eines integrierten Einspeise- und Lastmanagements unter Einbeziehung der Endkunden, z. B. die Nutzung von Kühlhäusern als „Stromspeicher“. Mit Überlegungen, wie dezentrale und volatile Einspeisungen in das Verteilnetz bewältigt werden können, beschäftigten sich Dr. Britta Buchholz, ABB AG, aus der Sicht des Produktentwicklers und Dr. Andreas Breuer, RWE AG, aus der Sicht des Anwenders. Dr. Buchholz betonte die dabei entscheidende Rolle des Einsatzes intelligenter Mess- und Regeltechnik, die aber die Beteiligung eines Großteils der Stromkunden voraussetze. Entsprechende Anreize zur Umgestaltung des Marktumfeldes müssten daher angeboten werden. Am Projekt „AmpaCity“, bei dem sein Unternehmen erstmalig innerstädtisch ein supraleitendes Hochspannungskabel einsetzt, zeigte Dr. Breuer Möglichkeiten auf, mit intelligenten Lösungen sich auf die gestiegene Komplexität des Betriebs von Mittel- und Niederspannungsnetzen einzustellen. Weitere Initiativen zur Netzsteuerung, um die notwendige Systemstabilität zu gewährleisten, kündigte er an.

Der dritte Themenblock der Veranstaltung war den sogenannten Biofuels und den an diese gestellten Anforderungen gewidmet. Gerd Seber, DPD GeoPost Deutschland GmbH, bewertete deren Einsatz zu CO²-Reduzierung im Rahmen des Pakettransportes positiv, verlangte aber eine Verbesserung bei den Kosten und der Verfügbarkeit sowie eine technische Anpassung der Fahrzeuge. Claus Sauter, Vorstandsvorsitzender, VERBIO AG,



stellte das integrierte Angebotskonzept seines Unternehmens vor, das sowohl die Produktion von Kraftstoffen ausschließlich aus Reststoffen als auch deren Vertrieb an Tankstellen umfasst und damit Problemfelder wie Monokulturen und Nahrungsmittelkonkurrenz ausschließt. Die Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Neumann, FDP-Bundestagsfraktion, und Michael Gerdes, SPD-Bundestagsfraktion, zeigten sich in der Diskussion mit Prof. Dr. Umbach und Dr. Brinker von den Praxisbeispielen beeindruckt. Es bestand Konsens darüber, dass die Ausbildung von Fachkräften verbessert und das Interesse in den Schulen an den relevanten Technikthemen geweckt werden müsse.

Aktivitäten 2013

Bei der **Mitgliederversammlung 2013** am **25. Oktober 2013** fand die turnusmäßige Wahl des Vorstandes des Forum für Zukunftsenergien statt. Prof. Dr. Eberhard Umbach, ehemaliger Präsident, Karlsruher Institut für Technologie, kandidierte nicht für eine Wiederwahl und wurde daher mit Dank für seine geleistete Unterstützung verabschiedet. Wiedergewählt wurden Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG, Dr. Peter Blauwhoff, Vorsitzender der Geschäftsführung, Deutsche Shell Holding GmbH, Dr. Ulrich von Deessen, Leiter des Kompetenzzentrums Umwelt, Gesundheit & Sicherheit, BASF SE, und Dr. Hans-Jürgen Witschke, Vorsitzender der Geschäftsführung, DB Energie GmbH. Neu in den Vorstand gewählt wurde Prof. Dr. Ulrich Wagner, Wissenschaftlicher Vorstand für Energie & Verkehr, DLR. In der sich anschließenden Vorstandssitzung wurde Dr. Brinker als Vorstandsvorsitzender des Forum für Zukunftsenergien bestätigt, Dr. Blauwhoff wurde zu seinem Stellvertreter gewählt.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Teils der Mitgliederversammlung stand die Festrede des sächsischen Wirtschaftsministers und Kurator des Forum für Zukunftsenergien Sven Morlock. Unter der Überschrift „Plädoyer für eine ideologiefreie, marktorientierte Energiepolitik“ stufte er die Energiewende als bislang beispielelose energiepolitische Herausforderung für Deutschland ein. Allerdings schwinde zunehmend die anfängliche Akzeptanz bei Wirtschaft und privatem Verbraucher, da durch konzeptionsloses und unkoordiniertes Vorgehen Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung verloren gingen und stattdessen planwirtschaftliche Vorgehensweisen zu Ineffizienz und Instabilität führten. Er forderte, der Energiepolitik ein stimmiges, von Effizienz geprägtes Konzept zugrunde zu legen und Wirtschaft und private Verbraucher von unnötigen Steuern und Abgaben zu befreien. Bei der weiteren Entwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetz empfahl er, schnell zu einer Marktintegration der erneuerbaren Energien vorzustoßen und ein nachfragegerechtes und marktorientiertes Energieangebot zu honorieren. Schließlich müsse die Energiepolitik für eine technologieoffene, wettbewerbsorientierte und verlässliche Förderung von Forschung und Entwicklung Sorge tragen.

Beim jährlich vom Forum für Zukunftsenergien ausgerichteten „**Energieforum 2013**“ konzentrierte sich **am 20. März 2013** angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl die Aufmerksamkeit auf Lösungsansätze zur Realisierung der Energiewende und die daraus resultierenden Erwartungen und Empfehlungen an die nächste Bundesregierung. Nach der



Einführung in das Thema durch den Kuratoriumsvorsitzenden Dr. Tessen von Heydebreck, Deutsche Bank Stiftung, begründete der stellvertretende Vorsitzende des Forum für Zukunftsenergien Prof. Dr. Eberhard Umbach, Präsident, Karlsruher Institut für Technik, die Forderung an die Bunderegierung, zur Umsetzung der Energiewende unter Berücksichtigung der Vorgaben der europäischen Energiepolitik eine genaue Zieldefinition für eine neue Energieinfrastruktur vorzugeben. Es dürfe nicht auf Teilbereiche abgestellt und Interessen von Wirtschaft und Gesellschaft getrennt betrachtet werden. Vielmehr müsse dringend in einem nächsten Schritt das Erneuerbare-Energien-Gesetz durch ein neues, marktorientiertes, flexibles und international anwendbares Instrument ersetzt werden. Ferner seien verbesserte Rahmenbedingungen für mehr Innovationen zu schaffen, um den Wohlstand und damit die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern. Diese Erwartungen und Empfehlungen wurden im Anschluss unter der Moderation des Vorstandsvorsitzenden des Forum für Zukunftsenergien Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG, in einer Podiumsdiskussion mit den Kuratoren Matthias Machnig, Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie, Stephan Kapferer, Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, und Prof. Dr. Marc O. Bettzüge, Geschäftsführender Direktor und Vorsitzender der Geschäftsführung, Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln, kontrovers erörtert.

Der durch die Umsetzung der Energiewende sich ändernde Energiemix in Deutschland stellt das derzeitige Strommarktdesign zunehmend in Frage. Unter der ehrenamtlichen Leitung von Dr. Frank-Michael Baumann, Geschäftsführer, EnergieAgentur.NRW, setzte der **Arbeitskreis „Zukunftsenergien“ am 30. Januar 2013** seine im November 2012 begonnene Debatte über die mögliche Ausgestaltung eines Strommarktdesign 2050 und die dafür nötigen kurz- und mittelfristigen Schritte fort. Möglichkeiten zur Befreiung der energieintensiven Industrien von Belastungen aufgrund von Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende, die Auswirkungen der strengen EU-Wettbewerbsregeln auf die Position dieser Industrien im internationalen Wettbewerb und die Weiterentwicklung des EU-Emissionshandels standen im Mittelpunkt der Erörterung **am 17. April 2013**. Die erste Sitzung des Ausschusses in der neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages war **am 18. Dezember 2013** vorrangig den Erwartungen an die Energiepolitik der neuen Bundesregierung gewidmet, wobei der Fokus auf Themen wie Kapazitätsmärkte, Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz, Ausbau der Verteilnetze, Instrumente für den Wärmemarkt und die Rolle der energieintensiven Industrien gerichtet war.

Mit der von der EU-Kommission im Januar 2013 in ihrem Strategiepapier „Saubere Energie für den Verkehr“ vorgeschlagenen alternativen Kraftstoffstrategie für Europa und den entsprechenden Plänen zur Schaffung der dafür erforderlichen Infrastrukturen beschäftigte sich der **Arbeitskreis „Energie & Verkehr“** in seiner Sitzung **am 20. Februar 2013**.

Am Vorabend der Veröffentlichung des Grünbuchs der EU-Kommission über die Energie- und Klimapolitik 2030 diskutierten die Teilnehmer des **“European Energy Colloquium“ am 26. März 2013** über dessen Inhalt. Der Einleitung durch den ehrenamtlichen Vorsitzenden des EEC Prof. Dr. Michael Köhler, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger,

zufolge wird mit diesem Dokument das Ziel verfolgt, sich auf die Verhandlungen über ein internationales Klimaschutzabkommen Ende 2015 vorzubereiten und den Investoren ausreichende Planungssicherheit zu bieten für möglichst frühzeitige und dann auch kosteneffizientere Entscheidungen zugunsten von CO²-Minderungsmaßnahmen. Dabei gehe es im Wesentlichen um einen Konsultationsprozess über die Ausgestaltung der energie- und klimaschutzpolitischen Ziele für 2030 und über die Kohärenz der verschiedenen Politikinstrumente, auch unter Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrien. Im Vordergrund stehe dabei die Entscheidung, ob die Europäische Union sich ihre Vorreiterrolle beim Klimaschutz leisten könne. Ein Vorschlag sei Anfang 2014 zu erwarten, um dann im Jahre 2015 über Ziele und Zeiträume zu entscheiden. RDir'in Dr. Silke Karcher, Referatsleiterin Grundsatzfragen der Europäischen Klima- und Energiepolitik, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, unterstrich die weiterhin bestehende Notwendigkeit zur Fortsetzung einer engagierten und ambitionierten Klimapolitik unter Berücksichtigung des mit Zwei-Grad-Ziels. Dennoch dürfe eine Diskussion über die Energie- und Klimaziele bis 2030 nicht an die Stelle der kurzfristigeren bis 2020 treten. Mit Blick auf das EU-Emissionshandelssystem betonte sie dessen Erfolg und weltweite Vorbildfunktion und widersprach damit Prof. Dr. Köhler, nach dessen Einschätzung dieses System außerhalb Europas skeptisch bewertet werde.

Als Vertreter der chemischen Industrie hob Dr. Wolfgang Weber, Vice President Communications & Government Relations, BASF SE, die Bedeutung der Thematik für die chemische Industrie und deren Relevanz für den Klimaschutz hervor. Er sprach sich für eine technologieoffene, sich an realistischen und konsistenten Zielen orientierende und damit Wachstum unterstützende Energiepolitik aus. Darüber hinaus müsse die Energiepolitik EU-weit abgestimmt sein und sowohl eine angemessene Förderung der erneuerbaren Energien als auch Rahmenbedingungen für möglichst europäische Kapazitätsmärkte vorsehen. Unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, erörterten die Europaabgeordneten Claude Turmes, Die Grünen/EFA, und Jürgen Creutzmann, ALDE, diese Ausführungen.

Das „**European Energy Colloquium**“ des Forum für Zukunftsenergien beriet im Vorfeld der Veröffentlichung einer entsprechenden Mitteilung der EU-Kommission anlässlich seiner Sitzung **am 10. Juli 2013** über die darin verankerten Vorstellungen zur Ausgestaltung von Kapazitätsmechanismen für Elektrizitätsmärkte. Der an die Stelle von Prof. Dr. Michael Köhler tretende neue ehrenamtliche Vorsitzende des EEC Michael Hager, neuer Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, begründete diese Vorgehensweise mit der Notwendigkeit, unkoordinierte nationale Kapazitätsmechanismen und daraus folgend marktverzerrende Auswirkungen zu verhindern. Den Inhalt der zu erwartenden Leitlinien stellte Dr. Oliver Koch, GD Energie, EU-Kommission, vor. Demzufolge sollen vor der Einführung von Kapazitätsmechanismen Ursache und Umfang der zugrunde liegenden Problematik eingehend untersucht und unter Ausklammerung einer nationalen Sichtweise z. B. das Vorhandensein ausländischer Erzeugungskapazitäten, der Umfang des Einsatzes erneuerbarer Energien und die Spielräume eines Lastmanagements geprüft werden. Ursachen wie etwa regulierte Preise, marktverzerrende Fördersysteme oder fehlende Balancing-Märkte müssten vorrangig ausgeschlossen werden. Die Palette denkbarer

Modelle umfasse eine strategische Reserve, ein Ausschreibungssystem oder komplette Kapazitätsmärkte, die offen sein müssen für alle grenzüberschreitenden Anbieter, technologieutral, zeitlich begrenzt und mit transparenten Kostenregelungen versehen.

Die in Deutschland geführte Diskussion über Kapazitätsmärkte und insbesondere das vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft favorisierte Modell einer strategischen Reserve beschrieb dessen Geschäftsführer Dr. Michael Wunnerlich. Demnach soll in einer transparenten, diskriminierungsfreien und marktbasieren Auktion ein Pool von aus wirtschaftlichen Gründen stillzulegenden Kraftwerken ermittelt werden, die dann zum Einsatz kommen, wenn die Stromnachfrage das Angebot der regulären Erzeugungsanlagen übersteigt. Zusammen mit dem Verband kommunaler Unternehmen habe der BDEW kürzlich eine gemeinsame Position zu dieser Thematik entwickelt. Als Kernpunkte würden die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und unter Einbindung des europäischen Binnenmarktes die Weiterentwicklung marktgerechter Rahmenbedingungen gefordert, um einen technologieoffenen Wettbewerb und eine Kostenminimierung anzureizen.

Die Ergebnisse einer von Siemens AG und McKinsey & Company gemeinsam erarbeiteten Studie über mögliche Strommärkte im Rahmen eines europäischen Stromerzeugungssystems stellten Dr. Sören Buttgerit, Siemens AG, und Fabian Herberg, McKinsey & Company, vor. Der zufolge besteht in Anbetracht des heutigen Marktdesign die Gefahr, dass bis 2022 die derzeit gesicherte Leistung zur Deckung der Nachfrage nicht ausreichen werde und dass selbst bei vergleichbaren Gesamtkosten der einzelnen Modelle die Effekte auf die Marktakteure sich stark unterscheiden. In der anschließenden Podiumsdiskussion unter Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, mit den Europaabgeordneten Herbert Reul, EVP, und Jürgen Creutzmann, ALDE, sowie den Vortragenden wurde insbesondere die Zustimmung zu einem verhaltenen Vorgehen der EU-Kommission und der Einbindung in einen gemeinsamen europäischen Rahmen erkennbar.

Bei der Sitzung des „**European Energy Colloquium**“ am **25. September 2013** in Brüssel ging es um die Frage, wie europäisch die Energiepolitik der neuen Bundesregierung sein sollte. Michael Hager, ehrenamtlicher Vorsitzender des EEC, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, betonte ausdrücklich die hohen Erwartungen Brüssels gegenüber der neuen Bundesregierung bei der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz, der Beschleunigung des Ausbaues der Infrastrukturen, der europäisch abgestimmten Ausgestaltung des Strommarktdesign und den Maßnahmen aufgrund anhängiger EU-Beihilfebeschwerden. Die Leiterin der Brüsseler E.ON-Repräsentanz Vera Brenzel skizzierte die aktuelle Situation der deutschen Stromerzeuger, die aufgrund der Marktverwerfungen zur Abschaltung weiterer unwirtschaftlicher Kraftwerke gezwungen seien. Damit werde die Situation der Verbraucher mit Blick auf Versorgungssicherheit und Energiekosten immer bedrohlicher. Einen Ausweg sehe sie in einem Strommarktmodell, das eine schrittweise Integration der erneuerbaren Energien in den Markt vorsehe und in einer Stärkung des CO²-Emissionszertifikatehandels.

Rainer Hinrichs-Rahlwes, President European Renewable Energy Council, formulierte die Erwartung an die neue Bundesregierung als Forderung nach Beschleunigung der Energiewende, Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetz, Überprüfung der

Ausnahmeregelungen für die energieintensiven Industrien, Gestaltung eines neuen Strommarktdesign, Verwirklichung der europäischen Klimaschutzziele und einer Beendigung der Subventionierung fossiler und nuklearer Energiequellen. Außerdem sprach er sich gegen ein alleiniges CO²-Reduktionsziel und stattdessen für verbindliche Ziele für die erneuerbaren Energien aus. Dr. Oliver Geden, Stiftung Wissenschaft und Politik, bewertete die Spielräume der Bundesregierung bei der Gestaltung einer europäisch orientierten Energiepolitik. Demzufolge könne sie etwa darauf hinwirken, die Energiewende nach deutschem Vorbild auf die gesamte EU auszuweiten. Sie könnte aber auch die nationale Energiewende-Strategie durch eine vorzeitige Entscheidung über ein nationales Strommarktdesign europapolitisch absichern. Eine weitere Variante bestehe darin, die Bedenken der EU zu nutzen, um die Energiewende auszubremsen und somit nationale Umsetzungsprobleme zu kaschieren.

Diese Statements bildeten unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, und der Beteiligung von Michael Hager Grundlage für die Podiumsdiskussion mit den Europaabgeordneten Reinhard Bütikofer, Die Grünen/EFE, Matthias Groote, S & D, und Dr. Markus Pieper, EVP.

Kurz vor der Veröffentlichung der Mitteilung der EU-Kommission zur Energie- und Klimapolitik 2030 beschäftigte sich das Forum für Zukunftsenergien beim „**European Energy Colloquium**“ in Brüssel **am 4. Dezember 2013** mit diesem Thema. Zunächst zählte Michael Hager, ehrenamtlicher Vorsitzender des EEC, Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, die Ziele der europäischen Energie- und Klimapolitik bis 2030 auf: Schaffung größerer Investitionssicherheit, Impulse für Wachstum und Beschäftigung durch CO²-arme Technologien sowie ein internationales Klimaschutzabkommen. Der Entschluss der EU-Kommission zur frühzeitigen Festlegung längerfristiger Ziele beruhe auf den positiven Erfahrungen in Bezug auf den Rückgang der CO²-Emissionen, aber auch auf den Defiziten bei der Umsetzung des Emissionshandelssystems. Beim zukünftigen Vorgehen wolle man daher vorrangig darauf achten, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken, eine regulatorische Fragmentierung zu vermeiden, den Verwaltungsaufwand zu verringern und die Marktintegration der erneuerbaren Energien zu intensivieren. Um dies zu erreichen, gebe es neben der Bewertung unterschiedlicher Optionen auch die Notwendigkeit einer Folgeabschätzung der einzelnen Pfade. So sei zu berücksichtigen, dass ehrgeizige Ziele bei den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz nicht nur Kosten verursachten, sondern durch Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit langfristig auch wirtschaftliche Vorteile brächten.

Mit Blick auf die Langfristigkeit der Investitionen forderte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie Dr. Utz Tillmann für den Zeitrahmen bis 2030 verlässliche Rahmenbedingungen und deshalb eine ausgewogene Berücksichtigung der CO²-Reduzierung, der Wettbewerbsfähigkeit und der Versorgungssicherheit, da beim Verfolgen der Zieltrias von CO²-Reduzierung, Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz Widersprüche aufgedeckt worden seien. Dabei seien nationale Alleingänge unbedingt zu vermeiden, auch bei der Bewertung der vorhandenen Erzeugungskapazitäten. Er sprach sich ferner für ein konsequentes Monitoring aus, um rechtzeitig eine Nachjustierung vornehmen zu können. Auf der Grundlage dieser Informationen und Statements diskutierten unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin,



Forum für Zukunftsenergien, die Europaabgeordneten Herbert Reul, EVP, und Holger Kraemer, ALDE, mit den Vortragenden. Dabei wurden insbesondere Zweifel an der Berechtigung der häufig gestellten Forderung nach einer Vorreiterrolle Deutschlands bei der Klimapolitik deutlich.

Beim „**Internationalen Energiedialog**“ am **21. Mai 2013** stand die aktuelle und zukünftige weltweite Versorgungslage mit Seltenen Erden im Fokus der Debatte. Dr. Chris Vernon, als Research Program Leader Mitglied der zu Besuch in Deutschland weilenden Delegation der australischen „Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation – CSIRO“, stellte im Einzelnen dar, dass aufgrund geringer Lohnkosten und niedriger Umweltauflagen, aber auch der Nachlässigkeit westlich orientierter Staaten, neue Vorkommen zu erschließen, China den globalen Markt der Seltenen Erden dominiere. Analysiere man die Marktlage für jedes einzelne Metall der Seltenen Erden und rechne die in den nächsten Jahren außerhalb Chinas zu erwartenden Vorkommen hinzu, stelle sich die Situation allerdings differenzierter dar. Während für jene Metalle der Seltenen Erden, die für Plasmabildschirme, Leuchtmittel oder auch in Windanlagen Verwendung finden, sogenannte schwere Seltene Erden, eine steigende Nachfrage und damit eine Knappheit vorhergesagt werde, werde sich die Versorgungslage aufgrund neu erschlossener Lagerstätten außerhalb Chinas die Versorgungslage bei leichten Seltenen Erdelementen entspannen. Chinas Dominanz werde sogar künftig schwinden, und das Land werde zum Nettoimporteur. Andere Länder, wie z. B. Australien, gewannen als Lieferländer zunehmend Bedeutung. Daneben empfehle er, die Rückgewinnung dieser Rohstoffe zu intensivieren. Die Ausführungen von Dr. Vernon bildeten die Grundlage für ein anschließendes, vertiefendes Gespräch auf dem Podium mit Dr. Dierk Paskert, Geschäftsführer, Rohstoffallianz GmbH, und Steve Mackowski, Technical Director, Hastings Rare Metals Ltd.

Die geostrategischen Folgen des Erdgasbooms in den USA für Deutschland und Europa standen im Mittelpunkt der Erörterungen beim „**Internationalen Energiedialog**“ des Forum für Zukunftsenergien am **11. September 2013**. Dr. Kirsten Westphal, Senior Associate, Stiftung Wissenschaft und Politik, umriss die Gründe für die Erfolgsgeschichte des Schiefergas in den USA. Demzufolge seien entscheidend die dortigen einzigartigen Rahmenbedingungen, etwa die vorhandene lokale Tradition bei der Öl- und Gasförderung, die verfügbare Datengrundlage, die entwickelte Service-Industrie, die private Eigentümerstruktur bei Grund und Boden, ein funktionierender Gasmarkt und die politischen und regulatorischen Gegebenheiten. Inwieweit sich die Erwartungen in Richtung auf eine damit mögliche Reindustrialisierung verwirklichen lassen, werde sich erst in einigen Jahren zeigen. Im Übrigen hänge das Erreichen der Selbstversorgerposition der USA davon ab, ob es gelingt, die Energieeffizienz zu steigern. Unabhängig von der Entscheidung, Erdöl auch zu exportieren, mache sich der Ausfall der USA als Nachfrager auf dem Weltmarkt bereits bemerkbar. Die USA könnten sich mit ihren neugewonnenen Handlungsspielräumen selbstbewusster zum pazifischen Raum hin orientieren, würden sich aber sicherlich nicht aus der Golfregion zurückziehen. Eine Schiefergasförderung in Ländern wie Grossbritannien, Polen, Ukraine und gegebenenfalls auch in China hielt Dr. Westphal für möglich, jedoch in direkter Abhängigkeit von einer ausreichenden Verfügbarkeit von Wasser. Trotz einer

augenblicklichen statistischen Reichweite der Schiefergasressourcen von 250 Jahren sei dies nicht mit einem entsprechenden Marktangebot gleichzusetzen. Insgesamt blieben die Gasmärkte auch in Zukunft von Unsicherheit geprägt. Dies gelte ebenso für die Situation der Gazprom, die mit einem schwächelnden Gasmarkt rechnen müsse, ferner für die traditionellen Produzentenländer im arabischen Raum mit rückläufigen Staatseinnahmen und damit im Endeffekt auch Einbußen bei der sozio-ökonomischen Stabilität. Insgesamt werde nach Einschätzung von Dr. Westphal Europa größter Nettoimporteur von Erdgas bleiben, allerdings angesichts der zunehmenden Bedeutung der Kohle nicht als Wachstumsmarkt.

Gegenstand der Beratungen bei den „**Energiepolitischen Werkstattgesprächen**“ **am 9. September 2013 und am 18. November 2013** bildete die Rolle der A-Länder, der Unternehmen und der NGO bei der Energiewende. Ferner diskutierten die Gesprächsteilnehmer über die Integration der erneuerbaren Energien in den Strommarkt sowie das Verhältnis von konventionell erzeugtem Strom zu dem aus erneuerbaren Energien stammenden Strom.

Die „**Sommerakademie 2013**“, eine Seminarveranstaltung des Forum für Zukunftsenergien für Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten, fand am **12. und 13. September 2013** statt. Dabei wurden Kenntnisse zu Funktionsweise und Zusammenhängen zwischen Energiehandel und Marktdesign vermittelt. In der Parallelveranstaltung in Brüssel, der „**European Summer School**“, ging es **am 22. und 23. August 2013** um die Weitergabe von Informationen über die energieintensiven Industrien, ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung und ihre besondere Rolle als Energieverbraucher.

Obgleich Gas auf absehbare Zeit auch weiterhin als wichtiger Energieträger benötigt werden wird, u. a. um bei der verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, sieht sich die Gaswirtschaft vor große Herausforderungen gestellt. Vor diesem Hintergrund veranstaltete das Forum für Zukunftsenergien **am 9. Januar 2013** in Brüssel eine **Konferenz**, um die Perspektiven der Branche zu analysieren und sie im kritischen Diskurs zu erörtern. Dr. Heinrich Herm Stapelberg, Manager Public & Government Affairs, ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, ging auf der Basis der von ExxonMobil jährlich erstellten globalen Energieprognose auf die Abschätzung des zukünftigen Erdgasbedarfs ein. Während seiner Aussage zufolge von 2010 bis 2040 der Energiebedarf weltweit um 35 Prozent wachsen werde, erwarte man bei Erdgas im gleichen Zeitraum eine um 65 Prozent höhere Nachfrage, veranlasst durch den verstärkten Einsatz von Gas zur Stromerzeugung und eine zunehmende Nachfrage nach Strom. So werde für Deutschland im Jahr 2040 eine Verdopplung des Erdgaseinsatzes zur Stromerzeugung gegenüber 2011 prognostiziert. Die Deckung des Erdgasbedarfes solle insbesondere über unkonventionelle Quellen erfolgen, bis 2040 mindestens zu einem Drittel. In einem weiteren Vortrag beschrieb Dr. Wolfgang Dierker, Leiter Regierungsbeziehungen, GE Deutschland, die derzeit schwierigen Rahmenbedingungen für Gaskraftwerke unter Hinweis auf hohe Gaspreise und niedrige CO₂-Zertifikatspreise mit der Folge eines unwirtschaftlichen Betriebs. Außerdem verwies er auf die kontinuierlich fallenden Kohlepreise, und dies in einer Situation, in der der weiter zunehmende Einsatz von erneuerbaren Energien gerade auf den flexiblen Einsatz von



Gaskraftwerken angewiesen sei. Neben der Forderung nach einer politisch unterstützten Partnerschaft zwischen Gas und den erneuerbaren Energien sprach er sich für ein, den jeweiligen Beitrag der Erzeugungsanlagen zur Emissionsvermeidung berücksichtigendes Energiemarktdesign und bessere Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Betrieb bestehender Kraftwerke aus.

Auch Dr. Jürgen Lenz, Vizepräsident, DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches, erwartet, dass Gas trotz Einbußen im Wärmemarkt einen wesentlichen Bestandteil des Energiesystems bilden werde. Außerdem werde das Gasnetz aufgrund seines Beitrages zugunsten regenerativ erzeugten Stroms mittels der Power-to-Gas-Technologie weiter an wirtschaftlicher Bedeutung gewinnen. Schließlich seien zum Gas der Zukunft nicht nur Erdgas, sondern auch Biogas und andere CO²-freie Gase zu rechnen, die insgesamt eine Schlüsselrolle bei der Umgestaltung der Energieversorgung spielten. Dr. Ludwig Möhring, Präsident, Arbeitsgemeinschaft für sparsamen und umweltfreundlichen Energieverbrauch - ASUE - und Mitglied der Geschäftsleitung, WINGAS GmbH, erinnerte daran, dass nationale und internationale Energiepolitik sich ursprünglich dem Ziel der CO²-Einsparung verschrieben habe und folglich die CO²-Vermeidungskosten als wesentliches Kriterium berücksichtigt werden müssten. Dies gelte auch für die Bewertung der Wirtschaftlichkeit einzelner energetischer Sicherungsmaßnahmen in Gebäuden, für die Gas als dezentrale, effektive und kostengünstige Option bereitstehe. In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, mit Dr. Oliver Koch, stellv. Referatsleiter Binnenmarkt, GD Energie, EU-Kommission, Marcel Keiffenheim, Leiter Energiepolitik, Greenpeace Energy eG, dem Europaabgeordneten Dr. Paul Rübigen, EVP, und Beate Raabe, Secretary General, Eurogas, wurden die Inhalte der Vorträge erörtert mit dem Fokus auf der Anregung, CO²-Vermeidungskosten als bindendes Kriterium einzuführen, die europäische Dimension der Energiepolitik und die Einführung von Kapazitätsmärkten.

In Kooperation mit der Deutsche Shell Holding GmbH veranstaltete das Forum für Zukunftsenergien **am 28. Februar 2013** eine **Konferenz** zu Themen im Zusammenhang mit dem weltweiten Erdgasboom und speziell zu der Frage, ob Europa dabei den Anschluss verliert. Der derzeitige Erdgasboom sei gewaltig und habe weitreichende Folgen, auch für die Energiewende, erklärte Dr. Peter Blauwhoff, Vorsitzender der Geschäftsführung, Deutsche Shell Holding GmbH, und Vorstandsmitglied, Forum für Zukunftsenergien, zum Auftakt der Veranstaltung. Angesichts einer energiewirtschaftlichen Revolution würden weltweit bisher geltende Prämissen in Zweifel gezogen, beispielsweise beim Erdgas, wo aufgrund neuer Fördertechniken in den USA in den letzten sechs Jahren sich die Gasproduktion um ein Viertel erhöht habe. Nicht die Verfügbarkeit der Erdgasreserven stelle die zukünftige Herausforderung dar, sondern der verantwortungsvolle Umgang mit ihnen. In seiner Beschreibung der derzeitigen energie- und klimapolitischen Lage als unübersichtlich und ohne Prioritäten verlangte Dr. Matthias Bichsel, Director Projects and Technology, Royal Dutch Shell plc, eine eindeutige Ausrichtung der Energiepolitik an den Zielen des Klimaschutzes durch eine Präferenz der Kombination von erneuerbaren Energien und Gas sowie einer Abschöpfung überschüssiger Emissionszertifikate. Da in Deutschland die

Versorgung mit herkömmlichem Gas gesichert sei, bestehe hier für eine Schiefergasförderung keine Notwendigkeit.

Michael Sailer, Geschäftsführer, Öko-Institut, sah im Einsatz von Gas eine geeignete Möglichkeit zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende in Deutschland. Seiner Meinung nach werde der Erdgasboom in den USA ohne Auswirkungen auf Europa bleiben, da es keinen Weltmarktpreis für Gas gebe, trotz des zunehmenden Energiehungers in den Schwellenländern. Um dem klimafeindlichen Einsatz der Kohle entgegenzuwirken, sollten für Bau und Betrieb von Gaskraftwerken Investitionsanreize geschaffen werden. Bundesumweltminister Peter Altmeier bekräftigte die Einschätzung, dass durch den Gasboom in den USA die Preise für Kohle auf dem europäischen Markt zurückgingen und verhindert werden müsse, dass als Folge Gaskraftwerke vermehrt abgeschaltet werden. Eine effiziente Nutzung der Braunkohle in Deutschland solle jedoch erhalten bleiben. In ihrem Schlusswort stellte Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, heraus, dass bei der Bewertung der weltweiten Auswirkungen der Schiefergasförderung die Folgen für die Energieversorgung in Deutschland nicht außer Acht bleiben dürften.

Im Zuge des Umsetzungsprozesses der EU-Energieeffizienz-Richtlinie in deutsches Recht widmete sich das Forum für Zukunftsenergien im Rahmen einer **Kooperations-Veranstaltung** mit der KfW Bankengruppe **am 15. Mai 2013** diesem Thema. Im Mittelpunkt stand dabei die Suche nach den geeigneten Instrumenten und deren jeweiliges Für und Wider. Der Einleitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, zufolge hat entsprechend Art. 7 der EU-Energieeffizienz-Richtlinie jeder Mitgliedsstaat bis zum Ende Dezember 2013 ein Effizienzverpflichtungssystem einzuführen, mit dem Energieverteiler und/oder Energiehandelsunternehmen verpflichtet werden, bis zum 31. Dezember 2020 ein kumuliertes Endenergieeinsparziel zu erreichen. Statt ein Energieeffizienzverpflichtungssystem festzulegen, kann jeder Mitgliedstaat sich aber auch für sogenannte alternative strategische Maßnahmen entscheiden. Wie der bei der KfW Bankengruppe für die Förderung der Energieeffizienz zuständige Bereichsleiter Detlev Kalischer erläuterte, sei sein Unternehmen auf diesem Umfeld schon in der Vergangenheit sehr erfolgreich tätig gewesen und werde zur Steigerung der Resultate den zielgruppenorientierten Mix aus Information, Beratung und finanzieller Förderung weiter verbessern. Im Gegensatz zu Verpflichtungssystemen seien die KfW-Förderprogramme besonders zur Realisierung von Einsparungen bei kapitalintensiven Maßnahmen in Gebäuden und Produktionsanlagen geeignet.

MinDir Detlef Dauke, Abteilungsleiter Energiepolitik, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, verwies auf die in Deutschland bereits erreichten beachtlichen Erfolge bei der Steigerung der Energieeffizienz und warnte davor, die im Zusammenhang mit der Förderung der erneuerbaren Energien eingetretenen Fehler bei der zukünftigen Förderung der Energieeffizienz zu wiederholen. Deshalb müsse ein markt- und technologiegetriebener Ansatz unbedingt Vorrang haben. Hinsichtlich der Auswahl der Maßnahmen sprach er sich für eine passgenaue Weiterentwicklung vorhandener Instrumente statt eines Experimentieren mit neuen Instrumenten aus. Insgesamt sei sein Haus aber diskussionsoffen für neue Instrumente, soweit diese die Marktentwicklung förderten, den

Grundsatz der Wirtschaftlichkeit beachtet und finanzierbar seien. Friedrich Seefeld, Prognos AG, verlangte eine mit ausreichenden finanziellen Mitteln versehene Unterstützung der Nachfrageseite und bewertete Effizienzverpflichtungssysteme als nur in besonderen Fällen geeignet. Insgesamt befürwortete er als zielgerichtet und eher als eine pauschale Einsparquote geeignet eine Kombination eines Fondsmodells, also einer primären Zahlungsverpflichtung, mit einem Tendermodell, bei dem wettbewerbliche Programme zur Effizienzsteigerung ausgeschrieben werden.

Dass ein Großteil der Energieeffizienzpotenziale im Gebäudesektor zu heben sei, betonte für den GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen dessen Präsident Axel Gedaschko. Verpflichtungssysteme in Deutschland lehnte er ab angesichts des Vorhandenseins geeigneter Instrumente zur Effizienzsteigerung. Ferner gab er zu bedenken, dass die Befassung mit energiewirtschaftlichen Problemstellungen nur einen Teil des Auftrages der Wohnungswirtschaft ausmache, für eine gute, sichere und verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Bevölkerungsschichten zu sorgen. Er verwies auf die Gefahren politischer Eingriffe, die über sinnvolle Mindestanforderungen hinaus in unternehmerische Entscheidungen eingriffen und die Umwelt zwar entlasteten, die Mieter jedoch belasteten. Ähnlich wie Dauke wies auch Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender, Thüga AG, auf den in Deutschland bereits erreichten hohen Effizienzstandard hin. Dessen Steigerung sei eine stete unternehmerische Aufgabe, bei der kontinuierlich die Höhe der Investitionskosten und die erreichbare Rentabilität ins Verhältnis zu setzen seien. Seiner Meinung nach sei für die Zielerreichung bei der Energieeffizienz die Ausgestaltung des Energiemarktes eine entscheidende Stellgröße. Dieser Grundsatz müsse bei einem zukünftigen Marktmodell ausreichend Berücksichtigung finden, etwa durch Einbindung der Nachfrageseite beim Vorhalten gesicherter Stromerzeugungsleistung.

Die Bedeutung der unternehmerischen Entscheidung in Effizienzfragen hob auch Dr. Jörg Rothermel, Geschäftsführer, EID, als Vertreter der energieintensiven Industrien hervor. Dieser Wirtschaftszweig habe unter Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Bedeutung der Energieeffizienz bereits in der Vergangenheit kontinuierlich entsprechende Potentiale gehoben und werde dies – allerdings mit höheren Kosten – auch in der Zukunft tun. Für den industriellen und energiewirtschaftlich bedeutsamen Bereich sehe er keine Notwendigkeit für weitere Regelungen zur Energieeffizienz zugunsten des Klimaschutzes, da dieser bereits über den Emissionshandel abgedeckt werde. Stattdessen plädierte er für die Festschreibung alternativer Maßnahmen bei der Umsetzung der EU-Energieeffizienz-Richtlinie in deutsches Recht. Auf der Grundlage dieser Aussagen diskutierten unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, die Bundestagsabgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Breil, FDP-Bundestagsfraktion, Ulla Lötzer, Bundestagsfraktion Die Linke, und Hans-Josef Fell, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kurz vor Ende der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages veranstaltete das Forum für Zukunftsenergien **am 27. Juni 2013** eine **Diskussionsrunde** mit Vertretern der Bundestagsfraktionen über die energiepolitischen Aussagen der Parteien in den Bundestagswahlprogrammen und die entsprechenden Erwartungen der Wähler. Beteiligte



waren der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Christian Ruck, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber, der umweltpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Michael Kauch und der Sprecher für Energiewirtschaft der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Oliver Krischer. Dabei wurden sie von den beiden Moderatoren Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, und Carl Graf von Hohenthal, Leiter des Berliner Büro, Brunswick Group, mit der wirtschaftlichen Situation verschiedener potentieller Wählergruppen konfrontiert: Vom Verbraucher, der die steigenden Energie- und Heizkosten zu spüren bekommt, über den Besitzer eines Einfamilienhauses mit eigener Photovoltaikanlage, den Chef eines Chemieunternehmens mit seinen Sorgen um den Fortbestand des Unternehmensstandortes in Deutschland bis hin zum Energieversorger, der auf der Suche nach einem zukunftsfähigen Geschäftsmodell ist. Ausgehend von diesen Beispielen debattierten die Abgeordneten über die Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetz, Wege zur Schaffung von mehr Akzeptanz für notwendige Infrastrukturprojekte, die Möglichkeiten zur Kostendämmung bei der Energiewende und deren angemessene Verteilung sowie über das zukünftige Strommarktdesign.

Aktivitäten 2014

In der entscheidenden Phase der Beratungen über das Beihilfeverfahren für erneuerbare Energien auf europäischer Ebene und über den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz auf nationaler Ebene debattierte das Forum für Zukunftsenergien **am 3. April 2014** beim „**Energieforum 2014**“ über eine Antwort auf die Frage, wie die Energiewende im europäischen Kontext gelingen könne. In seiner Einleitung umriss der Kuratoriumsvorsitzende des Forum für Zukunftsenergien Dr. Tessen von Heydebreck, Kuratoriumsvorsitzender der Deutsche Bank Stiftung, die für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten augenblicklich schwierige Situation in der Wettbewerbs- und Energiepolitik: Eine ausgewogene Entscheidung zu finden, wie viel Regulierung der Idee eines starken europäischen Marktes helfe und welches Maß an staatlicher Vorgabe der globalen Wettbewerbsfähigkeit schade.

Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, unterstrich die Notwendigkeit einer engen Abstimmung mit den europäischen und internationalen Partnern bei der Umsetzung der Energiewende. Den zentralen Bereich bildeten dabei der EU-Klima- und Energierahmen 2030 und die darüber hinausreichenden Ziele der Bundesregierung zur Treibhausgasminderung und zum Anteil der erneuerbaren Energien, die Festlegung eines eigenständigen Effizienzziels und die nachhaltige Stärkung des Emissionshandels. Einen hohen Stellenwert mass er ferner einer beschäftigungs- und wachstumsorientierten Energiepolitik auf europäischer und nationaler Ebene zu, weshalb die Förderung der erneuerbaren Energien kosteneffizient und marktgerecht gestaltet und Überförderung abgebaut werden müssten. Neben eine Betonung der strukturbestimmenden Bedeutung der besonderen Ausgleichsregelung für die stromintensiven Industrien und deren Beibehaltung sprach er sich für leistungsfähige Netzinfrastrukturen einschließlich

grenzüberschreitender Höchstspannungsleitungen und Grenzkuppelstellen zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes aus.

Die Position der EU-Kommission zur europäischen Dimension der Energiewende zeigte der Kabinettschef von EU-Kommissar Günther Oettinger und Kurator des Forum für Zukunftsenergien Michael Hager auf. Dabei unterstrich er, dass die Energiewende nur dann gelingen werde, wenn sie mit Europa abgestimmt sei. Dies gelte in besonderem Maße für eine Verknüpfung mit den Klima- und Energiezielen der EU-Kommission sowie für den darin verankerten weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. In diesem Zusammenhang begrüßte er den Inhalt des Gesetzentwurfs zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz als hilfreich für das weitere Vorgehen der EU-Kommission beim EEG-Beihilfeverfahren. Als ebenso entscheidenden europäischen Aspekt für die deutsche Energiewende verwies Hager schließlich auf die Beihilferichtlinien für Umwelt und Energie und den hierzu vom zuständigen EU-Kommissar vorgelegten Entwurf.

Die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Akteure der Energiewirtschaft bei der Umsetzung der Energiewende wurden in der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG und Forum für Zukunftsenergien, deutlich. Dr. Fritz Brickwedde, Präsident, Bundesverband Erneuerbare Energien sowie Kurator des Forum für Zukunftsenergien, bekannte sich als Vertreter der erneuerbaren Energien zur Zieltrias auf europäischer Ebene, brachte gegenüber einem möglichen Ausschreibungsmodell allerdings Skepsis zum Ausdruck. Als Vertreter der Energieversorgungsunternehmen befürwortete Dr. Hans-Josef Zimmer, Mitglied des Vorstandes, EnBW Energie Baden-Württemberg AG, und Kurator des Forum für Zukunftsenergien, Kapazitätsmärkte im europäischen Kontext. Dr. Dirk Biermann, Geschäftsführer, 50Hertz Transmission GmbH, gab einen Überblick über den bereits erreichten Stand bei der Umsetzung grenzüberschreitender Projekte der europäischen Netzbetreiber. Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident und Hauptgeschäftsführer, Wirtschaftsvereinigung Stahl, mahnte eine stärkere Konzentration auf die industrielle Wertschöpfung in der europäischen Politik an.

Den möglichen Auswirkungen der Unterschreitung der Netzparität durch Strom-Eigenerzeugungsanlagen auf die Geschäftsmodelle von Stromversorgern widmete sich der **Arbeitskreis „Zukunftsenergien“** in seiner Sitzung **am 15. Januar 2014**. Grundlage dafür bildete das exklusiv vorgestellte Ergebnis einer mit Unterstützung der Unternehmensberatung Celron vom Forum für Zukunftsenergien im Herbst 2013 durchgeführten Befragung von 450 Stromversorgern. Wie der Geschäftsführer von Celron Consulting Markus Teichmann zusammenfassend darlegte, liegen die Gründe für den zunehmenden Strom-Eigenverbrauch in den sinkenden Preisen für Eigenstrom-Erzeugungsanlagen, der rückläufigen EEG-Vergütung, den Strompreiserhöhungen und einem zunehmenden Umweltbewußtsein der Stromkunden. Als Folge sei bis 2020 beim Strom ein Umsatzrückgang von 11 Prozent bzw. 8,3 Mrd. € zu erwarten, verbunden mit einer stetigen Abnahme der Strom-Umsatzerlöse bei den Unternehmen, unabhängig von deren Größe. Daraus ergäben sich zukünftig weiter steigende Strompreise und Netzentgelte sowie geringere konventionelle Strom-Erzeugungskapazitäten. Bei der Bewertung möglicher Handlungsoptionen habe die Untersuchung insgesamt eine hohe Streubreite aufgezeigt.

Während häufig als eine besonders erfolgversprechende Handlungsoption für die Stromversorger eine Positionierung als System-Lösungsanbieter für dezentrale Energieangebote gegenüber Großkunden bewertet werde, richteten sich die Erwartungen aber auch auf ein Tätigwerden als Systemlieferant für erneuerbare Stromerzeugungsanlagen oder als Dienstleister für das Energiedatenmanagement. Häufig genannt worden seien ferner strategische Partnerschaften mit externen Unternehmen, etwa Anlagen- und Komponentenherstellern, technischen Dienstleistern und Wohnungsbaugesellschaften. Angesichts der signifikanten Erhöhung der Netzentgelte hätten die Befragten sich für regulatorische Anpassungen ausgesprochen und im Übrigen zu erkennen gegeben, dass wegen der unsicheren Entwicklung der Netzentgelte, der relevanten Umlagen und der Steuern und Abgaben die Befassung mit neuen Geschäftsmodellen mit hohen Unsicherheiten verbunden sei.

Entsprechend der Einschätzung von Michael Wübbels, stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Verband kommunaler Unternehmen, wird bei den zukünftigen Geschäftsmodellen der Stadtwerke nicht mehr die Lieferung der Ware „Strom“, sondern das Angebot von Dienstleistungen im Vordergrund stehen. Die Politik müsse daher für Regelungen sorgen, wonach Versorgungssicherheit und Leistungsbereitschaft vergütet werden. Außerdem müssten die Netzentgelte zukünftig entnahmeunabhängig gestaltet werden, denn die Privilegierung der Eigenstromerzeugung und ihre Befreiung von der EEG-Umlage hätten volkswirtschaftlich negative Auswirkungen. Auch Dr. Enno Wieben, Leiter strategische Netzentwicklung, EWE NETZ GmbH, übte Kritik daran, dass Kunden mit Eigenerzeugung und Eigenverbrauch bei dem derzeitigen arbeitspreisbasierten Netzentgeldsystem kaum noch Netzentgelte entrichteten mit der Folge überproportional steigender Netzentgelte für Kunden ohne Eigenerzeugung. Er sprach sich daher für eine Aufteilung der Netzentgelte für Haushaltskunden in einen leistungsbezogenen Grundpreis mit einem wesentlichen Anteil der Fixkosten und einen Arbeitspreis sowie die Einführung von Netzentgelten auch für Erzeugungsanlagen und eine bundesweite Umlage der Netzausbaukosten aus. Niels-Sönnick Schnoor, Referent, Verbraucherzentrale Bundesverband, plädierte angesichts der weiteren Zunahme des Eigenverbrauchs ebenfalls für eine verursachergerechte Lastenverteilung über eine leistungsbezogene Berechnung der Netzentgelte und eine EEG-Mindestumlage auf Eigenverbrauch. Die Bundestagsabgeordneten Dr. Nina Scheer, SPD-Bundestagsfraktion, und Eva Bulling-Schröter, Bundestagsfraktion Die Linke, debattierten in der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Dr. Frank-Michael Baumann, ehrenamtlicher Vorsitzender, Arbeitskreis „Zukunftsenergien“, und Geschäftsführer, EnergieAgentur NRW, u. a. über Vorstellungen, wie die bereits zugesagten Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien zukünftig umverteilt werden könnten.

Unter der Überschrift „Klar Schiff für LNG?“ setzte sich der **Arbeitskreis „Energie & Verkehr“** in seiner Sitzung **am 12. Februar 2014** mit Überlegungen auseinander, ob und wie angesichts der in Brüssel zur Verhandlung anstehenden EU-Kraftstoffstrategie und der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung Flüssigerdgas – LNG - als Energieträger besser „an Bord gebracht“ werden könnte. Der ehrenamtliche Vorsitzende Dirk Inger, Unterabteilungsleiter Klima- und Umweltschutzpolitik, Bundesministerium für Verkehr

und digitale Infrastruktur, unterstrich die Einschätzung, dass aufgrund der geringeren CO²- und Feinstaubemissionen im Vergleich zu anderen Energieträgern LNG den erhöhten Anforderungen an den Schiffsverkehr genüge. Diese Bewertung habe auch bei der Erarbeitung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie eine Rolle gespielt, so dass nunmehr die geeigneten Einführungsstrategien und ökonomischen Parameter geprüft werden müssten. Generell sei von einer steigenden Nachfrage nach LNG in Deutschland auszugehen.

Als Vertreter des LNG-Produzenten Shell bestätigte Jörg Adolf, Chefvolkswirt, Deutsche Shell Holding GmbH, die Verfügbarkeit von Erdgas als sauberem Energieträger für die nächsten 230 Jahre. LNG könne jedoch zusätzlich zu Bunkerölen und Marinediesel eine Rolle als geeignete Treibstoffalternative übernehmen. Dabei sei es wichtig, beim Aufbau der LNG-Infrastruktur die Vorlaufzeiten zu beachten und Angebot und Nachfrage parallel zu entwickeln. Ralf Nagel, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied, Verband Deutscher Reeder, bewertete den kommerziellen Einsatz von LNG im Schiffsverkehr aufgrund der gegenüber konventionellem Betrieb für LNG-Antrieb und Tankkapazitäten aufzubringenden, um 20 – 25 Prozent höheren Kosten als zur Zeit noch unattraktiv. Da eine staatliche Förderung zur Technologieeinführung bislang fehle, gebe es bei Charter- und Linienschiffahrt kein Interesse an LNG und folglich auch keinen Wettbewerb bei der LNG-Versorgung. Hinzu komme aufgrund der Preisunterschiede der einzelnen Märkte eine Verunsicherung der Endverbraucher. Dennoch sei zu beobachten, dass einige Häfen damit begännen, Pläne für eine entsprechende Infrastruktur zu entwerfen. Entscheidend sei letztendlich eine Förderung der Marktintegrationsphase und Anreizsysteme für die Anwender.

Als Praxisbeispiel präsentierte Dirk Lehmann, Managing Director, Becker Marine Systems, die von seinem Unternehmen unter Einsatz von bislang 15 Mio. € entwickelte LNG Hybrid Barge. Mit dieser Einrichtung können in Form eines schwimmenden Gaskraftwerkes während ihrer Liegezeit im Hamburger Hafen Kreuzfahrtschiffe im Sommer mit Strom beliefert werden. Während der Winterzeit soll die Barge dem Hafenbetrieb als KWK-Blockheizkraftwerk dienen. Im Vergleich zur Nutzung von herkömmlichem Marinediesel würden damit die Emissionen von Schwefeloxid und Rußpartikeln ganz vermieden und die von Stickoxiden und Kohlendioxid verringert. Zur Realisierung des Projekts merkte er an, dass diese nur möglich sei, solange die Stromeigenerzeugung von der EEG-Umlage befreit bleibe. In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Dirk Inger mit den Bundestagsabgeordneten Gustav Herzog, SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Behrens, Bundestagsfraktion Die Linke, und Dr. Valerie Wilms, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, zeigten sich diese überrascht von den Auswirkungen einer möglichen Änderung der EEG-Umlage und analysierten die mit dem Infrastrukturausbau einhergehenden Herausforderungen.

Im Zeitrahmen des mit der Veröffentlichung des Entwurfs der EU-Beihilfeleitlinien für die Ökostromförderung im Dezember 2013 von der EU-Kommission begonnenen Konsultationsprozesses befasste sich das „**European Energy Colloquium**“ **am 29. Januar 2014** mit diesen Vorschlägen unter besonderer Bewertung der erwarteten Auswirkungen auf die stromintensiven Industrien. Kilian Gross, geschäftsführender Abteilungsleiter, GD Energie, EU-Kommission, erläuterte als Ziele der Beihilfeleitlinien eine Reduzierung der CO²-Emissionen bei der Stromerzeugung sowie eine verstärkte Integration des

Energiebinnenmarktes. Dafür sollen die Förderregelungen marktgerecht, transparent und kosteneffizient gestaltet werden, technologieneutral und den Anforderungen innovativer Technologien angepasst. Regelungen zur Ermäßigung der EEG-Umlage zugunsten energieintensiver Unternehmen seien vorgesehen, soweit bei diesen die Gefahr einer Delokalisierung (carbon leakage) drohe. Die Vergünstigung erfolge über eine Staffellösung, wonach diese Unternehmen bis zum 31. Dezember 2017 15 Prozent der jährlich fälligen Umlage und danach einen Mindestbetrag von 20 Prozent zu entrichten haben.

Jana Viktoria Nysten, Anwaltskanzlei Becker Büttner Held, machte gegenüber dem Entwurfspapier sowohl inhaltliche als auch rechtliche Bedenken geltend. Unverständnis erklärte sie gegenüber dem Plan einer Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetz, obwohl gerade auf dieser Gesetzesgrundlage der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgreich vorangetrieben werde. Außerdem bezweifelte sie die rechtliche Zulässigkeit, bestimmte Mechanismen, wie etwa zur Ausschreibung, ohne Berücksichtigung der regionalen Marktbedingungen für alle Mitgliedsstaaten verbindlich vorzuschreiben. Kritisiert wurde ferner die Festlegung mangelhafter Definitionen im Entwurfstext, durch die die notwendige Rechtssicherheit für die Unternehmen verhindert werde sowie ein „Excess of Power“, da die EU-Kommission mit dem Richtlinienentwurf die Kompetenzregelung im Lissabon-Vertrag außer Acht lasse. Dr. Hubertus Barth, Institut der deutschen Wirtschaft, betrachtete den Richtlinienentwurf aus ökonomischer Sicht. Er stufte das Erneuerbare-Energien-Gesetz als zu wenig wettbewerbsorientiert und daher als nicht integrierbar in den europäischen Binnenmarkt ein, und unterstützte das vorgesehene Versteigerungsverfahren und den Vorrang der Marktflexibilität vor Kapazitätsmechanismen. Insgesamt warnte er vor den mit den Mehrbelastungen einhergehenden Nachteilen für Investitionen und einer Ermittlung der auszunehmenden Unternehmen nach Branchen statt einer individuellen Bewertung. Seiner Auffassung nach werde im Übrigen der Umstand, dass sich die Industrie in der Wirtschaftskrise als „Stabilitätsanker“ bewährt habe, nicht ausreichend gewürdigt und eine einseitige Verteilung der Lasten auf die Stromerzeugung angestrebt, statt Effizienz und Innovationen zu unterstützen.

Vor allem die Einschätzung des Ausmasses der Mehrbelastungen für die stromintensiven Industrien prägte die Diskussion der Europaabgeordneten Peter Liese, EVP, und Claude Turmes, Grüne/EFA, mit Dr. Hubertus Barth, Kilian Gross sowie dem ehrenamtlichen Vorsitzenden des „European Energy Colloquium“ und Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, Michael Hager, unter der Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien.

Um einen Einblick in die Bewertung des Endkundenmarktes im Energiebereich durch die Stakeholder zu erlangen, hatte die EU-Kommission im Frühjahr 2014 ein Konsultationsverfahren eröffnet. Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich das „**European Energy Colloquium**“ am **8. April 2014** mit dieser Thematik. Wie der ehrenamtliche Vorsitzende und Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger, Michael Hager, hervorhob, gehe es der EU-Kommission bei diesem Procedere darum, eine Einschätzung zu erlangen, nicht aber bereits um die Planung eines legislativen Tätigwerdens. Mark van Stiphout, Mitglied des Kabinetts von EU-Kommissar Günther Oettinger, bewertete als Ziel der Fragestellung die Suche nach Möglichkeiten, angesichts des steigenden Anteils

erneuerbarer Energien eine Versorgungssicherheit zu vertretbaren Preisen und möglichst einheitlich für allen EU-Mitgliedsstaaten zu erreichen. Dafür sei auch im Endkundenbereich ein höheres Maß an Flexibilität erforderlich, etwa über den Einsatz von mehr „Intelligenz“ durch Smart Grids und Smart Meters. Voraussetzung sei, dass der Endkunde über entsprechende Investitionen im Verteilnetz Preissignale erhalte und darauf dann reagiere. Die über die intelligenten Technologien gewonnenen Daten müssten vom Verteilnetzbetreiber sicher und zuverlässig gemanagt werden.

Christian Haferkamp, Geschäftsführer, EWE Vertrieb GmbH, skizzierte die Auswirkungen der energiewirtschaftlichen Veränderungen aus der Sicht eines regionalen Versorgers. So sei zu beobachten, dass die Unternehmen vermehrt nicht mehr nur Energie, sondern zunehmend anwendungsorientierte Lösungen und Dienstleistungen angebot, um die Rolle eines Partners für Prosumer und zur Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeffizienz und – einsparung zu übernehmen. Allerdings sei seiner Erfahrung nach zum Erreichen eines veränderten Marktdesigns nicht nur die Implementierung intelligenter Technologien notwendig, sondern auch das Vorhandensein von Kunden, die sich für die Nutzung solcher Technologien interessierten und diese auch bezahlten. Angesichts der erkennbaren Defizite sei die Politik gefordert, unterstützend tätig zu werden. Die Bewertung dieser Thematik durch einen kommunalen Versorger stellte Beatrix Widmer, Stadtwerke München GmbH, vor. Sie unterstützte den Lösungsansatz, die Verbraucher über Anreize zu einer Verhaltensänderung zu bewegen, verwie aber auch auf die Beeinträchtigungen im Falle einer weitergehenden Regulierung. Außerdem müssten die Zuständigkeiten klar definiert werden mit einer Zuordnung der Aufgaben als Daten- und Flexibilitätsmanager an den Verteilnetzbetreiber. Ebenfalls befürwortete sie den Einsatz intelligenter Technologien, soweit sie dem Kunden wirtschaftliche Vorteile bringen. Für den Augenblick sah sie bei den vorhandenen Sicherheitsstandards und den Anwendungsmöglichkeiten jedoch noch Defizite.

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, wurden Fragen zur Notwendigkeit von Regulierungsmassnahmen auf europäischer Ebene sowie zum Vorgehen bei einem Roll-Out von Smart Meters erörtert.

Beim „**Dritten Fortschrittskongress**“ am **17. Februar 2014** standen auf dem Programm eine Präsentation aktueller Entwicklungen und entsprechender Anwendungen in den Bereichen „Modernes Bauen“ und „Wasserstoff“ sowie eine Bewertung ihres Beitrages zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende. Nach der Eröffnung durch Werner Genter, Direktor, KfW Bankengruppe, der dabei die Aktivitäten seines Hauses zur Förderung der erneuerbaren Energien und von Maßnahmen zur Energieeffizienz aufzeigte, wurde im ersten Themenblock „Modernes Bauen“ ein im Rhein-Main-Gebiet gelegenes Neubauprojekt mit Niedrighausstandard präsentiert. Besondere Betonung erfuhren dabei die sich aus der Zusammenarbeit eines regionalen Energieversorgers, der Süwag AG, mit der Deutschen Reihenhaus AG als Bauträger sich ergebenden Vorteile für Bauträger, Kommune, Hauseigentümer und schließlich die Umwelt. Erreicht würden diese durch eine Vernetzung von Photovoltaik- mit KWK-Anlagen und einem Speicher sowie die daraus resultierenden günstigen Leistungs- und Arbeitspreise für eine weitgehend autonome Versorgung mit Strom und Wärme, da bei dieser Konstruktion eine Reihe von Abgaben, wie etwa Stromsteuer,

KWK-Abgabe und Netznutzungsentgelte, nicht zu entrichten seien. Hinzukämen niedrigere Baukosten und damit günstigere Kaufpreise für die Häuser sowie niedrigere Betriebs- und Nebenkosten aufgrund eines langfristigen Energie- und Wärmecontracting durch die Planung der Energiezentrale über die Süwag AG. Schließlich ergäben sich eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 75 Prozent und Einsparungen beim Netzausbau. Voraussetzung für die erfolgreiche Realisierung des Projekts sei jedoch, dass keine weiteren gesetzlichen Schritte zur Besteuerung der Eigenstromerzeugung eingeleitet würden.

Im Themenblock „Moderne Wasserstoffinfrastruktur“ stellte Jörn-Heinrich Tobaben, Geschäftsführer, Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland GmbH, das Projekt „Hypos – Hydrogen Power Storage & Solutions East Germany“ vor. Damit wird das Ziel verfolgt, durch innovative Verknüpfung der Technologie zur Wasserstoffherzeugung mit der vorhandenen Struktur von Gaspipelines und Gaspeichern im mitteldeutschen Chemiedreieck Strom aus erneuerbaren Energien zu integrieren und damit seinen wirtschaftlichen Einsatz für die Elektromobilität und die Stoffumwandlung in der Chemie zu erreichen. Mehrere Projektvorschläge lägen vor, wie z. B. die Kopplung eines Windparks und einer Photovoltaikanlage mit einer direkten Anbindung an eine Elektrolyseur-Demoanlage am Standort Böhlen (Sachsen) und die Errichtung einer Wasserstoffkaverne mit Anschluss an eine Wasserstoffpipeline am Standort Bad Lauchstädt. Im gleichen Themenblock skizzierte Dr. Dmitry Korobov, Linde AG, verschiedene aktuelle Projekte zur Wasserstoffproduktion, wie etwa die Erzeugung von „grünem Wasserstoff“ mittels erneuerbarer Energien (Vattenfall), mittels Windkraft in Verbindung mit einem Speicher (Energiepark Mainz) sowie das von Linde AG im Jahr 2011 gestartete Pilotprojekt in Leuna, dem weltweit ersten Projekt zur Wasserstoffherzeugung aus Glycerin als Nebenprodukt aus der Biodiesel-Herstellung.

Im Abschnitt „Moderne Speicherentwicklungen“ erläuterte Dr. K. Peter Röttgen, Head of Innovation Center Energy Storage, E.ON Gas Storage GmbH, anhand des Beispiels der Power-to-Gas-Pilotanlage in Falkenhagen das Zusammenwirken von mehreren Partnern. Grundlage für die Entscheidung zum Bau dieser im August 2013 in Betrieb genommenen 2 MW-Anlage sei der Umstand gewesen, dass in der betreffenden Region die Einspeiseleistung aus erneuerbaren Energien die Netzkapazitäten um ein Mehrfaches übersteigt und damit sich die Gelegenheit bietet, ein Betriebskonzept bei variierender Einspeisung zu optimieren und Erfahrungen in Bezug auf Technik, Kosten und Genehmigungsverfahren zu sammeln. Angepeilt werde eine Kostendegression in Höhe von 40 Prozent bis zum Jahr 2035. Dies sei allerdings nur zu erreichen, wenn die Strombezugskosten weiterhin von Umlagen befreit blieben. Dr. Heinrich Schwendener, Mitglied der Geschäftsleitung, Leiter Energie, Swissgas AG, beschrieb zunächst die Bündelfunktion seines Unternehmens bei der Gasversorgung in der Schweiz und die daraus resultierenden Geschäftsbeziehungen zu E.ON. Er betonte das große Interesse seines Landes an der Power-to-Gas-Technologie in Anbetracht der durch Nutzung des Erdgasnetzes erreichbaren CO₂-Reduzierung. Dem solle mit der Beteiligung an der Anlage in Falkenhagen Rechnung getragen werden.

Unter der Moderation von Dr. Werner Brinker, Vorsitzender des Vorstandes, EWE AG und Forum für Zukunftsenergien, zeigten sich die Bundestagsabgeordneten René Rösper, SPD-Bundestagsfraktion, und Sylvia Kotting-Uhl, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, in der sich anschließenden Diskussion mit Prof. Dr. h. c. H.-Jürgen Appelrath, acatech,

beeindruckt von den im Einzelnen präsentierten Praxisbeispielen. Prof. Dr. Appelrath verwies darauf, dass gerade an diesen die Komplexität und Dynamik des Energiesystems erkennbar werde und es folglich für die Energiewende einen Masterplan nicht geben könne. Folglich müsse die Politik für einen verlässlichen, technologieoffenen Rahmen sorgen. Dieser Einschätzung stimmten die Abgeordneten im Grundsatz zu, wollten aber auf gewisse Ausnahmen nicht verzichten. Der Idee einer staatlichen Forschungsförderung standen sie mit unterschiedlicher Meinung gegenüber und sagten zu, der Frage nachzugehen, inwieweit auch zukünftig Energiespeicher aufgrund politischer Entscheidungen von Umlagen befreit bleiben sollen.

Zu der Themenpalette, die bei den nichtöffentlichen „**Werkstattgesprächen**“ erörtert wurde, gehörten etwa Überlegungen, wie die Energieversorgung der Zukunft gewährleistet werden könne. In zwei weiteren Gesprächsrunden widmeten sich die Teilnehmer dem Stichwort „Energieeffizienz“ und beleuchteten dessen Bedeutung für die Energiewende. Außerdem befasste man sich intensiv mit den Ergebnissen der von „Greenpeace Energy“ erstellten Studie „Was Strom wirklich kostet“.

Eine vom Forum für Zukunftsenergien **am 12. März 2014** organisierte **Konferenz** widmete sich unter Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, aktuellen Entwicklungen und Anwendungsbeispielen im Zusammenhang mit „Modernen Speichersystemen“ und beschäftigte sich mit deren Beiträgen zu einer erfolgreichen Umsetzung der Energiewende. Benedikt Lenz, stellvertretender Abteilungsleiter „Netzintegration und Speichersysteme“, Institut für Stromrichtertechnik und Elektrische Antriebe, RWTH Aachen, stellte die Vielzahl der technisch verfügbaren Speichertechnologien im Einzelnen dar und betonte dabei die Notwendigkeit ihrer Klassifizierung in Bezug auf Speicherzeit und Aufstellort. Seiner Einschätzung nach sei die für eine zu 100 Prozent auf regenerativen Energien aufbauende Stromversorgung benötigte Speicherkapazität bereits heute technisch ohne Probleme darstellbar. Dezentralen Speichern, wie etwa Elektrofahrzeugen und PV-Haus speichern, komme dabei ein besonderer Stellenwert zu, da mit ihnen bei nur geringen Mehrkosten wichtige Netzdienstleistungen erbracht werden könnten.

Unter der Überschrift „Energiespeicher: Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen“ beschrieb Tobias Mischlau, E.ON Innovation Center Energy Storage, zunächst die Bedeutung der Energiespeicherung, bevor er anhand des Beispiels der Power-to-Gas-Pilotanlage in Falkenhagen die technischen Speichermöglichkeiten darstellte. Mit dieser im August 2013 in Betrieb genommenen 2 MW- Anlage sollen die Prozesskette demonstriert, das Betriebskonzept bei variierender Windenergieeinspeisung optimiert und Erfahrungen bezüglich der Technik, der Kosten, der Genehmigung und des Handels gewonnen werden. Voraussetzung zum Erreichen des Ziels einer Kostendegression von 40 Prozent bis zum Jahr 2035 sei, dass die zu Zweidritteln aus Gebühren und Abgaben bestehenden Strombezugskosten für diese Anlage weiterhin niedriger lägen als diejenigen für Letztverbraucher. Zusätzlich unterbreitete er eine Reihe von Vorschlägen zum künftigen Rechtsrahmen für Energiespeicher, der etwa deren besondere Rolle im

Energieversorgungssystem berücksichtigen und angesichts ihrer Position als Alternative zum Netzausbau ihre Befreiung von Letztverbraucherabgaben vorsehen soll.

Die Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß, Koordinator für Energiepolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Dr. Valerie Wilms, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, zeigten sich in der Diskussion mit Dr. Carsten Dippel, Referatsleiter Speicher, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, und Dr. Oliver Weinmann, Geschäftsführer, Vattenfall Europe Innovation GmbH, unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien, von den aufgezeigten Praxisbeispielen beeindruckt. Einigkeit herrschte darüber, möglichst rasch die notwendigen politischen Entscheidungen herbeizuführen, damit Speicher von ungerechtfertigten finanziellen Belastungen befreit werden und eine möglichst breite Verteilung der Kosten nicht aus den Augen verloren wird. Eine Einführung zusätzlicher staatlicher Fördersysteme zugunsten von Speichern lehnten die Diskussionsteilnehmern ab und bewerteten kontrovers die Notwendigkeit einer separaten gesetzlichen Gesamtregelung für Speicher.

Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler und Pulitzer-Preisträger Daniel Yergin, Vice Chairman, IHS, präsentierte bei einer **Konferenz** des Forum für Zukunftsenergien **am 17. März 2014** die Ergebnisse einer Studie seines Instituts zur potentiellen Bedeutung von Erdgas im Rahmen der Energiewende. Diese Untersuchung war vom Verband der Chemischen Industrie sowie weiteren Verbänden und Unternehmen in Auftrag gegeben worden.

Yergin hob zunächst hervor, dass die deutsche Industrie aufgrund der im internationalen Vergleich stark angestiegenen Energiepreise im globalen Wettbewerb zunehmend ins Hintertreffen gerate. Während in Nordamerika im Zusammenhang mit der "Schiefergasrevolution" die Gaspreise sanken, stiegen in Deutschland mit der Energiewende die Preise für Strom und Wärme. Da Deutschlands Wohlstand aber mehr als der jeder anderen Industrienation vom Export abhängt, sei es geboten, möglichst bald zu einer „wettbewerbsfähigeren Energiewende“ zu gelangen. Das bedeute ein Beenden der Konzentration auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und ein Hinwenden zu einem Ansatz, bei dem Erdgas eine größere Rolle übernehme. Entsprechend bestätigte die Untersuchung die Notwendigkeit, den Anteil von Erdgas im deutschen Energiemix durch die Erschließung von heimischen und europäischen Schiefergasressourcen zu erhöhen. Yergin geht davon aus, dass über eine solche Entwicklung die europäischen Gaspreise um 20 Prozent gesenkt und gleichzeitig die angestrebte CO²-Reduzierung erreicht werden könnten. Insgesamt komme die Studie zu dem Ergebnis, dass die gesamte deutsche Volkswirtschaft von einer „wettbewerbsfähigeren Energiewende“ profitieren würde, wie sich an den errechneten Kennzahlen für Bruttoinlandsprodukt, Arbeitsplätze, verfügbares Einkommen und Außenhandelsüberschuss ablesen lasse. Gleichzeitig erwarte er aber auch, dass selbst unter den veränderten Bedingungen die deutschen Endverbraucherpreise für Strom im internationalen Vergleich hoch bleiben würden, so dass eine Beibehaltung der vorhandenen Ausgleichsregelungen bei der EEG-Umlage für energieintensive Verbraucher notwendig sei. Die Ergebnisse der Studie wurden anschließend mit den Bundestagsabgeordneten Karsten Möhring, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Dirk Becker, SPD-Bundestagsfraktion, sowie mit dem Vertreter der energieintensiven Industrien Dr. Peter Westerheide, Chefvolkswirt,

BASF SE, und dem Vertreter der Erdgasförderunternehmen Dr. Heinrich Herm Stapelberg, Leiter Public & Government Affairs, ExxonMobil Central Europe Holding, unter der Moderation von Jürgen Hogrefe diskutiert. Dabei wurde erneut deutlich, welchen hohen Stellenwert die Energiepreise für die Investitionsentscheidungen der energieintensiven Industrien besitzen. Kontrovers debattiert wurde über die Vorschläge der Studie, wie die Politik angesichts der mehrheitlich ablehnenden Haltung der Bevölkerung gegenüber der Technologie des Fracking sich verhalten solle und ob eine vermehrte Schiefergasförderung die Wirtschaftlichkeit von Gaskraftwerken erhöhe.

Der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Anfang März 2014 vorgelegte Referentenentwurf zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz bildete den Gegenstand einer Debatte bei einer **Konferenz** des Forum für Zukunftsenergien **am 19. März 2014**. Wie zunächst dargelegt wurde, sieht der Referentenentwurf u.a. eine Festschreibung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2025 auf 40 bis 45 Prozent, bis zum Jahr 2035 auf 55 bis 60 Prozent und bis 2050 auf mindestens 80 Prozent vor. Die Marktintegration der erneuerbaren Energien soll zukünftig über eine sukzessive Einführung der verpflichtenden Selbstvermarktung verbessert werden. Zur Steigerung der Kosteneffizienz der erneuerbaren Energien soll deren Förderung gekürzt und ab dem Jahr 2017 die Förderhöhe über technologiespezifische Ausschreibungen wettbewerblich ermittelt werden. Ferner sieht der Referentenentwurf die Beteiligung der gesamten Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage vor sowie eine breitere Lastenverteilung unter gleichzeitiger Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrien über eine angepasste Ausgleichsregelung.

Dr. Jörg Buddenberg, Geschäftsführer, EWE Erneuerbare Energien GmbH, bewertete den Referentenentwurf aus der Sicht eines Betreibers von Onshore-Windenergie-Anlagen. Seine Kritik richtete sich insbesondere gegen die seiner Meinung nach zu einengende Übergangsregelung. Stattdessen plädierte er unter dem Gesichtspunkt eines angemessenen Vertrauensschutzes für eine Anwendung der bisherigen EEG-Bestimmungen auf alle Anlagen, die bis zum 31. Dezember 2015 in Betrieb genommen werden. Die vorgesehene Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells mit neuer Standortdifferenzierung hielt er für angemessen, wobei das jährliche Ausbauziel für Onshore-Windenergie-Anlagen als Netto-Ziel ausgestaltet werden sollte. In Bezug auf den „atmenden Deckel“ sprach er sich für eine Überprüfung aus, da Investoren bereits zum Zeitpunkt der Investitionsentscheidung in der Lage sein müssten, auch den zu erwartenden Vergütungsanspruch einschätzen zu können. In dem Referentenentwurf vermisste er Bestimmungen zur Netzintegration der erneuerbaren Energien sowie zu Instrumenten, um am OTC-Markt entstehende wettbewerbliche Nachteile für Strom aus erneuerbaren Energien minimieren zu können.

Aus dem Blickwinkel des Betreibers von Offshore-Windenergie-Anlagen nahm Manfred Dittmer, DONG Energy, zu dem Referentenentwurf Stellung. Dabei hob er hervor, dass gerade über einen vermehrten Einsatz von Offshore-Windenergie die Energiewende zu geringeren Gesamtkosten erreichbar sei. Diese Form der Nutzung erneuerbarer Energien sei im Übrigen keineswegs die teuerste Technik und auch von erheblicher industriepolitischer Bedeutung. Daher sei es geboten, mit der EEG-Novellierung Investitionssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu schaffen. Eine starre Deckelung des jährlichen Ausbauziels müsse



beseitigt und stattdessen zum ursprünglichen Ziel für Offshore-Windenergie-Anlagen von 25 GW bis 2030 zurückgekehrt werden.

David Wortmann, Geschäftsführer, DWR eco GmbH, identifizierte zwei für die Solarbranche wichtige Punkte: So wies er darauf hin, dass eine Belastung des Eigenverbrauchs von Solarstrom keine besonderen Kostensenkungseffekte insgesamt bewirken werde, da der größte Teil von eigenverbrauchtem Strom aus konventioneller Erzeugung stamme. Weiter mahnte er an, die Ausschreibungen von PV-Großanlagen sorgfältig auszugestalten und die negativen Erfahrungen anderer Länder zu berücksichtigen.

Von der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetz besonders betroffen sieht sich die Bioenergiebranche. Als einer ihrer Vertreter warnte Dr. Tino Weber, Geschäftsführer, Schmack Biogas GmbH, vor einer Umsetzung der vorgesehenen Bestimmungen, da sie den weiteren Ausbau der Bioenergie zum Erliegen brächte. Gerade die Debatte um individuelle Fördersätze spiegele nicht den Beitrag der einzelnen Energieträger, insbesondere der Bioenergie, zum Gesamtsystem wider. Diese habe sich in den letzten Jahren jedoch erfolgreich entwickelt und leiste aufgrund ihrer Flexibilität und Kapazitätsvorhaltung einen Versorgungsbeitrag zu vergleichbaren oder sogar günstigeren Kosten als fossile Energieträger. Darüber hinaus dürfe nicht übersehen werden, dass durch eine Förderung der Bioenergie in besonders hohem Maße ein Zuwachs regionaler Wertschöpfung erzielt werde. Die anschließende Podiumsdiskussion bestritten der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil sowie Peter Meiwald, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien. Dabei zeigte sich insbesondere Heil kompromissbereit in Bezug auf die Festlegung der Stichtage, bezüglich der Interpretation der Brutto- bzw. Nettozubauziele und der geplanten Beteiligung der Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage.

Aus verbandspolitischer Sicht den Höhepunkt der Aktivitäten des Forum für Zukunftsenergien im Jahr 2014 – und gewissermassen das Pendant zur Gründungsveranstaltung am 15. Juni 1989 - bildete die im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlung anberaumte **Festveranstaltung am 11. September 2014** aus Anlass seines 25-jährigen Bestehens. Das Jubiläum würdigten der ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG, der scheidende EU-Energiekommissar Günther Oettinger sowie der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie Uwe Beckmeyer im Beisein von 250 Gästen aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Gewerkschaften sowie zahlreichen Gründungsmitgliedern, ehemaligen Kuratoren und Vorständen des Forum für Zukunftsenergien.

In seiner Festrede erinnerte Dr. Brinker an das von zahlreichen politischen Umbrüchen geprägte und damit besonders geschichtsträchtige Jahr 1989 als das Gründungsjahr des Forum für Zukunftsenergien e.V.. Ziel vieler engagierter Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen sei es damals gewesen, eine Plattform zu schaffen, um dort unterschiedliche Positionen, Forderungen und Konzepte zu energiewirtschaftlichen und – politischen Fragestellungen zu diskutieren, ohne sich von vornherein auf Standpunkte festzulegen oder Beschlüsse zu fassen. Dieser Dialog sollte im Sinne der Popper'schen Erkenntnis geführt werden: „Keiner ist im Besitz der Wahrheit!“. Dr. Brinker kommentierte

ferner kritisch eine Reihe von Entscheidungen der Energiepolitik in den zurückliegenden 25 Jahren, die die mit ihnen verknüpften Erwartungen nicht erfüllt hätten und deren Belastungen und Nachteile erst im Laufe der Zeit deutlich sichtbar geworden seien. Er sprach daher für die zukünftigen Debatten zur Energiepolitik den Wunsch nach „mehr Ehrlichkeit, mehr Pragmatismus, mehr Sachlichkeit, mehr Stehvermögen und Mut sowie mehr Effizienz sowohl aufseiten der Energiewirtschaft als auch bei der Energiepolitik“ aus.

Der scheidende EU-Energiekommissar Günther Oettinger hatte seine Teilnahme an der Festveranstaltung zugesagt, musste dann aber aufgrund einer überraschend terminierten Klausurtagung der tags zuvor bekanntgegebenen EU-Kommissionskandidaten kurzfristig absagen. In seiner Videobotschaft lobte er die überzeugende Arbeit des Forum für Zukunftsenergien, die ihm auch in Brüssel zu einer hohen Reputation verholfen habe. Für die anstehenden energiepolitischen Herausforderungen in Europa, wie etwa den Erhalt der Energieversorgungssicherheit und die Verständigung auf die Energie- und Klimaziele 2030, sei in Deutschland eine Europäisierung der Energiepolitik erforderlich. Er wünsche sich, dass das Forum für Zukunftsenergien auch künftig einen Beitrag dazu leiste.

Dem Lob schloss sich PStS Beckmeyer an. Er rief in Erinnerung, dass es eine besondere Leistung des Forum für Zukunftsenergien gewesen sei, damit begonnen zu haben, den widerstreitenden Meinungen zu energiewirtschaftlichen und –politischen Themen eine Diskussionsplattform zu bieten und alle Akteure mit einzubeziehen. Damit sei früh ein Vorgehen entwickelt worden, das heute für politisches Handeln als selbstverständlich gelte: Die Einbeziehung sämtlicher Stakeholdergruppen. Als beispielhaft verwies er auf die wichtige Funktion des Forum für Zukunftsenergien im Zusammenhang mit dem „Energiedialog 2000“.



Anhang

Rede des Vorstandsvorsitzenden des Forum für Zukunftsenergien Dr. Werner Brinker, Vorstandsvorsitzender, EWE AG.

Vor 25 Jahren, also im Sommer des Jahres 1989, wurde das Forum für Zukunftsenergien gegründet. Initiatoren waren das damalige Bundeswirtschaftsministerium unter Minister Helmuth Haussmann sowie verschiedene Institutionen aus der Energiewirtschaft, darunter z.B. der Bundesverband der Deutschen Industrie.

In unserer Festschrift zum 25-jährigen Bestehen, die Sie sicherlich schon alle in den Händen halten, erinnert sich Dr. Kreklau an diese Zeit. Er war damals Abteilungsleiter und, wie Sie sicherlich alle wissen, später Mitglied der Hauptgeschäftsführung im BDI. Im Nachhinein hat er sich die Frage gestellt, warum die verantwortlichen Akteure 1989 tatsächlich nichts anderes zu tun hatten, als ein Forum für Zukunftsenergien e. V. zu gründen.

Wenn man sich die tiefgreifenden Umwälzungen jenen Jahres noch einmal vor Augen führt, ist diese Frage in der Tat berechtigt: In Polen gab es seit Jahrzehnten die ersten demokratischen Parlamentswahlen. Die Grenze von Ungarn nach Österreich öffnete sich. Die Sowjetunion verließ mit ihren Truppen Afghanistan. In Peking rollten Panzer über den Platz des Himmlischen Friedens. In Deutschland fiel die Mauer. In nicht vorstellbarer Geschwindigkeit wurde das Geschichtsbuch mit Ereignissen gefüllt. Unsere Welt war im Umbruch. Risiken für unsere friedliche Zukunft in Deutschland waren durchaus nicht auszuschließen.

Und obwohl seit den Ereignissen im Jahr 1973 – das Stichwort an dieser Stelle lautet: Ölkrise - politisch und wirtschaftlich relevante Themen im Zusammenhang mit der Energieversorgung in bestimmten Zyklen immer wieder auf die innenpolitische Tagesordnung rückten und zu heftigen Auseinandersetzungen führten, war es zunächst keineswegs selbstverständlich, dass sich Politik und Wirtschaft in Deutschland angesichts dieser gesamtpolitischen Veränderungen Fragen der zukünftigen Energieversorgung mit Nachdruck zuwandten. Durch die Katastrophe von Tschernobyl wurde das anders.

Schon seit einiger Zeit war erkennbar, dass die Klimapolitik zunehmend entscheidenden Einfluss auf die Stromversorgung auch unseres Landes ausüben würde. Schließlich hatte bereits die Brundtland-Kommission 1987 mit ihrem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung Veränderungen auch für die Energieversorgung angemahnt, die dann in den Folgejahren über den Umweltgipfel in Rio 1992 in eine lange Kette von UN-Konferenzen mündete.

Die CO₂-freie Kernenergie erschien auch über 1986 hinaus als eine geeignete Grundlage, um dem Anspruch an eine das Klima dauerhaft schonende und zugleich wirtschaftlich tragfähige Energieversorgung zu entsprechen. Die fossilen Energieträger hingegen kamen langsam unter Druck, und dass unsere heimische Kohle für alle Ewigkeit subventioniert in Deutschland gefördert würde, wurde zunehmend angezweifelt.

1989 wurde für die Energiepolitik zu einem Schlüsseljahr, in dem sich insbesondere die Lage der Kernenergie grundlegend veränderte: Technische und schließlich wirtschaftliche Gründe führten in diesem Jahr zur Stilllegung des von vielen als sehr aussichtsreich eingeschätzten THTR-300, des Kugelhaufenreaktors in Hamm-Uentrop, der als „Trumpfkarte für die energiewirtschaftliche Zukunft“ angesehen worden war.

Im gleichen Jahr wurde nach jahrelangen Auseinandersetzungen auch ein Schlussstrich unter die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstäben in Deutschland gezogen; der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf wurde eingestellt. Derweil wartete der Schnelle Brüter in Kalkar, der bereits 1985 fertiggestellt worden war, auf seine Inbetriebnahme. Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 machte in den Folgejahren aber auch seine Zukunft höchst zweifelhaft; den endgültigen Todesstoß erhielt der Schnelle Brüter dann 1991 auch formell.

Das alles also stand Ende der achtziger Jahre auf der Tagesordnung der Energiepolitik. Milliarden waren investiert worden. Aber die zukünftige Struktur der Energieversorgung war nicht klar. Wie sollte es weiter gehen? Wie lange würde die Kernenergie in Deutschland überhaupt noch zur Verfügung stehen? Würde die Politik eine „Bestandsgarantie“ für die in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke geben, und könnte man sich auf eine solche Zusage verlassen? Welche Rolle sollte zukünftig die Kohle im Energiemix spielen?

Mit Sorge betrachteten darum viele, insbesondere Vertreter der energieintensiven Industrien, die Gespräche zwischen Politik und Energiewirtschaft um verbindliche Auflagen zur Energieeinsparung und zur Vereinbarung von Ökosteuern. Überlegungen zur Entwicklung regenerativer Energien und ihrer breiten Einführung beunruhigten die einen und freuten gleichzeitig die anderen.

Die unterschiedlichen Einschätzungen gingen je nach Betroffenheit quer durch die Wirtschaft und natürlich auch quer durch die politischen Lager. Es war Wahlkampf, die Bundestagswahl 1990 stand vor der Tür. Die SPD hoffte, Helmut Kohl, den späteren „Kanzler der Einheit“, vom Sockel stoßen zu können.

Da passten auch vielen in der SPD die in ihrer „Kommission Fortschritt 1990“ auf Initiative von Oskar Lafontaine propagierten Ideen für eine zusätzliche Ökosteuer nicht so recht ins Wahlkampfkonzept. Schließlich gewinnt man mit Steuererhöhungen keine Wahl – auch wenn versprochen wurde, das Mehraufkommen über die Lohn- und Einkommensteuer den Bürgern wieder zurück zu geben.

Dr. Kreklau kommt in seinem Beitrag zu dem Schluss, dass vor diesem Hintergrund die Gründung des Forum für Zukunftsenergien einem Wunsch vieler damals in der Energiepolitik engagierter Akteure entsprach. Nämlich die Hoffnung, eine Plattform, eben ein Forum nutzen zu können, in dem die unterschiedlichen Positionen, Forderungen und Konzepte diskutiert werden, ohne dass es sogleich zu Beschlüssen oder sonstigen Festlegungen der Diskutanten kommen müsse.



So hat es auch mein lieber Freund und Kollege Dr. Hans-Dieter Harig, der heute zu uns gekommen ist, als Mitglied des Gründungsvorstandes anlässlich der Mitgliederversammlung des Forum für Zukunftsenergien am 23. Oktober 1990 formuliert. Wörtlich sagte er damals: „So wie das Forum scheitern muss, wenn es Vertretung von Gruppeninteressen sein will, so wird es auch scheitern, wenn seine Mitglieder versuchen, die Wahrnehmung ihrer Interessen durch das Forum durchzusetzen. Die Mitglieder sollen das Forum als eine Plattform betreten, auf der ein Dialog stattfindet und diesen Dialog möglichst in der Popper’schen Erkenntnis führen: „Keiner ist im Besitz der Wahrheit““.

Dieser Aufgabe ist das Forum für Zukunftsenergien in nun über 25 Jahren nachgekommen - mit vielen, teilweise herausragenden Veranstaltungen, Begegnungen von Menschen der unterschiedlichen Lager und Anhängern sehr kontroverser Anschauungen.

Wie wir das im Einzelnen bewerkstelligt haben – ich erlaube mir einmal, das so zu formulieren, denn ich war ebenfalls von Anfang dabei – haben wir in unserer Festschrift für Sie, liebe Mitglieder und Gäste, in wesentlichen Punkten nachgezeichnet. Deshalb führe ich das hier nicht weiter aus.

Kurz möchte ich an dieser Stelle vielmehr auf die maßgeblichen Veränderungen in der Energiewirtschaft zu sprechen kommen, um dann – anlässlich eines Geburtstages darf man das ja – einige Wünsche zu formulieren.

In ihrem Vorwort für unsere Festschrift hat unsere Geschäftsführerin Dr. Nietfeld hervorgehoben, es stimme nicht, wenn behauptet werde, dass die alten Themen auch die neuen Themen seien, auch wenn die altbekannten Stichworte weiterhin auf der Tagesordnung stünden. Die Welt für die Energiewirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren gleich mehrfach gravierend verändert. Zu denken ist dabei an die Liberalisierung des Strommarktes und die Vollendung des EU-Energiebinnenmarktes, die Einführung des EEG, den Ausstieg aus der Kernenergie, die Schaffung des europäischen Emissionshandelssystems, und seit nunmehr drei Jahren die deutsche Energiewende.

Der Blick zurück zeigt, dass viele Erwartungen, die mit diesen Entwicklungen verbunden waren, sich nicht erfüllt haben. Die Liberalisierung des Strommarktes und die Schaffung des EU-Energiebinnenmarktes haben zwar dazu geführt, dass Effizienzpotentiale der Stromerzeuger und -verteiler gehoben wurden. Für den Verbraucher jedoch kam es nicht zu den von der Politik versprochenen Strompreissenkungen. Im Gegenteil! Durch politisch festgesetzte Steuern und Abgaben auf Strom und Wärme wurden die zunächst erreichten Effekte kompensiert. Heute ist der Preis für diese Güter so hoch wie noch nie. Da kommt es der Politik sicherlich zupass, dass gerade der Endverbraucher auf der Straße, der die Gemengelage nicht so genau durchschaut, die Schuld für die hohen Strompreise den Erzeugern und Verteilern in die Schuhe schiebt.

In diesem Zusammenhang ist auch das Unbundling der ehemals vertikal integrierten Unternehmen zu erwähnen. Heute ist es in Deutschland weitestgehend vollzogen. Die Energiewirtschaft hat hierfür keinen Aufwand gescheut. Dennoch darf angesichts der mit der

Energiewende verbundenen Probleme inzwischen die Frage gestellt werden, ob dies wirklich eine erforderliche und nützliche Aktion war.

Die Einführung des EEG hat unbestritten zu einem gewaltigen Ausbau der Anlagen zur Nutzung der erneuerbaren Energien geführt. Aber die damit angestrebten Ziele wie Technologieförderung und CO₂-Emissionsreduktion wurden nur teilweise oder gar nicht erreicht und im Übrigen zu immensen Kosten. Hinzu kommt, dass dieser unregelmäßige Ausbau erfolgte, ohne die Erzeuger in die Systemverantwortung zu nehmen. Es galt das Motto: „Produce and forget“. Und wenn wir uns dazu noch vor Augen führen, dass niemand die Frage laut stellt und schon gar nicht beantwortet, was, vorausgesetzt die Erneuerbaren Energien liefern rein rechnerisch irgendwann 80% Strom, in der sogenannten „Dunkelflaute“ passieren soll, wenn wir für die ermittelte Höchstlast von ca. 82 GW nicht in ausreichendem Maße Speicherkapazitäten zur Verfügung haben? Wollen wir für diese Fälle während der kommenden 50 Jahre in diesem Umfang wirklich fossile Kapazitäten vorhalten und das auch bezahlen?

Trotz des massiven Ausbaues der Erneuerbare-Energien-Anlagen wird Deutschland das selbstgesteckte Ziel der CO₂-Minderung von minus 40 Prozent bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1990 nicht erreichen. Zu diesem Schluss kommt zumindest der neueste Energiewendeindex der Unternehmensberatung McKinsey. Wenn die Bundesregierung diese Vorgaben noch erreichen wollte, müsste sie den CO₂-Ausstoß ab jetzt jährlich um 3,5 Prozent reduzieren. Seit dem Jahr 2000 gelang ihr im Schnitt aber nur eine Minderung um rund 0,7 Prozent pro Jahr. Seit 1990 haben sich die Emissionen insgesamt damit um 21 Prozent reduziert. Dass dieser Wert erreicht werden konnte, liegt bekanntlich zum großen Teil an dem Niedergang der Industrie in der ehemaligen DDR. Dieser Effekt wird also nicht zu wiederholen sein. Und angesichts der Tatsache, dass die globalen CO₂-Emissionen im Jahr 2012 das dritte Jahr in Folge einen neuen Rekordwert erreicht haben – mit rd. 34,4 Milliarden Tonnen wurde so viel Kohlendioxid aus fossilen Energieträgern emittiert wie noch nie – wäre es m. E. nach ehrlicher, wir alle würden die selbst gesteckten nationalen Reduktionsziele überdenken.

Meine Damen und Herren, angesichts dieses knappen Rückblicks und der sicherlich ernüchternden Bilanz der energiewirtschaftlichen Entwicklungen im zurückliegenden Viertel-Jahrhundert möchte ich schließen mit Überlegungen dazu, was wir hätten besser machen können.

Wäre es besser gewesen, die klassischen Stromversorger hätten sich vor 25 Jahren der Stromproduktion mittels der Erneuerbare- Energien- Anlagen energischer angenommen und so das Heft des Handels in der Hand behalten?

Wäre es besser gewesen, sie hätten sich aktiver und mutiger der Diskussion bezüglich der Risiken der Kernenergie gestellt und so das Heft des Handels in der Hand behalten?

Wäre es besser gewesen, die Vertreter der energieintensiven Industrien hätten nicht so oft behauptet, dass ein höheres Maß an Energieeffizienz, an CO₂-Reduktion, an Erneuerbaren

Strom sei nicht zu realisieren, weil dann die Volkswirtschaft zusammenbreche und damit Glaubwürdigkeit behalten?

Wäre es besser gewesen, sie hätten diese Bewertungen variiert und die Frage nach dem dafür zu entrichtenden Preis und den Kosten gestellt und so ihre legitimen Interessen besser geschützt?

Wäre es wünschenswert, die Wissenschaft hätte an sich selbst den Anspruch, sachlicher und weniger richtungsorientiert zu arbeiten?

Wäre es wünschenswert, die Medien würden objektiver berichten und größeres Gewicht auf Information und weniger Meinungsbildung legen?

Wäre es besser gewesen, das Geschäftsmodell einiger NGO's fuße nicht auf der Idee von „Blame and shame“?

Wäre es besser gewesen, die Politik hätte sich intensiver mit den komplexen Systemzusammenhängen der Strom- und Wärmeerzeugung befasst und die erfolgten Eingriffe in das System unterlassen?

Wäre es besser gewesen, die Politik hätte die Debatten ehrlicher geführt und sich eingestanden, dass all die Vorgaben zu bezahlbaren und wettbewerbsfähigen Preisen nicht zu erreichen sind?

Wäre es wünschenswert, die Politik hätte die Kraft, einmal gesetzte Ziele und/oder Leitplanken zurückzunehmen, wenn sie erkennt, dass diese unrealistisch sind, von aktuellen Entwicklungen überholt werden oder sich als zu teuer herausstellen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Liste der Fragen ließe sich zweifellos fortsetzen. Das ist unbestritten. Und bestimmt haben Sie es schon bemerkt. Hinter diesen Fragen verbirgt sich ein gehöriges Maß an Kritik.

Angesichts unserer heutigen Festveranstaltung möchte ich daher diese Fragen und die damit formulierte Kritik in Wünsche für die Zukunft umformulieren:

Um es auf den Punkt zu bringen: Ich wünsche mir mehr Ehrlichkeit, mehr Pragmatismus, mehr Sachlichkeit, mehr Stehvermögen und Mut sowie mehr Effizienz in der Wirtschafts- und Energiepolitik der kommenden Jahre.

Unabhängig davon wird es auch weiterhin Bedarf geben für den Austausch von Argumenten und Informationen. Die umfangreiche Agenda der nationalen und europäischen Energiepolitik wird zweifelsohne dafür sorgen, dass zwischen den Akteuren um den richtigen Weg weiter zu ringen sein wird. Diese Aufgabe bleibt also aktuell, Ihr Forum für Zukunftsenergien wird sie auch weiterhin engagiert und hoffentlich erfolgreich ausfüllen.



Heute danke ich Ihnen allen sehr herzlich, die sich im und für das Forum für Zukunftsenergien engagiert haben und wünsche mir natürlich, dass sie dies mit dem gleichen Engagement auch in Zukunft tun werden.



Rede des scheidenden EU-Kommissars Günther Oettinger

Sehr geehrter, lieber Herr Dr. Brinker, sehr geehrter Herr Staatssekretär Beckmeyer, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein Vierteljahrhundert ist Ihr Forum jetzt alt. Zu diesem Anlass grüße ich Sie im Namen der Europäischen Kommission und danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Arbeit, diese überzeugende Arbeit, zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Verwaltung und Politik eine Plattform aufzubauen, die Autorität genießt. Ich wäre gerne bei Ihrem Jubiläum dabei und hatte das auch fest eingeplant. Aber die neue Kommission unter Junker hat für Donnerstag und Freitag eine Klausur vorgesehen, bei der es um die Aufgabenschwerpunkte der nächsten fünf Jahre geht. Bei der es auch um aktuelle Fragen, wie die Krise Ukraine-Russland, geht und bei der die Gasversorgungssicherheit für den Winter und bis zum Frühjahr einen Schwerpunkt bilden wird. Deswegen bin ich zwingend hier in Brüssel und kann nur auf diesem Wege Sie alle recht herzlich grüßen.

Wir haben im Oktober einen spannenden Europäischen Rat, bei dem zwei Energiethemen im Vordergrund stehen. Zum einen unsere Strategie für 2030. Es geht um die Frage, ob wir die Europäisierung der Energiepolitik und der Klimapolitik fortsetzen wollen. Ich plädiere dringend dafür: Wir sollten die Energieunion vollenden, wir sollten einen Binnenmarkt schaffen, und wir sollten uns für das nächste Jahrzehnt mit gemeinsamen Zielen entscheiden, wie der Energiemix aussehen soll, welchen Umweltbeitrag wir erbringen wollen, wie wir Energie effizienter einsetzen wollen. Dabei zähle ich auf die Kompetenz Deutschlands, die größte Volkswirtschaft in der Europäischen Union, zentral gelegen in Europa. Wenn Deutschland mitwirkt, dann wird die Europäisierung der Energiepolitik gelingen. Da geht es zum einen um einen gemeinsamen Binnenmarkt. Wir haben im Wholesale-Bereich viel erreicht, im Retail-Bereich ist noch einiges zu tun. Network Codes, der Ausbau von grenzüberschreitenden Netzen mit Interkonnektoren, aber auch Guidelines für Beihilfen sind nur wenige Stichworte, wo die Europäische Union und die Kommission mitwirken und wo Deutschland mithelfen kann. Wir haben mit unseren Projects of Common Interest eine paneuropäische Landkarte geplant, die wir in den nächsten Jahren realisieren wollen: Leistungsfähige Gaspipelines, mehr Gasspeicherkapazitäten, grenzüberschreitende Netze, moderne Stromleitungen, die dem Stand der Technik genügen. Klar ist, wir werden in dem Jahrzehnt darauf hinarbeiten, dass die verstärkte Koordinierung und die Europäisierung von Energiefördersystemen gelingt. Wenn wir weiter in 28 Teilmärkten Energietechnik fördern, z.B. den Ausbau von erneuerbaren Energieträgern, und dies nicht grenzüberschreitend koordinieren und nicht europäisieren, dann können wir einen Strom-Binnenmarkt vergessen, dann werden wir uns davon weiter entfernen, als wo wir heute stehen.

Der weitere Schwerpunkt, der den Europäischen Rat beschäftigt, ist die von der Kommission und mir derzeit zu erarbeitende europäische Energiesicherheitsstrategie. Es geht im Wesentlichen um den Gassektor, und wir haben mit den Mitgliedsstaaten auch Worst-Case-Szenarien entwickelt: Was wäre, wenn die Ukraine ihre Gastransitfunktion nicht mehr



erbringen kann oder nicht mehr erbringen will? Was wäre, wenn Russland die Gasexporte reduziert oder gar einen Exportstopp verfügt? Wir schauen uns dabei alle Mitgliedsstaaten intensiv an. Aber unsere Verantwortung ist nicht nur die EU-28. Wir beziehen in unsere Verantwortung auch die Bürger auf dem Westbalkan, in Moldawien und ganz klar auch die ukrainischen Bürger ein. Wir wollen mit unserem Szenario und unserer Strategie erreichen, dass auch ein langer und kalter Winter warme Häuser sichert, die öffentliche Infrastruktur und die Produktion in der Industrie ermöglicht und Gas dabei keine negative Rolle spielt.

Ich danke Ihnen allen, den Akteuren in der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, und ich wünsche mir, dass Ihr Forum weitere 25 Jahre erfolgreich wirkt und das Forum sich vielleicht sogar zunehmend europäisiert. Eigentlich könnte Ihr Forum ein Nukleus für ein „Europäisches Forum für Zukunftsenergien“ sein, in dem dann deutsche Akteure eine wichtige Rolle einnehmen.

Noch ein Gedanke: So sehr ich es begrüße, dass wir bei den erneuerbaren Energieträgern vorankommen und dass dadurch auch dezentrale und kleine Investitionen eine Rolle spielen, so brauchen wir dennoch leistungsfähige Stadtwerke und leistungsfähige Energieversorger. Ich will gerade ihnen gegenüber meine Unterstützung erklären, für Energieversorger, die in Deutschland wichtig sind und für Europa eine Rolle spielen, für leistungsfähige Stadtwerke und Verbände. Allein mit dezentralen Investoren und Techniken werden wir unsere Energieherausforderungen nicht bewältigen, weder in Deutschland, noch in Europa, noch in der ganzen Welt. Darum setze ich darauf, dass in Deutschland alle Akteure zusammenarbeiten, dass Ideologie keine oder nur eine geringe Rolle spielt und dass dabei Ihr Forum eine Plattform bleibt, die Autorität genießt und alle Akteure zusammenbringt.

Beim nächsten Mal bin ich gerne wieder dabei. Herr Brinker, vielen Dank für Ihre Arbeit, ganz persönlich, Ihrem Kuratorium Respekt für die Kompetenz und dem Forum für Zukunftsenergien weiter viel Erfolg im Interesse einer sicheren, nachhaltigen und bezahlbaren Energieversorgung in Deutschland und darüber hinaus.



Grußworte des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie Uwe Beckmeyer, MdB

Seit 25 Jahren ist das „Forum für Zukunftsenergien“ eine Plattform für den energiepolitischen Dialog in Deutschland. Seit der Gründung im Jahr 1989 hat sich der Verein als wichtiger Akteur in der Energiepolitik etabliert und die energiepolitischen Debatten in unserem Land aktiv mitgestaltet.

Das gilt für die Zäsur des Jahres 1998 und den Einstieg in den Atomausstieg ebenso wie für den forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Energiewirtschaftsgesetz, der Einführung der Ökosteuern und dem Start des EU-Emissionshandels im Jahr 2005. Und es gilt erst recht für die gesellschaftliche Debatte nach der Tragödie von Fukushima, die schließlich zum politischen Konsens in Deutschland und dem vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 führte.

Stets lotete das „Forum für Zukunftsenergien“ die Chancen für einen breiteren Energiemix und die stärkere Einbeziehung erneuerbarer Energien aus – und wurde damit selbst zu einem wichtigen Schrittmacher der energiepolitischen Modernisierung unseres Landes.

Eine der großen Leistungen des „Forums“ war und ist es, widerstreitenden Meinungen eine Plattform zu bieten und alle Akteure einzubeziehen. Im Rückblick war dies der Beginn dessen, was wir inzwischen als „Stakeholder-Beteiligung“ bezeichnen. Heute ist die Einbindung der verschiedenen Akteure in den politischen Entscheidungsprozess selbstverständlich – und die Energiewende politische Realität.

Mehr als jede vierte Kilowattstunde Strom in Deutschland stammt inzwischen aus Wind, Sonne, Biomasse oder anderen erneuerbaren Energieträgern. Diesen Anteil will die Bundesregierung weiter ausbauen. Bis zum Jahr 2025 sollen 40 bis 45 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien produziert werden; bis zum Jahr 2035 sollen es 55 bis 60 Prozent sein.

In den nächsten Monaten wird es daher unsere Aufgabe sein, die Vernetzung der vielen Bausteine der Energiewende – Strommarktdesign, Energieeffizienz und Netzausbau – so voranzutreiben, dass die Synchronisation gelingt. Mit dem Anfang Juli 2015 vorgelegten Eckpunkte-Papier hat die Regierungskoalition die Weichen für eine erfolgreiche Energiewende gestellt und macht sie für alle Akteure planbar:

Wir stehen zu unseren nationalen Klimazielen und stellen zugleich sicher, dass sie mit ökonomisch und sozial verträglichen Lösungen erreicht werden können. Wir werden hierzu Braunkohlekraftwerke in eine Kapazitätsreserve überführen und anschließend schrittweise stilllegen. Wir werden die Kraft-Wärme-Kopplung auf die Ziele der Energiewende ausrichten, den Ersatz von Kohle durch Gas-KWK fördern und eine Perspektive für einen moderaten Ausbau eröffnen. Dafür stocken wir die KWK-Förderung auf 1,5 Milliarden Euro auf. Darüber



hinaus ergreifen wir zusätzliche Maßnahmen, um die Potenziale im Bereich der Energieeffizienz stärker zu heben. Auch beim wichtigen Thema Netzausbau ist es uns gelungen, einen großen Schritt voranzukommen. Wir nehmen die Sorgen der Menschen beim Ausbau der Freileitungen ernst und passen daher den Netzausbau an.

Klar ist: Der Umbau unseres Energiesystems ist eine gewaltige Aufgabe. Er wird letztlich nur dann gelingen, wenn das neu entstehende Energiesystem von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird. Hierzu brauchen wir die Diskussion mit allen betroffenen Akteuren. Ich hoffe daher, dass sich das „Forum für Zukunftsenergien“ auch in den nächsten 25 Jahren weiter engagiert und kritisch in die Energiepolitik einmischen wird.



Schriftenreihe des Kuratoriums des Forum für Zukunftsenergien

- Band 1 Kosten des Klimaschutzes**
Einschätzungen und Positionen
- Band 2 Carbon Capture and Storage**
Berichte und Positionen
- Band 3 Nachhaltige Energieversorgung –**
Radikaler Systemwandel oder stetige Entwicklung?
- Band 4 Akzeptanz von Großprojekten und Infrastruktureinrichtungen –**
Wie kann sie verbessert werden?
- Band 5 Ein Jahr Energiewende –**
Erfahrungsberichte
- Band 6 Lösungsansätze zur Realisierung der Energiewende –**
Erwartungen an und Empfehlungen für die neue Bundesregierung
- Band 7 Wie kann die Energiewende im europäischen Kontext gelingen?**
- Band 8 Wie soll das System der Energieversorgung der Zukunft aussehen?**